

Fragen sich denn die „Bürgerlichen“ nie, warum und wieso sich die große Zahl der Arbeiter im gegnerischen Lager befindet, weshalb sie sich selbst zum blutigen Kampfe gegen die bürgerliche Ordnung hegen läßt?

Es scheint, daß auch hier, wie so oft ein ehrliches Geständnis der schweren Schuld die Erlösung wäre.

Denn: ein ehrliches und offenes Geständnis schließt schon den guten Willen zur Aenderung des Kurzes ein.

Plagt die bürgerliche Gesellschaft wirklich das Gewissen gar nicht?

Da propagiert auch die freiheitliche bürgerliche Presse und Gesellschaft in Wort, Tat und Schrift den nackten Unglauben, sie gefällt sich in der Leugnung einer gottgewollten sittlichen Weltordnung und wundert sich dann, wenn der Arbeiter in grausamer, aber richtiger Konsequenz auch die bürgerliche Autorität nicht anerkennt!

Da sind so manche Bürgerliche die Sklaven des Kapitalismus, sie kennen keine sozialen Pflichten gegenüber dem Mitarbeiter und staunen dann darüber, daß der Arbeiter in richtiger Logik sich aufbäumt, seine Menschenwürde verteidigt!

Da gibt es „Herrnbauern“, die nicht mehr das gemeinsame Gebet, den gemeinsamen Tisch mit den Diensthofen mögen, die mit freiheitlichen Ideen kokettieren, sich nur in „besserer Gesellschaft“ wohlfühlen, glücklich beim jüdischen Bankdirektor als Jagdgäste gelandet sind und dann staunen, wenn religionslose Diensthofen ihre Forderungen auch nach rein materialistischen Grundsätzen radikaler formulieren.

Da prahlen gar viele in den Bädern, schwelgen und prassen und mißachten den Arbeiter, der wirklich produziert und wundern sich dann, wenn dieser Arbeiter an eine solche gottgewollte Ordnung nicht glauben kann.

Da morden sie das werdende Leben im Mutterleibe, ja, sie verlangen sogar die staatliche Sanktion für diese Unfat und staunen dann darüber, daß der Arbeiter in ganz logischer Folgerichtigkeit ebenso grausam die ihm beim Aufstiege im Wege stehenden Hindernisse wegräumen will.

Verstehen denn diese Bürgerlichen noch immer nicht, daß sie die eigentliche Schuld an den Verzweiflungstaten tragen? Selbt ihnen denn noch immer nicht das treffliche Wort Seipels von der Seelenanierung in den Ohren? Glauben sie denn tatsächlich, daß wir Bauern ihre „bürgerliche Ordnung“ verteidigen werden?

Das Wort Christi, das er weinend über Jerusalem sprach, gelte auch unserer bürgerlichen Gesellschaft: „Erkenne es, was Dir zum Frieden dient! Sonst bleibt in Deinem Gebäu kein Stein auf dem andern, weil Du die Zeit der Heimsuchung nicht erkannt hast . . .!“

Der Sozialismus wird marschieren, so lange die Sünden der bürgerlichen Gesellschaft blühen; er wird verschwinden, weil er keinen Nährboden mehr hat, sobald die bürgerliche Gesellschaft gründliche Einkehr und Umkehr gehalten hat.“

Das schreibt Ihre Zeitung, das schreibt die Zeitung des niederösterreichischen, christlichsozialen Bauernbundes. Das ist eine christliche Weltanschauung. Ein Mensch hat den Mut gefunden, in ruhiger Überlegung

zu sagen: „Was Ihr tut, ist ein Verbrechen und Ihr verteidigt mit Euren Taten, nur die kapitalistische Welt, mit der das Christentum nach keiner Richtung etwas zu tun hat.“ Alle, die da drüben sitzen, die zu diesem Antrage stehen, machen den Wahnsinn mit, unterstützen diese korrupte kapitalistische Welt, die wir heute in der Anfrage meines Kollegen Eiser kennen gelernt haben, die über Leichen geht, die das Wirtschaftsleben eines Staates nicht interessiert, die vor allen Dingen interessiert, ob sie dabei einen entsprechenden Gewinn herausschlägt. Da sehen wir die großen kapitalistischen Löwen gegen andere kämpfen auf Kosten der ganzen Volkswirtschaft eines Landes, auf Kosten von Hunderten von Arbeitern, Angestellten und Bauern. Das ist Ihre Welt und hinter dieser Welt stehen Sie. Diese verteidigen Sie mit den Waffen, die man Ihnen jetzt in die Hand drückt. Nach den Ereignissen des 15. Juli ging die Hege im ganzen Lande los. Ich will Ihnen nur einige Beispiele geben. In Scheifling ist der Führer der Heimwehren ein Kaufmann. Am 15. Juli ist dieser von einem Bauern zum anderen geeilt und hat ihnen erklärt, daß die Bolschewiki kommen, und daß diese das ganze Vieh weg-treiben und die Häuser der Bauern anzünden werden. Das wird den Bauern erzählt, den Bauern, die von den Bolschewiki keine Ahnung haben. Wenn die Bauern wüßten, was der Bolschewismus ist, würden sie bald sehen, daß sich damit der Bauer in Rußland befreite. Es gibt in ganz Europa keinen Bauern, dem es so gut geht, wie den Bauern in Rußland. (Gelächter bei der Einheitsliste.) Da brauchen Sie nicht zu lachen, sondern da fragen Sie bloß die Herren des Finanzausschusses, die bei der Expertise gewesen sind und Dr. Schlesinger von der „Elin“ gehört haben, der als Bürgerlicher über Rußland gesprochen und aufgezeigt hat, daß es in Rußland nicht so grausam zugeht, wie Sie Ihren Leuten erzählen. Weil Sie daran zweifeln, daß nun die Bauern in Rußland besser leben als in der Zeit des Zarismus, es ihnen besser geht als wie den meisten Bauern in Europa, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Die Herrschaft des Bolschewismus in Rußland wäre nicht möglich ohne die Bauern. Diese bilden den großen Machtpfeiler, der in Rußland das System des Bolschewismus stützt. Im Oktober 1917 war es nur dadurch möglich, die bolschewistische Revolution durchzuführen, daß man den Bauern den Grund und Boden des Großgrundbesitzes gab. Bisher hatte der überwiegende Teil der bäuerlichen Bevölkerung in Rußland keinen Grund und Boden, der Bauer war fast noch Leibeigener des Großgrundbesitzers, er war politisch rechtlos und wirtschaftlich unselbständig. In der Revolution des Jahres 1917 haben die Bolschewiki den Bauern den Boden gegeben, haben ihnen gesagt: „Geht hinaus, teilt euch den Boden auf, den Boden, der bisher Eigentum des Großgrundbesitzers gewesen ist.“ So entstand erst durch die bolschewistische Bewegung in Rußland ein freier Bauernstand, ein gesunder Bauernstand. Es ist unrichtig, wenn Sie erzählen, wie schlecht es den Bauern in Rußland geht. Wir sind nicht Verteidiger des Bolschewismus und jeder der anlässlich der Zehnjahresfeier des bolschewistischen Staates die Rede Doktor Bauer gehört oder gelesen hat, der weiß, daß wir

mit aller Entschiedenheit uns gegen das System kehren. Jeder, der die Interpellation der reichsdeutschen Arbeiter gelesen hat, die in Moskau gewesen und Stalin interpellierten, wird erfahren haben, daß Stalin über die Sozialdemokraten so urteilt wie über Christlichsoziale oder irgend eine andere bürgerliche Partei. Die Gegensätze zwischen Bolschewismus und Sozialismus sind gewaltige und sind nach Auffassung der russischen Bolschewiken überhaupt nicht zu überbrücken. Die Bauern, denen man sagt, die Bolschewiken kommen und treiben euch das Vieh weg und zünden eure Häuser an, die glauben das natürlich. So wird durch diese gewissenlose Heze der Bürgerkrieg entfesselt, während hier dieselben Leute den Antrag zum Schutze der Republik stellen. Das ist mehr wie Hohn. Sie müssen sich gegenüber der Öffentlichkeit schämen oder Sie rechnen damit, daß die Welt von politischen Dummköpfen angefüllt ist, die nicht unterscheiden können, was rechts oder links ist. Ich war vor kurzem in Radmer und habe dort eine Versammlung abgehalten. (Krenn: „Versucht abzuhalten!“) Dort herrscht das Haus Hohenberg, dort befindet sich die Forstverwaltung der Hohenberg. Dort haben die Herren der Forstverwaltung, die Macher der Heimwehr sind, einem 60jährigen Bauern gesagt: „Du mußt der Heimwehr beitreten, denn jetzt kommen die Bolschewiken aus Eisenerz und nehmen jedem Bauern, der mehr als ein Stück Vieh hat, alles weg“, und der 60jährige Bauer trat der Heimwehr bei. Das sind Ihre Agitationsmittel, um den politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, und Sie müssen zugeben, daß das Mittel sind, auf die Sie nicht stolz sein können, weil sie dabei ausschließlich auf die Dummheit und Unwissenheit der Leute spekulieren. Sie wissen genau, daß es uns ferne liegt, irgendwie dem Bauern, der soviel mit uns gemeinsam hat, auch nur ein Stück Vieh wegzunehmen. Damit können wir nicht die sozialen Fragen lösen, sondern würden nur den brutalen Kampf zwischen zwei Schichten entfesseln, die beide unter furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben. Ein solcher Kampf wäre Wahnsinn. Wir fühlen uns in enger Verbindung mit dem Bauern. Wer sind die Arbeiter an der Säge, im Forste, bei den Hochöfen oder in unserer Industrie? Von wo sind sie gekommen? Es sind die Söhne der Bauern. Wir haben in Steiermark zum größten Teil nur Bauern, die einen Besitz bis zu 40 Joch haben. Und diese Bauern, die im Oberlande von den Erträgen dieser 40 Joch nicht ordentlich leben können, sie können ihre Kinder, die sie meist in großer Zahl haben, nicht auf der Schüssel halten. Sie können auch den Hof nicht unter denselben aufteilen, können ihn nur einem übergeben, während die anderen vier, fünf, sechs als Fabrikarbeiter in die Städte wandern müssen. Deshalb fühlen wir uns eng verbunden mit den Bauern. Fühlen uns berufen ihn zu vertreten, wenn gleich in seiner Unwissenheit mancher Bauer über die Arbeiter wild ist. Wir wissen der Arbeiter hat in der Industrie den Achtstundentag, hat ein Urlaubsgesetz; seine Kinder sind vor Ausbeutung geschützt. Seine Kinder dürfen unter 14 Jahren nicht in die Fabrik gehen. Wir haben einen Wöchne-

rinnenschuß, haben eine ganze Reihe von gesetzlichen Maßnahmen getroffen, zum Schutze der Arbeiter und Angestellten, um ihre Arbeitskraft zu erhalten. Von alledem hat der Bauer garnichts! Er hat keinen Achtstundentag, beutet sich selbst und seine Familie un-menschlich aus, um seine Existenz zu fristen. Wir wissen, daß es beim Bauern keinen Urlaub gibt, daß er das ganze Jahr schwer arbeiten muß. Wenn er auch im Winter etwas Winterschlaf halten kann, hat er doch täglich seine schwere Arbeit zu verrichten. Vor allem hat die Frau am Lande keinen Schuß. Die meisten Frauen sind unterleibskrank, weil sie am Tage nach der Niederkunft meist schon das Wochenbett verlassen müssen, um ihrer Wirtschaft nachzugeben. Das kommt weniger bei der Frau in der Stadt vor, weil ihr doch wenigstens eine Nachbarin zur Seite steht. Weiters sehen wir, daß die Kinder meist mit sechs oder sieben Jahren schon zur Arbeit angehalten werden, weil es die Wirtschaftsverhältnisse erfordern. Daß deshalb die Kinder die Schule meist mangelhaft besuchen, das empfinden wir als Arbeiter am allerschwersten. Wandert er später in die Stadt, um Arbeit zu suchen, dann sind wir diejenigen, die die geistige Vernachlässigung der bäuerlichen Jugend am schwersten zu fühlen bekommen. Nach jeder Richtung ist der Bauer sozial weit mehr benachteiligt als wir, wir wissen, daß es für ihn um seine Familie nach gar keiner Richtung einen Schuß gibt. Dazu kommt noch die unverantwortliche Heze gegen Kranken- und Altersversicherung. Auf Grund dieser Erkenntnis haben wir immer Agrarprogramme geschaffen, aus dieser Erkenntnis sind wir auch schon vor 60 Jahren für die Bauern eingetreten. Wir erblicken unsere Aufgabe nicht nur darin für die Klasse der Fabrikarbeiter und Angestellten einzutreten, sondern für alle sozial unterdrückten Schichten den Kampf zu führen, zu denen auch der Kleinbauer gehört. Daraus ergibt sich, daß wir nie Feinde der Bauern gewesen sind und auch nicht sein können, weil wir dieselben sozialen Interessen haben, wir uns andererseits als die Kinder der Bauern fühlen. Wenn wir früher zu irgend einer Auffassung gekommen sind, die heute natürlich mit den Wirtschaftsverhältnissen in keinem Einklang steht, so sind wir auf Grund der damaligen Verhältnisse dazu gekommen. Heute hat sich unsere Auffassung wesentlich geändert. Nicht wegen unseres guten Willens, die Dinge anders zu sehen, sondern auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei allen sozialen Kämpfen ist das primäre die Erkenntnis der wirtschaftlichen Dinge; auf Grund dieser haben wir unser Agrarprogramm geschaffen. Es ist ein Verbrechen, wenn die bürgerlichen Parteien, weil ihnen keine geistigen Waffen im Kampfe gegen unser Agrarprogramm zur Verfügung stehen, hinausgehen und erzählen, wir zünden den Bauern die Häuser an und nehmen ihnen das Vieh weg. (Mikola: „Wer hat den Justizpalast angezündet?“) Verzeihen Sie Frau Kollegin, auch Sie Frau Abgeordnete haben eines Tages keinen geistigen Ausweg gewußt, als in einer Wählerversammlung den Frauen zu erzählen, wenn sie brav beten, wird der liebe Gott für sie eine schöne Wohnung im Himmel besorgen! Weil man eben nicht den Mut zu einer sozialen Tat aufbringt,

die die Kapitalisten ihnen einfach verbieten, verträsten auch Sie die Armen auf die billige Weise: „Drüben werdet ihr eine billige, schöne Wohnung bei den Engeln in den Wolken bekommen!“ (Mikola: „Auf die schönen Wohnungen der Gemeinde Wien möchte ich Sie aufmerksam machen!“) Wenn wir über die Wohnungen der Gemeinde Wien sprechen, dann werde ich Ihnen Ihre christlichsozialen Parteigenossen aus Deutschland zitieren. Gerade Ihre Parteigenossen aus Deutschland waren es, die als Arbeitervertreter die sozialen Einrichtungen Wiens studierten und voll des Lobes über die Dinge waren, die sie da gesehen haben. Und als sie nach Deutschland zurückkehrten, haben sie überall von den großen Taten der Wiener Gemeinde ihren Genossen erzählt. Wir haben in Steiermark einen Herrn Ihrer Partei, der kurze Zeit Landeshauptmann gewesen ist. Professor G ü r t l e r hat den Mut aufgebracht ehrlich zu sagen, was ist. Prof. G ü r t l e r war es, der hier in Graz in einer Versammlung erklärt hat, daß sie keine Ursache haben, über das Wiener Werk zu schimpfen, sondern sie mußten umgekehrt anerkennen, daß B r e i t n e r wenigstens seine Rechnungen bezahlt. (Widerspruch bei der E.-L.) Das sind Tatsachen, die nicht wegzustreiten sind. Und deshalb ist es meiner Auffassung nach höchst kindisch und zeigt von einer ungeheuren Geißlosigkeit, wenn man in solch unernsten Zwischenrufen über Dinge urteilt, die bei ernststen Menschen allgemeine Anerkennung finden. Gerade auf Grund der letzten Ereignisse hätten Sie gut getan, zu schweigen. Da wurde von der Reichspost und in Flugblättern die Schwindelmär verbreitet, daß die von der Stadt Wien erbauten Gebäude einzustürzen drohen, und tausende Millionen Steuergelder der Bevölkerung verschwendet werden. (Z i n g l: „Erzählen Sie etwas von den Wiener Bauten!“) Heute stehen noch die Häuser, Sie werden nicht so alt werden wie diese Häuser. Ihre Enkel werden noch in diesen Häusern wohnen, die Sie im Geiste schon zusammengebrochen sehen. Es zeigt das überall von einem Tiefstand der politischen Agitation, wie er nirgends in der Welt zu finden sein dürfte. Hier wird ein Antrag zum Schutz der Republik eingebracht, während Sie gleichzeitig den lieben Gott ansehen, daß er die Häuser der sozialdemokratischen Gemeinde Wien einstürzen lasse. Dr. P f r i m e r hat in St. Johann bei Voitsberg eine Versammlung abgehalten, wobei er sich einen ganz charakteristischen Ausspruch leistete, der natürlich auch in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurde. Er hat gesagt: „Nur Italien und das kleine Österreich waren von den Krawallen kaum berührt. Dort war es der starke Einfluß M u s s o l i n i s, hier die Furcht vor der Heimwehr. Mit den roten Führern muß man gründlich aufräumen. Diese Führer geben vor, im Namen der deutschen Arbeiterschaft zu sprechen und in Wirklichkeit sprechen sie im Auftrag politisch verheßender Juden. Daß es den obersten sozialdemokratischen Führern bei den Julivorgängen nicht geheuer war, beweist, daß sie alles zu ihrer Flucht vorbereitet hatten, sogar Flugzeuge.“ Westentaschen-Flugzeuge. „Der Tag ist“, das ist jetzt bezeichnend, was P f r i m e r sagte: „Der Tag ist hoffentlich nicht fern, wo wir ein steirisch-kärntnerisches Volksgericht über diese Volks-

verführer halten werden.“ Das sagt ein deutscher Mann, der überquillt von Patriotismus, das deutsche Volk schützen will! Das wird nach dem ungeheuren Weltkrieg gesagt, wo jeder weiß, für was er geopfert hat und für was er geopfert wurde. Nach diesem ungeheuer blutigen Ringen kommt ein Mann und sagt, er freut sich auf jenen Tag, wo er ein blutiges Volksgericht über seine Volksgenossen deshalb halten kann, weil sie politisch als Unterdrückte anderer Meinung sind als er es als Glied der bürgerlichen Klasse ist.

Präsident: (Das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, ich unterbreche die Sitzung, da für heute schon seit längerer Zeit eine Regierungssitzung einberufen ist, um sich mit der Frage des Budgets zu beschäftigen. Es findet die Fortsetzung der heutigen Sitzung mit Fortsetzung der heutigen Tagesordnung heute um 5 Uhr nachmittags statt. (Die Sitzung wird am 18. November um 0 Uhr 10 Minuten unterbrochen und vom Präsidenten K ö b l l um 17 Uhr 10 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Vorerst möchte ich beantragen zwei Berichte, die der Volksbildungs-Ausschuß bereits erledigt hat, nämlich den Bericht über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz, betreffend die Errichtung einer öffentlichen Knabenbürgerschule (Knabenhauptschule) im Markte Weiz, sowie den mündlichen Bericht des gleichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz, betreffend die Errichtung je einer öffentlichen Bürgerschule (Hauptschule) für Knaben und Mädchen im Markte Eisenerz, vor Fortsetzung der Tagesordnung im dringlichen Wege zu behandeln, und zwar aus dem Grunde, weil laut einer Mitteilung der Bundesregierung die entsprechenden Vorlagen der Bundesregierung bereits Dienstag im Nationalrate behandelt werden.

(Die Dringlichkeit wird einstimmig beschlossen.)

Ich schreite zur Tagesordnung, Punkt 3 ist also der mündliche Bericht des Volksbildungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz, betreffend die Errichtung einer öffentlichen Knabenbürgerschule (Knabenhauptschule) im Markte Weiz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. E n g e.

Berichterstatter Dr. E n g e: Hohes Haus! Schon der verfloßene Landtag hat in seiner Sitzung vom 28. November 1922, in der 34. Sitzung, einhellig dem Antrage zugestimmt, in Weiz eine öffentliche Knabenbürgerschule zu errichten. Die hiezu notwendigen Bundesgesetze waren damals noch ausständig, weil gewisse fachliche Voraussetzungen für die Bestreitung des Sachaufwandes noch nicht gegeben waren. Als der Landtag diesen Beschluß angenommen hatte, wurde sofort am 1. Mai 1923 die 1. Klasse eröffnet; am 1. November die 2. und 3. Klasse. Schon im ersten Jahre war die Knabenbürgerschule in Weiz mit drei Klassen eingerichtet, welche im Gebäude der Volksschule untergebracht waren. Die Entwicklung dieser Knabenbürgerschule ist folgende, daß die drei Klassen im ersten Schuljahre mit 71, im Schuljahre 1924/25 von 91, 1925/26 von 104 und 1926/27, weil zur dritten Klasse ein Parallelklasse kam, von insgesamt 117

Schülern besucht waren, und im Jahre 1927 besuchen die drei Bürgerschulklassen 162 Schüler. Diese Darstellung zeigt das stete Anwachsen der Schülerzahl und die Notwendigkeit des Bestandes der Bürgerschule. Diese Schule ist in erster Linie für die gewerblichen Kreise des Marktes gedacht und die Fortbildung jener Menschen, die seinerzeit in das Elektrizitätswerk Elin kommen wollen, sie ist als Bildungstätte gedacht für Anstellungen in der Kanzlei und Werkstätte. An der Bürgerschule wird auch Stenographie und Maschin-schreiben gelehrt. Aber nicht nur die Marktgemeinde, sondern auch die Umgebung weiß die Vorteile der Bürgerschule zu schätzen, denn nicht weniger als 60 Schüler sind aus der nächsten Umgebung. Der Zuwachs, der besonders heuer stark ist, spricht selbstverständlich für die Errichtung der Hauptschule, sie zählt gegenwärtig fünf Klassen und ist zum Teile in Privathäusern untergebracht, so daß die Markt-gemeinde Weiz bereits an einen Neubau denkt, um die nötigen Räume zu schaffen.

Der Volksbildungsausschuß hat sich mit der Re-gierungsvorlage Nr. 23 befaßt und hat einhellig die Zustimmung zu dieser Regierungsvorlage gegeben und ich habe die Ehre, namens des Volksbildungsaus-schusses dem hohen Landtage die unveränderte An-nahme der Beilage Nr. 23 A zu empfehlen.

(Der Gesetzentwurf wird ohne Wechselrede ein-stimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 4 ist der mündliche Bericht des Volksbildungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz, be-treffend die Errichtung je einer öffentlichen Bürger-schule (Hauptschule) für Knaben und Mädchen im Markte Eisenerz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Wolf.

Berichterstatter Wolf: Die Begründung, die der Herr Abg. Dr. Enge für die Knabenbürgerschule beziehungsweise Hauptschule in Weiz gegeben hat, trifft in ähnlicher Weise für die Errichtung je einer Bürgerschule für Knaben und Mädchen im Markte Eisenerz zu. Auch dieses Gesetz wurde vom steierm-ärkischen Landtag bereits im Jahre 1922 angenommen. Es konnte dem Nationalrate beziehungsweise Bundes-rate nicht früher vorgelegt werden, weil noch Ver-handlungen wegen des Schulbaues, der Schulkosten-beiträge geführt werden mußten. Diese Verhandlungen wurden jetzt abgeschlossen. Das Bundesministerium wünscht, daß in dem Texte über die Bürgerschule Rücksicht genommen werde auf die Hauptschule und der entsprechende Text eingefügt wird. Das Gesetz lautet (verliest den Gesetzestext aus der Vorlage Nr. 23 B).

Ich kann dem hohen Hause noch berichten, daß die beiden Schulen im Markte Eisenerz schon im vollen Umfange bestehen, außerordentlich gut frequentiert sind und die Bevölkerung die Errichtung dieser Schulen durch das Land Steiermark als eine Wohl-tat empfindet.

Ich bitte das hohe Haus namens des Volksbildungs-ausschusses, dieses Gesetz unverändert anzunehmen.

(Der Gesetzentwurf wird ohne Wechselrede ein-stimmig angenommen.)

Präsident: Wir schreiten nunmehr in der Fort-setzung der früheren Tagesordnung fort, und zwar Punkt 2,

mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-ausschusses über den Antrag Dr. Hübler, E.-Zl. 64, wegen Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Re-publik.

Das Wort hatte zuletzt Herr Abg. Leichin.

Leichin (Fortsetzung): Hohes Haus! Ich möchte zu-nächst meine Verwunderung darüber ausdrücken, daß ich gestern eine Obstruktionsrede gehalten hätte. Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen (Heiterkeit bei der Einheitsliste), und zwar deshalb, weil damit zum Ausdruck gebracht wird, als ob es sich bei diesem Gegenstand um eine Bagatelle handeln würde. Um was es sich hier handelt, sind Dinge, die wertvoll für unsere Beamtschaft sind. Es handelt sich um die der Beamtschaft gewährleisteten Rechte, die im Staats-grundgesetze festgelegt sind. Diese Rechte sollen der Beamtschaft genommen oder geschmälert werden und da muß jeder verstehen, daß eine solche ungeheuer-liche Absicht mit aller Entschiedenheit bekämpft wer-den muß. Wenn wir sie bekämpfen, müssen wir auch die Argumente hiefür ins Treffen führen. Sie fordern eine Ungeheuerlichkeit und jeder Beamte muß es mit Entschiedenheit ablehnen, wenn es eine Partei wagt, ihnen die auf Grund des Staatsgrundgesetzes gewähr-leisteten Rechte zu nehmen. Übrigens scheinen sich die Herren nicht darüber klar zu sein, daß eine solche Ungeheuerlichkeit seit Schaffung des Sozialistengesetzes in Deutschland, seit der Anarchistenverfolgung in Öster-reich überhaupt noch nicht vorgelegt wurde, es bisher keine Partei gewagt hat, eine solche Forderung zu erheben. Jede Partei hat die Rechte der Beamten und der Arbeiterklasse bisher geachtet und es nicht gewagt, diese Grundrechte anzugreifen. Es ist umso bedauerlicher, daß sich dies eine Partei getraut, welche nach außen hin erklärt, daß sie die Vertreterin der Beamtschaft sei, daß sie die Rechte der Beamten wahrte. Was bleibt dann den Beamten zur Durch-führung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, wenn ihnen das Streikrecht genommen wird? Dann werden sie zu jenen rechtlosen Menschen herab-gedrückt, wie zur Zeit der Monarchie. Das scheint Ihr höchstes Ziel zu sein, daß die Beamten wieder Sklaven werden, auf jeden Wink folgen müssen, überhaupt sich nichts zu sagen wagen, keinerlei Rechte im Staate haben als getreu für einen schlechten Gehalt dem Staate zu dienen. Das scheint Ihr Ideal zu sein und aus den Verhandlungen, die gegenwärtig in Wien ge-führt werden, geht dies hervor. Sie müssen schon ver-standen, daß wir, als die einzigen Beschützer des Koali-tionsrechtes, die einzigen Beschützer der Rechte der Beamten, aufzeigen, welches Verbrechen Sie begehen, wenn Sie hier im Landtag den Antrag stellen, mit welchem Sie die Rechte der Beamten schmälern oder überhaupt nehmen wollen. Es heißt hier in diesem Antrage: „Der Landtag gibt seiner Willensmeinung Ausdruck und fordert die Bundesregierung auf, ein Gesetz zum Schutze der Republik einzubringen, und erteilt der Bundesregierung alle notwendigen Macht-Befugnisse, um Anschläge auf die Sicherheit und

Ordnung des Staates, in welcher Form sie auch auf-treten, erfolgreich abzuwehren." Ich weiß nicht, wen Sie da im Auge haben, von wem die Sicherheit des Staates bedroht ist. Ich gebe Ihnen recht, daß in letzter Zeit eine Reihe von Dingen vorgekommen sind, wo nicht nur die Sicherheit des Staates, die öffentliche Ordnung bedroht war, sondern auch das wirtschaftliche Leben aufs tiefste erschüttert wurde. Ich bin einverstanden damit, wenn Sie ein Gesetz schaffen wollen, daß gegen alle jene, welche unser Wirtschaftsleben im vergangenen Jahre so tief erschüttert haben, welche Anlaß gegeben haben, daß aus dem Staatsäckel der Postsparkasse 530 Millionen Schilling überwiesen wurden, um Lumpereien zu decken, gegen alle jene mit Entschiedenheit eingeschritten wird. Wir sind einverstanden damit, wenn ein solches Schutzgesetz geschaffen wird. Sie haben heute schon die Möglichkeit, diese Leute, die sich in so furchtbarer Weise, in so schädlicher Art gegen die wirtschaftlichen Interessen des gesamten Volkes in Österreich ver-gangen haben, auf Grund des Strafgesetzes zu be-strafen und zum Ersatze heranzuziehen. Nur Sie tun es nicht, Sie verhindern es, Sie lassen sie ungestraf-t laufen, weil das Ihre Leute sind. Wenn es sich aber um Arbeiter und Beamte handelt, dann werden Sie energisch. Sie können es nicht ertragen, daß sich Be-amte und Arbeiter seit dem Umsturze Rechte erworben haben, die sie instandsetzen, ihren wirtschaftlichen For-derungen gegenüber dem Staate einen gewissen Nach-druck zu verleihen. Wir sind auch einverstanden mit der Schaffung eines Gesetzes, welches jene Menschen strafen will, die öffentlich immer wieder erklären, daß sie in Österreich ein neues Blutbad heraufbeschwören, einen Bürgerkrieg entfesseln wollen. Ich habe schon gestern darauf verwiesen, daß Dr. Pfrimer, der sich in letzter Zeit ungeheuer viel anmaßt, der nach den Mitteilungen der "Münchener Neuesten Nach-richten" mit den Faschisten in enger Verbindung steht, sich Dinge erlaubt, für die sich der Staatsanwalt inter-essieren müßte. Er hat in St. Johann bei Voitsberg in einer Versammlung erklärt: "Der Tag ist hoffent-lich nicht mehr fern, wo wir ein steirisch-kärntnerisches Volksgericht über diese Volksverführer halten wer-den." (Zingl: "Das haben Sie schon gestern vorgelesen!") Ihr seid schöne Volksgenossen. Während des ganzen Krieges habt Ihr immer erklärt, jeder Deutsche ist verpflichtet gegen die Franzosen, die Slawen, die Italiener zu kämpfen, habt uns immer wieder erklärt, daß wir Deutsche untereinander Brüder sind und jetzt, weil eine Schichte in diesem Staate sich Rechte er-worben hat, die die Kapitalisten nicht ertragen, des-wegen predigt Ihr jetzt den Bürgerkrieg. Doktor Pfrimer hat keine andere Absicht, als eine Bar-tholomäusnacht über die österreichische Arbeiterschaft heraufzubeschwören. Er war es, der in Mureck oder Judenburg erklärt hat, den Tag freudig zu begrüßen, wo endlich die rote Bewegung im Blute erstickt werden kann, er predigt offen den Massenmord. Wenn es gilt ein Schutzgesetz gegen diese Leute zu schaffen, da-mit sie vor Gericht verantworten müssen, was sie tun, dann sind wir damit einverstanden, finden Sie unsere Mithilfe. Aber um diese Personen handelt es sich bei

Ihnen ja nicht. Es handelt sich ausschließlich um die Bekämpfung der Arbeiter und Beamten, weil sie ge-wisse Rechte seit dem Umsturze erworben haben, die sie auch gebrauchen. Es ist merkwürdig, wie sich diese Bernegroße so gerne neben große Helden aus der deutschen Geschichte stellen. So zitiert Dr. Pfrimer in einer Versammlung Bismarck, der einmal sagte, daß große Fragen nur durch Blut und Eisen gelöst werden können. Der Arbeitermord ist bei Pfrimer eine große Frage. Weil Bismarck diesen Aus-spruch in Bezug auf auswärtige Politik gebracht hat, deshalb maßt sich ein solcher Frosch an. . . (Ingenieur Wikany: "Haben Sie Angst vor diesem Frosch?") Wir haben keine Angst vor diesen Leuten, Herr Abge-ordneter Wikany, sondern wir zeigen nur ihre Handlungen und ihre Redensarten auf. Wir selbst fürchten sie nicht. Sie haben es am 12. November gesehen, daß wir im Ernstfalle in allen Industriorten stark genug wären, wenn wir so wahnsinnig wären und uns durch diese unverantwortlichen Redensarten zu einem Bürgerkrieg verleiten ließen. Wir sind nicht so wahnsinnig, wir wollen dieses Blutbad unter unseren Volksgenossen nicht herbeiführen. Wir glauben, es gibt andere Mittel im politischen Kampfe. Alles das, was sie von dem Marsch nach Wien er-zählen, ist nicht ernst zu nehmen, darüber lacht jeder. Steiermark ist in der letzten Zeit sehr berühmt ge-worden. (Zwischenruf seitens der Einheitsliste: "Durch Wallisch!") Steiermark hat schon in der Monarchie eine bedeutende Rolle gespielt, da es her-vorragende Männer nach Wien in die Regierung ent-sendete. Aber es ist auch nach dem Umsturze dadurch berühmt geworden, weil in Steiermark die ungarische Kontrevolution großgezogen wurde, unter Mitwir-kung des steirischen Landeshauptmannes Rinkelen hier ihre Tätigkeit entfalten konnte, hier die Fran-kenfälschung unter der Duldung des Landeshaupt-mannes möglich war. In Steiermark sind Dinge ge-schehen, die in keinem Lande der Welt möglich ge-wesen wären. Deshalb hat Steiermark eine traurige Berühmtheit erlangt. In Steiermark waren auch die Urheber der großen Korruption, die wir jetzt erst zum Teil aus dem Staatsschatze mit 530 Milliarden Kronen decken müssen. (Riemer: "Justizgebäude!") Wenn bei uns in Österreich, vornehmlich in Steiermark, alles haßt, da kann natürlich Seipel, unser Bundes-kanzler, nicht lieben und Frieden predigen. Das ist ganz charakteristisch, daß gerade ein Priester, der die Aufgabe hätte, hier in diesem Kriegszustand, in dem sich die österreichische Bevölkerung gegenwärtig be-findet, dafür zu sorgen, daß Frieden eintritt, daß diese Gegensätze etwas abgeschwächt werden, daß Wege ge-funden werden, damit es nicht etwa zu dem erhofften Bürgerkrieg kommt, der für einige die Möglichkeit bietet auf dem Rücken einiger Bauern und Arbeiter eine hervorragende Stellung zu erringen, daß gerade dieser Priester in daselbe Horn stößt. Statt allen seinen Einfluß geltend zu machen, daß eine friedliche Gesinnung in diesem Lande Platz greife, ist es gerade der Bundeskanzler Dr. Seipel als Priester, der in dieser Zeit, wo alles geradezu auf die größten Gegensätze zugespitzt ist, es nicht verschmäht, weiter zu heken. Es war Mitte Oktober, als der

Bundeskanzler Dr. Seipel am Festabend des Canisiuswerkes eine Rede gehalten hat. Es ist sehr bezeichnend, was der Bundeskanzler da gesprochen hat. Er sagte (liest): „In diesen großen Entscheidungstagen für das Volk, ist es unsere Pflicht, Christus, den König, hineinzuführen in das Volk, seine Fahne aufzupflanzen auch im öffentlichen Leben.“ (Mikola: „Bravo!“) Sehr richtig, sehr richtig, bravo, Christus hat aber nicht den Krieg gepredigt, er hat Versöhnung gepredigt und ich bedauere, daß es eine Frau gewesen ist, die hier den Krieg haben will (Widerspruch seitens der Einheitsliste) und es ist bezeichnend für Sie, daß Sie so nervös werden, wenn man Ihre Gesinnung öffentlich aufzeigt. Weiter heißt es (liest): „Wenn wir die Widersacher Christi aufmarschieren sehen mit besser organisierten und bewaffneten Truppen . . .!“ Das ist unwahr (Widerspruch der Einheitsliste), das sind unsere Schutzbündler. Sie können nicht einen Beweis erbringen, daß ein Schutzbündler bewaffnet angetroffen wurde. (Schifko: „Was ist es mit dem Wiener Arsenal, wo Sie Ihre Waffen haben?“) Aber Herr Abgeordneter Schifko, davon verstehen Sie genau so wenig, wie von der Milch. (Schifko: „Sie verstehen von der Milch mehr wie ich! Sie haben noch keine Kuh gemolken, noch viel weniger eine melken gesehen!) Sie haben nicht einmal den Nachweis erbringen können und Sie hätten es ja sicher getan, wenn die Möglichkeit Ihnen geboten gewesen wäre, nicht im Parlament, nicht in Ihrer Presse, daß Sie einen Schutzbündler bewaffnet angetroffen haben. Aber Sie, als der Führer und Förderer der Heimwehren, haben sich öffentlich mit Maschinengewehren gezeigt, um auf Volksgenossen, auf Arbeiter zu schießen, wenn er nicht Ihres Willens ist. (Riemer: „Auf wen haben die Wiener geschossen?“) Sie haben auch Gewehre gespendet, damit die Jugend sich einüben kann im Schießgeschäft. Es war einer Ihrer Parteigenossen, Bürgermeister Riemelmoser, der erst kürzlich in Hartberg in einer Versammlung Kottulinsky öffentlich den Dank aussprach, weil er zwei Gewehre und die nötige Munition zur Übung der Jugend geschenkt hat. (Bauer: „Die gehen ja jagen damit!“) Bundeskanzler Dr. Seipel sagte weiter (liest): „Wenn wir die Widersacher Christi aufmarschieren sehen mit besser organisierten und bewaffneten Truppen, dann müssen wir alles tun, um den Mangel unserer eigenen Ausrüstung und Organisation zu beheben. (Rufe seitens der Einheitsliste: „Sehr richtig!“ — „Bravo!“) Die wahre Liebe zum Volke muß sich gerade darin zeigen, daß wir den Entscheidungskampf im Volke und für das Volk nicht scheuen.“ (Bravorufe bei den Christlichsozialen. — Zwischenruf Mikola.) Wissen Sie, Frau Abgeordnete, der Entscheidungskampf, das ist der Bürgerkrieg. Blut soll fließen von Hunderten Vätern und Tausende Kinder sollen Waisen werden, das ist einer Christin und einer christlichsozialen Partei würdig! Das ist aber nicht würdig eines Mannes, der Bundeskanzler ist, der gleichzeitig Geistlicher ist und der auf diese Weise die Volksmassen innerhalb eines Staates aufeinanderheßt. Wem gilt diese Heße? (Zwischenruf Bauer. — Zingl: „Den Wallisch wollen Sie nicht ausliefern lassen, das ist das Ganze!“)

Seipel sagt hier: „Die wahre Liebe zum Volke muß sich gerade darin zeigen.“ Und worin zeigt sich die Liebe zum Volke? (Mikola: „Lesen Sie weiter.“) Ich werde schon weiter lesen, seien Sie nicht besorgt, wir werden das alles sagen, was Ihr Freund immer wieder ausgesprochen hat. Die Heimwehr kostet ziemlich viel Geld (Bauer: „Sie haben noch keine Uniformen, die müssen sie erst kaufen!“) und ich habe Ihnen ja gestern eingehende Beispiele angeführt, wie man die Bauern zu den Heimwehren preßt, sie dafür gewinnt, daß man ihnen sagt, die Bolschewiken kommen, treiben euch das Vieh weg, zünden eure Häuser an, das ist das einzige Argument, daß Sie überall bei der Werbung der Heimwehr ins Treffen führen, mit dem Sie die Bauern zum Fürchten bringen, damit Sie ihrem Rufe folgen. Dieser Aufbau kostet Geld und nun sagt Seipel, daß Sie im Volksinteresse, aus Liebe zum Volke diesen Kampf zur Entscheidung bringen müssen. Ich werde Ihnen zeigen, in wessen Interesse dieser Kampf zur Entscheidung gebracht wird und wer diese Dinge finanziert; der liebe Gott finanziert das Norden nicht, das wird finanziert von dem Großkapitalismus in Österreich. Am 23. September hat der Wiener Industriellenverband am Schwarzenbergplatz ein Rundschreiben an seine Mitglieder versendet. Dieses Rundschreiben, das die Nummer 101/1 trägt, lautet folgendermaßen (liest):

„Geehrte Firma! Betr.: Außerordentlicher Mitgliedsbeitrag. Der Ausgang der Frühjahrswahlen in den Nationalrat, die Landtage und in die Gemeindevertretungen hat leider in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in den öffentlichen Vertretungskörpern keine Besserung gebracht. Die bisherige Tätigkeit von Parlament, Landtag und Gemeinderat hat gezeigt, daß nur Politik diese Körperschaften beherrscht und die Interessen der Wirtschaft, insbesondere die Interessen der Industrie zurückgedrängt werden. Auch die Vorfälle vom 15. Juli und die ungemein scharfe Agitation der linksstehenden Parteiführer nach Unterdrückung der Juliunruhen läßt leider befürchten, daß der wirtschaftliche Friede und die gedeihliche Entwicklung von Industrie, Handel und Gewerbe in der nächsten Zeit in Österreich noch nicht gesichert sind. Diese Verhältnisse machen es zur zwingenden Notwendigkeit, daß die industrielle Organisation allen Möglichkeiten gegenüber gerüstet dasteht. Zu diesem Zwecke ist es auch notwendig, daß die von dem Exekutivkomitee der Präsidenten der Sektionen und großen Fachverbände des Hauptverbandes verwalteten, den allgemeinen industriellen Zwecken dienenden Geldmittel entsprechend ergänzt und gestärkt werden. Das Exekutivkomitee des Hauptverbandes der Industrie hat daher den Sektionen nahegelegt, durch Einhebung eines außerordentlichen Mitgliedsbeitrages auf die Dauer eines Jahres diesem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen.“

Die Delegiertenversammlung des Wiener Industriellenverbandes vom 21. September hat nach reiflicher Prüfung der Frage und in Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit einer solchen Maßnahme die Einhebung eines außerordentlichen Mitgliedsbeitrages im Ausmaße von 2 Promille der Lohn- und

Gehaltssumme für die Dauer vom 1. Oktober 1927 bis 30. September 1928 einstimmig beschlossen.

Der Beitrag wird ab Oktober gleichzeitig mit dem ordentlichen Mitgliedsbeitrag von 6 Promille mittels besonderer Erlagscheine eingehoben."

(Dr. Illig: „Vorbeugen!“) Sehr richtig, vorbeugen. Sie können es nicht mehr abstreiten, „vorbeugen“. 2 Promille heben die Industriellen ein, um Ihre Heimwehren vorbeugend auszurüsten und der Herr Prälat Seipel redet vom Entscheidungskampf aus Liebe zum Volke. Die Liebe der Kapitalisten zu ihrem Gelde entscheidet den Kampf. Nicht die Liebe zum Volke, sondern der Haß zum Volke. Die Arbeiter und Angestellten sollen geknechtet werden. (Zwischenrufe. — Schifko: „Ihre Führer haben an den offenen Gräbern in Wien gerufen: „Haß und Rache!“) Wir haben nirgends geheßt oder Haß und Rache gesät, sondern Haß wird gesät durch Ihr System der Ausbeutung (Schifko: „Weil wir uns nicht alles gefallen lassen, was Ihr wollt!“), durch das System des Kapitalismus. Ich erbringe Ihnen den Beweis durch unser Parteiprogramm, das wir in Einz beschloffen haben, daß wir diesen Haß, der naturnotwendig aus dem kapitalistischen System emporzieht, zu beseitigen versuchen. Wir glauben, daß er beseitigt wird (Gafz: „Wenn Wallisch König von Osterreich wird!“ — Heiterkeit), wenn die Ursachen beseitigt werden. Sie haben zugegeben und haben bestätigt, was ich ausgeführt habe, bestätigt, daß die Gelder, die die Industriellen aufbringen, dazu bestimmt sind, die Heimwehren auszurüsten und damit kann nicht mehr bestritten werden, daß dieser Kampf ausschließlich gegen die Arbeiter geht. (Schifko: „Das ist nicht wahr, nicht gegen die Arbeiter!“) Bisher hat kein Kapitalist freiwillig den Lohn oder den Gehalt aufgebessert. Wenn ein Kapitalist Geld gegeben hat, hat er dieses zu bestimmten Zwecken gegeben, die seine Interessen fördern. Zu anderen Zwecken haben wir bisher noch nie erlebt (Gafz: „Außer Bofel für die sozialdemokratische Partei. Der hat es verstanden!“), daß die Kapitalisten Geld gegeben hätten. Sie haben es auch bestätigt (Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen), daß es an dem ist, daß das eine Vorbeugung, eine Vorsicht ist und daß Sie mit Hilfe der Großindustrie, der Großkapitalisten unter der Führung des Adels und der abgetackelten Offiziere die Heimwehren ausbauen, um gegen die Arbeiter und Beamtenschaft loszugehen. Das ist Ihr Ziel, Ihre Aufgabe. Es klingt ganz merkwürdig, daß heute sich die Bauern unter die Fittiche des Adels flüchten, jene Bauern, die gerade . . . (Zwischenrufe.) Es war erst vor zwei Jahren, wo auch die christlich-soziale Partei bei einer Denkmalthüllung im Ennstale zur Erinnerung an die blutigen Kämpfe der oberösterreichischen und Ennstaler Bauern gegen die damalige Habsburger-Clique teilgenommen hat. Damals wurde den Bauern freier Abzug versprochen, wenn sie die Waffen abliefern. Die Bauern haben die Waffen abgeliefert, das Versprechen der Geißlichkeit haben aber die Habsburger gebrochen und zu Hunderten sind im Ennstale die Bauern hingemordet worden. Die Nachkommen des Hochadels sind heute

die Heimwehrorganisatoren, die Bauern stellen sich unter die Fittiche dieses Adels. Es ist unwürdig, wenn Kleinbauern sich unter die Führung eines Bachofen-Echt flüchten, der ein Großgrundbesitzer ist, der 1200 Fasanen hat (Heiterkeit), die den Bauern herum alles wegfressen, so daß ihn eine ganze Reihe von Bauern immer wieder wegen Waldschaden klagen muß. (Zenz: „Otto Bauer ist ein armer Mann!“)

Wir haben gezeigt, daß es Ihnen gar nicht darum zu tun ist, aus Liebe zum Volke den Entscheidungskampf herbeizuführen, wir wissen, daß andere Gründe es sind. Es ist uns nicht unbekannt, daß eine sehr enge Verbindung mit Italien bereits besteht. Daß diese enge Verbindung mit Italien gerade in jener Zeit herbeigeführt wird, wo die nationale Presse von der Unterdrückung unserer Volksgenossen in Südtirol täglich in Empörung aufflammt, muß jeden überraschen. Gerade in dieser Zeit, wo unsere Volksgenossen in Südtirol einen so schwierigen Kampf gegen Mussolini und seine Diktatur führen, in dieser Zeit erleben wir, daß unsere Volksgenossen davon begeistert sind, in engerer Fühlung mit Italien zu stehen. Der „Deutsche Volkswirt“, der in Deutschland Einfluß hat, zeigt Dinge auf, die für uns nicht ehrend sind. Der „Deutsche Volkswirt“, an dessen Spitze Dr. Stolper steht, ein besonderer Kenner der österreichischen Verhältnisse, der ein umfangreiches Buch über die österreichische Volkswirtschaft im Jahre 1922 geschrieben hat, nimmt eine Notiz der „Münchener Neuesten Nachrichten“ zum Anlaß, um auf diese Dinge warnend hinzuweisen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind kein sozialdemokratisches Blatt, es ist ein Blatt, das immer für Hitler schwärmte, eine völkische Zeitung. Es steht außer jedem Verdachte daß die Nachrichten etwas schreiben, wovon sie nicht vollständig unterrichtet und auf das beste informiert sind. Wir wissen aus der Vergangenheit und aus dem Prozesse gegen Hitler, daß gerade die „Münchener Neuesten Nachrichten“ den Kampf für Hitler geführt haben und die guten Verbindungen, die Hitler mit Frankreich hatte, kannten. Sie schrieben folgendes (liest): Italien ist die Möglichkeit einer sozialen Entwicklung in Osterreich stets ein Dorn im Auge gewesen. Es hat seine Versuche das faszistische System über die Grenze seines Staates hinauszutragen, durchaus nicht aufgegeben. Daher kann es nicht überraschen, daß es die Vorgänge, die sich gegenwärtig in Osterreich abspielen, nicht nur mit größter Aufmerksamkeit beobachtet, sondern auch von sich aus zur Lösung in seinem Sinne drängt. Hierbei stützt es sich auf jene Kreise in Osterreich, die seit langer Zeit mit den Faszisten sympatisieren und sagen, daß jetzt die Mithilfe Italiens bei Errichtung einer faszistischen Diktatur mit endgültigem Verzicht Osterreichs auf Südtirol nicht zu teuer erkaufte wird.“ Ein Pakt wurde bereits geschlossen, einzig und allein zu dem Zwecke, um die Arbeiterchaft und Beamtenschaft in diesem Staate zu entrechten, um im Interesse des Großkapitals, das diese Dinge finanziert, den Arbeitern ihre Rechte zu rauben. Das sind keine Finten, die die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aufdecken. Da bereiten unsere

nationalen Freunde, die sich als Beschützer der Republik aufspielen, einen Antrag vor, um den Bund aufzufordern, die Rechte den Beamten und Arbeitern zu rauben. Sie bereiten den Boden vor, daß Italien jenen Kampf auf Kosten des österreichischen Volkes, auf Kosten der deutschen Nation gegen Jugoslawien führen kann. Zu diesem Zwecke reichen Sie Italien die Hand, um die Arbeiterklasse, gegen die Sie in Österreich einen ungeheuren Haß haben, zu entrechtchen, die Beamenschaft zu unterdrücken, ihnen die Rechte zu nehmen, die ihnen bisher gewährleistet wurden. Jeder wird bereit sein, mitzuhelfen, daß die Hochverräter dorthin kommen, wo sie hingehören. Jeder wird sich aber dagegen wehren, daß ein Gesetz geschaffen werde, um den Arbeitern und Beamten die Rechte zu nehmen, weil die Großindustrie für die sozialen Lasten nicht aufkommen will, genau so, wie es der christlichsoziale Bauernbündler, den ich Ihnen gestern vorgelesen habe, darstellt. Wir haben darauf verwiesen, daß wir bereit sind, über eine Abrüstung zu verhandeln. Es war aber das „Grazer Volksblatt“, das höhnisch diese Bereitschaft abgelehnt hat. Es ist eine Genugtuung für uns, daß Mitglieder der christlichsozialen Partei offen einbekannt, daß es ihnen nicht um den Frieden, sondern einzig und allein um den Bürgerkrieg zu tun ist, wie Bundeskanzler Seipel bei der Canisiusfeier offen erklärt hat. Wir haben vergangene Woche ein neues Beispiel erlebt. Es wurden von einem Friedensverein in Wien einige Nationalräte eingeladen, um über die Möglichkeit der inneren Abrüstung in einer Versammlung zu sprechen. Es handelte sich um einen neutralen Verein. Zugesagt hatten Dr. Renner, Dr. Gürkler und Dr. Drexel. Zwei Tage, ehe die Versammlung hätte abgehalten werden sollen, hatten die beiden Herren der christlichsozialen Partei mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Rede nicht in den Intentionen der Partei liege. Offen gaben sie zu, daß sie von einer Abrüstung innerhalb Österreich nichts wissen wollen, daß sie systematisch mit allen Mitteln und mit den Mitteln der Großindustriellen, die diese Dinge fördern, dazu drängen, um endlich nach Seipel den Kampf zur Entscheidung zu führen, durch den Bürgerkrieg die Sache endgültig zu erledigen.

Ich möchte mit den Ausführungen des Bauernbündlers schließen, der für uns und auch für Sie sehr charakteristisch ist. Diese christlichsoziale Zeitung sagt am Schlusse: „Der Sozialismus wird marschieren, so lange die Sünden der bürgerlichen Gesellschaft blühen. Er wird verschwinden, weil er keinen Nährboden mehr hat, sobald die bürgerliche Gesellschaft gründlich Einkehr und Umkehr gehalten hat.“ Durch Ihren Antrag treiben Sie die Gegensätze auf die Spitze, wenn Sie jene Beamenschaft, die Ihnen treu geblieben ist, von sich stoßen, weil Sie durch dieses Gesetz die Beamten entrechtchen. Sie tragen bei, den Beamten endgültig die Augen zu öffnen, um in Ihnen ihre größten Feinde zu erblicken. Damit haben Sie kein Recht, uns zu sagen, daß wir den Haß säen, der gegenwärtig zwischen den Klassen herrscht. Sie haben mit diesem Antrage aufs Neue bewiesen, daß Sie beständig darauf bemüht sind, Haß in der Bevölkerung und ihren Klassen zu säen, weil diese Saat

im Interesse des Kapitalismus liegt, dessen größte Stütze die bürgerlichen Parteien sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auft: Hohes Haus! Es klingt wie ein Hohn, wenn man die Entschlüsse liest, die die Vertreter der großdeutschen Volkspartei am 13. November in Leoben faßten, und wenn man ausgerechnet einen Antrag in Behandlung hat, der wieder von den Großdeutschen ausgeht und sicherlich mit den Tendenzen dieser Entschlüsse vom 13. November in schreiendem Widerspruche steht. Die großdeutsche Volkspartei hat anerkennen müssen, daß ihre letzten Wähler verschwinden, wenn ihr Minister in der Regierung Seipel auch fernerhin eine Taktik stützt, die darauf abzielt, die vollauf berechtigten Wünsche unserer öffentlichen Angestellten unberücksichtigt zu lassen. Sie haben aus dieser Erkenntnis heraus einen Kreistag einberufen und durch den Nationalrat Doktor Grailer eine schwungvolle Rede halten lassen und die Rettung der öffentlichen Beamten beschlossen und haben die äußerste Konsequenz gezogen und erklärt, daß die Nichterfüllung dieser Wünsche zur Zurückziehung der deutschnationalen Vertreter aus der Regierung Seipel führen muß. Der Kreistag war notwendig, war für die großdeutsche Volkspartei Selbsterhaltungstrieb und soll dazu dienen, jene verblendeten Angestellten, die heute noch zum Besitzstande der großdeutschen Volkspartei gehören, auch fernerhin Sand in die Augen zu streuen, soll dazu angehen, unter dem Mantel der wirtschaftlichen Liebe von der Gefahr des Ausstromarismus zu sprechen, die Gefahren, die aus der organisierten Eisenbahnerbewegung aufscheinen, den öffentlichen Angestellten zum Bewußtsein zu bringen, dieser großdeutschen Volkspartei auch fernerhin Erfolgshaft zu leisten. Wenige Tage nach diesem schwungvollen Kreistage sollen wir ein Gesetz behandeln, das sich in schreiendem Widerspruche zu dieser Leobener Entschlüsse stellt, das nackt und brutal die Beamtenfreundlichkeit der großdeutschen Volkspartei aufzeigt und allen denkenden öffentlichen Angestellten zum Bewußtsein bringen muß, daß mit Annahme eines solchen Antrages, mit einem solchen Drucke auf unsere Regierung erreicht werden soll, daß diesen öffentlichen Angestellten ausgerechnet in einer Zeit, in der sie um eine Besserung ihrer Wirtschaftslage kämpfen, zum Bewußtsein gebracht werden soll, daß sie kein Recht haben, von gewerkschaftlichen Mitteln, von den Rechten der Koalitionsfreiheit, dem Streikrecht, Gebrauch zu machen, daß sie letzten Endes dem gnädigen Entgegenkommen der Machthaber im Staate ausgeliefert sind. Es hört sich köstlich an, wenn man die Stellungnahme des Fünfundzwanzigerausschusses zu dieser Frage liest, jenes Ausschusses, in welchem nicht bloß sozialdemokratische Vertreter sitzen, sondern der alle Beamtengruppen in sich vereinigt, in welchem auch Vertreter der deutschnationalen Beamten sitzen, die nun gemeinsam mit den sozialdemokratischen Sprechern diesen beabsichtigten Angriff auf das Streikrecht der öffentlichen Angestellten mit allem Nachdruck abwehren. Vorige Woche war es, daß wir von dieser Abwehr lesen konnten. Vorige Woche war es, daß dieser großdeutsche Antragsteller zur Kennt-

nis nehmen mußte, daß man von einem solchen Überfall nichts wissen will, daß auch die Großdeutschen das Streikrecht der öffentlichen Angestellten gewahrt wissen wollen. Dessenungeachtet sitzt der großdeutsche Abgeordnete Hornik auf dem Berichterstatterstisch, um hier den Antrag durchzubringen, der diesen öffentlichen Angestellten das Streikrecht nehmen soll. Der 15. Juli hat den Anlaß geboten. Die Ausbrüche dieses „Austro-Marxismus“ sollen für einen solchen Antrag die Grundlage bilden. Ich meine, es ist auch hier eine Verfälschung der Tatsachen, wenn man ausgerechnet den 15. Juli als Anlaß für diesen beamtenfeindlichen Antrag feststellt. Ich erinnere, daß die Bauernbündler, unterstützt von den Großdeutschen, vor einigen Tagen in diesem hohen Hause ihrer Beamtenfreundlichkeit unverhohlen Ausdruck verliehen haben. Ich erinnere daran, daß der Fall Gossendorf Anlaß bot, dafür einzutreten, daß man im Falle eines Streiks, diese renitenten Beamten mit Gendarmereiegewalt auf ihre Dienstposten zurücktreibt. Damals haben die Großdeutschen die gleiche Meinung zum Ausdruck gebracht, haben damals schon das Koalitionsrecht, das Streikrecht der öffentlichen Angestellten als Unrecht bezeichnet, das man schleunigst beseitigen soll. Wir haben durch längere Zeit hindurch von dieser Beamtenfreundlichkeit nichts mehr gehört und nun muß der 15. Juli mit seinen Auswirkungen wieder Anlaß geben, einen solchen Antrag einzubringen, der den Schutz der Republik zum Zwecke hat. Glauben die verehrten Mitglieder dieses hohen Hauses, daß ausgerechnet die öffentlichen Angestellten Österreichs diese Republik Österreich gefährden werden. Glauben Sie, daß ausgerechnet jene Staatsbürgergruppe, gegen die sich dieses Gesetz richtet die Absicht haben, diese Republik Österreich umzubringen? Wenn man einen solchen Antrag einbringt, soll man ein wenig aufrichtig und ehrlich sein und den Mut aufbringen, einen solchen Antrag so zu begründen, wie er dem inneren Empfinden entspricht. Mein Kollege Regner hat die inneren Zusammenhänge zwischen diesem Antrag und zwischen der Stimmung der Antragsteller aufgezeigt. Und die Rede, die Nationalrat Dr. Fring Grailler in Leoben gehalten hat, hat uns weiteren Aufschluß über die Gefühlsmomente bei den großdeutschen Antragstellern zum Bewußtsein gebracht. Der Antrag richtet sich gar nicht gegen jene Gruppen, die am 15. und 16. Juli die Hauptfaktoren in diesem Generalstreik waren, sondern er richtet sich gegen die Bundesangestellten, gegen die Angestellten im öffentlichen Dienste, und der Antrag, das sagt man allenfalls unzufriedenen Parteiangehörigen, der Antrag richtet sich letzten Endes doch gegen diese verfluchte Eisenbahnerorganisation, die nicht weniger als 91.000 gewerkschaftlich organisierte Mitglieder zählt, die aber augenblicklich von einem solchen Antistreikgesetz, wie es die großdeutschen Antragsteller wünschen, nicht betroffen werden, weil sie nicht mehr in öffentlichen Diensten stehen, weil sie einer wirtschaftlichen Unternehmung, der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahn unterstehen, daher dem Wirkungsgebiet dieses Gesetzes von vorneherein entzogen erscheinen. Man hat andere Absichten im Hintergrunde und diese

Absichten müssen immer wieder offen aufgezeigt werden, schon deshalb, weil sich ja der ganze Haß und die ganze Verachtung der großdeutschen Volkswut gegen diese Eisenbahnergruppe in der freigewerkschaftlichen Organisation richtet. Die Eisenbahner können diesem Gesetz erst dann unterworfen werden, wenn sie wieder der Hoheitsverwaltung unterstellt, wenn man diesen Betrieb der Generaldirektion aufgibt, wenn man daher imstande ist, durch diese Umgruppierung auf die Eisenbahner und Eisenbahnbeamten dieses Antistreikgesetz, dieses Gesetz zum „Schutze der Republik“ auszudehnen. Ich glaube, daß es trotz der Aufklärungsarbeit des Herrn Nationalrates Grailler in abschbarer Zeit nicht möglich sein wird, diese Eisenbahnergewerkschaft zu zertrümmern und damit zu erreichen, daß die Eisenbahner nun in der Deutschen Eisenbahnergewerkschaft ihr Heil finden, daß man wahrscheinlich nicht imstande sein wird, diese festgefügte freie Gewerkschaft der Eisenbahner umzubringen. Wir wissen, daß ausgerechnet diese sozialdemokratische Eisenbahnergewerkschaft unserem Herrn Grailler und seinen großdeutschen Anhängern ein Dorn im Auge ist, und darum hat man schon wiederholt versucht, diese Eisenbahnen Österreichs aus dem Besitze des Bundes in Privatbesitz überzuführen in der guten Hoffnung, daß ein Privater kapitalistischer Unternehmer es schon verstehen wird, mit diesen Eisenbahnern Österreichs fertig zu werden, ihnen den Brotkorb höher zu hängen, diese Menschen zu zermürben, sie in wirtschaftliche Sorgen zu verfrachten, damit sie letzten Endes in Sorge um ihre Familie, in Sorge um ihre Kinder auf ihre gewerkschaftlichen Grundstücke vergessen und so wieder willige Werkzeuge dieser Privatbesitzer der Bundesbahn werden sollen. Wenn es gelingen könnte, diese Eisenbahner in ihrer gewerkschaftlichen Aufbauarbeit zu stören, wenn es gelingen würde, sie aus der roten Eisenbahnergewerkschaft herauszubringen, wäre es gar nicht notwendig, ein Gesetz zum Schutze der Republik zu schaffen, wäre es nicht notwendig, den Bund aufzufordern, gegen das Streikrecht der öffentlichen Angestellten auf gesetzlichem Wege einzuschreiten. Es wäre vielleicht möglich, im Wege der Privatunternehmer die Eisenbahnangestellten so mürbe zu machen, daß sie von vorneherein auf ein Streikrecht und Koalitionsrecht verzichten würden.

Es ist früher ein Zwischenruf gefallen, der darauf ausklang, daß es unser Bestreben sei, diesen gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern von Österreich die letzten Groschen für die Partei aus dem Sack zu ziehen. Zugegeben, daß unsere Organisationen so fest gefügt sind, daß es ohne besondere Schwierigkeiten möglich wird, die von den Leitungen der einzelnen Gruppen festgelegten Mitglieds- und Parteibeiträge einzubringen. Aber ich glaube, es ist gerade auf christlichsozialer Seite überflüssig, uns in dieser Richtung Vorwürfe zu machen. Wir haben nämlich merkwürdigerweise im Bericht über den letzten Landesparteitag der christlichsozialen Partei lesen können, daß man mit Mißgunst, mit Neid auf diese organisatorischen Einrichtungen der sozialdemokratischen Partei blickt. Wir haben aus dem Bericht des Landesparteisekretärs entnehmen können, daß er diese

gutgefügte Organisation der sozialdemokratischen Partei als Muster hinstellt und daß er es tief beklagt hat, daß diese mächtige christlichsoziale Partei so viele Mitglieder, aber auch sehr viele schlechte Zahler zählt. Er hat festgestellt, daß nur Bruchteile dieser Mitgliedschaft ihren Verpflichtungen gegenüber der Partei nachkommen und es daher höchste Zeit wäre, dieses gute Beispiel der Sozialdemokraten nachzuahmen und durchzusetzen, daß auch die christlichsozialen Parteimitglieder nicht nur eingeschriebene, sondern auch zahlende Mitglieder werden. Wenn eine Partei dies offen bekennt, ist es sehr überflüssig, wenn ein führender Vertreter dieser Partei den Sozialdemokraten den Vorwurf macht, daß sie ihren Parteimitgliedern den letzten Groschen für die Partei abknöpft. Das nur so nebenbei bemerkt, weil mein Kollege Leichin diesen Zwischenruf überhört hat und weil es doch notwendig ist, diese Gegensätze zwischen dem christlichsozialen Landesparteitag und zwischen dem Zwischenrufer G a ß aufzuzeigen.

Ein anderer Zwischenruf klang darauf aus, warum wir so gerne von der Heimwehr reden, wenn wir diese Heimwehr nicht fürchten sollten. Verehrte! Es wäre lächerlich, darüber zu sprechen, ob wir uns vor der Heimwehr fürchten. Wenn diese Heimwehr Österreichs oder Steiermarks eine Entwicklung nimmt, die den Grundsätzen unseres Republikanischen Schutzbundes angepaßt ist, wäre es vielleicht genau so wenig notwendig von der Heimwehr zu sprechen, als es notwendig ist, vom Republikanischen Schutzbund zu sprechen. Was sich die Heimwehr in ihrem Programm, in ihren festgelegten Grundsätzen zum Ziele gesetzt hat, das ist identisch mit dem Programm und mit den Grundsätzen des Republikanischen Schutzbundes. Ich habe schon Heimwehrführer getroffen, von denen ich sagen konnte, wir bewegen uns auf einer Linie. Vernünftige, einsichtsvolle Menschen, die in der Heimwehrgeneration nicht ein Machtmittel gegen diese angeblich übermütig gewordene Arbeiterschaft erblickten, sondern die lediglich in der Heimwehr ein Instrument zum Schutze der Heimat sehen. Das Ziel hat sich auch der Republikanische Schutzbund gesteckt: Die Heimat, die Republik, die Rechte dieser Arbeiterschaft zu verteidigen. Es wäre daher ganz überflüssig, über den Schutzbund und über die Heimwehr zu sprechen. Wenn wir es trotzdem tun, dann deshalb, weil einzelne Führer der Heimwehr — es sind ganz einzelne, versprengte Menschen, die in diese Gruppe gehören — das Bedürfnis haben, dieser aufstrebenden Bauernschaft, diesen interessiert zuhörenden landwirtschaftlichen Arbeitern das Ziel und den Zweck der Heimwehrebewegung in etwas anderem Lichte darzustellen, in anderer Form zu schildern, die eben darauf hinausläuft, in Österreich einen Bürgerkrieg anzufachen, weil wir es nicht dulden können, daß man auf Kosten der Sozialdemokraten und auf Kosten der Arbeiterschaft und Ungefallensgesellschaft Tendenzen in den Heimwehrebewegungen vertritt, die unnötig und überflüssig sind. Deshalb ist es notwendig, daß wir bei jedem passenden Anlasse über diese Auswüchse der Heimwehrebewegung sprechen. Auswüchse, die mit dem Schutze der Heimat nichts zu tun haben und die den Umsturz, die Gewalt, die Reaktion, den Faszi-

mus wollen, Auswüchse, die eben auch bei jenen konservativen Bauern aus Unmut und Aufregung hervorgerufen werden, wenn man es versteht, in der richtigen „geistigen“ Stimmung diese Tendenzen einzelner Heimwehrführer von Steiermark zu vertreten. Die bluttriefende Rede des Heimwehr-Landesführers Dr. P f r i m e r hat mein Kollege Leichin schon im Wortlaut festgehalten. Es vergeht kein Sonntag, wo er nicht von Blut und Eisen spräche, es vergeht keine Heimwehrtagung, bei der er nicht Aufruhr treibt, Aufruhr, der letzten Endes den Bürgerkrieg bezweckt, jenen Bürgerkrieg, von dem Dr. P f r i m e r glaubt, ans Ruder zu kommen, Diktator zu werden, das Parlament, den Landtag beseitigen zu können und so mit einer Gewaltherrschaft, aufgebaut auf den Trümmern der zusammengetretenen sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften, ein Reich des Faszismus aufrichten zu können. Wir haben am 12. November ohne besondere Agitation der friedliebenden Bevölkerung von Österreich zur Kenntnis bringen wollen, daß es mit dem Verfall, mit dem Zusammenbruch dieser sozialdemokratischen Organisationen doch nicht so bestellt sei, wie man es in den Heimwehrversammlungen immer wieder darstellt. Eine Partei mit 650.000 Mitgliedern (Ing. W i k a n y: „Sie war schon größer!“) An gewerkschaftlichen Mitgliedern hatten wir über 1.000.000, jetzt 900.000. Das bringt die wirtschaftliche Krise mit sich, weil man eben von einem armen Teufel, der arbeitslos ist, nicht verlangen kann, daß er Gewerkschaftsbeiträge zahlt. Es ist also selbstverständlich, daß man in einer Partei, die 650.000 Mitglieder zählt, in der also jeder zehnte Österreicher organisiert erscheint, unbekümmert um Kinder und Alte, daß man in dieser Partei selbstverständlich nicht alle Meinungen unter einen Hut bringen kann. Daß es in der Partei der Sozialdemokraten Unzufriedene, Kleinmütige und Gleichgültige gibt, ist bei der großen Zahl der Mitglieder auch begreiflich. Wenn nun ein paar Unzufriedene im Wirtshause zusammenkommen und über einen Parteibonzen losziehen und auf den Tisch hauen und sagen: „Das muß anders werden!“ und so ein Heimwehrmann sitzt in der Nähe und hört das, dann geht er freudestrahlend (Zwischenruf: „Laßt ihm die Freude!“) zu seinem Führer und erklärt ihm: „Wart nur, es kracht schon in allen Fugen, es wird nicht lange dauern und diese Partei wird zusammenbrechen, die Arbeiterschaft von Österreich wird nicht mehr jenes Rückgrat zeigen, das uns wiederholt unangenehm wurde. Noch etwas, Sie schließen immer aus — auch von uns verurteilten — Einzelercheinungen auf Terrorakte in dieser Partei. Meine Herren! Wenn man einmal eine so große, starke Partei ist, in der man natürlich nicht alle Mitglieder am Schnürl führen kann, in der man den Mitgliedern nicht so im Handumdrehen die notwendigen sozialen Erkenntnisse beibringen kann, da kann es auch vorkommen, daß in dem einen oder anderen Parteimitglied eine Überspannung des Machtbewußtseins aufscheint, die letzten Endes zu Dingen führen kann, die man als Terror bezeichnen könnte. Herr Dr. E n g e hat wieder einen solchen Terrorfall aus Schwanberg oder Deutschlandsberg aufzeigen wollen, Terrorfälle, die wir ganz offen verurteilen, weil wir

ganz genau wissen, daß wir auf derartige Auswüchse eines überspannten Machtgefühls dämpfend wirken müssen, weil wir das Bewußtsein haben, daß wir eben durch solche Vorkommnisse unseren Friedenswillen nicht in entsprechender Weise zum Ausdruck bringen können. Aber, Verehrte, wenn Sie sich dann einen solchen Terroristen näher anschauen, mit ihm reden, insbesondere seine Entwicklung betrachten und plötzlich sehen müssen, daß das ein Mensch ist, der des Lebens Nöte kennen lernte, der sein Leben lang gehungert und gedarrt hat, der plötzlich in irgend einem Betrieb Betriebsrat wurde und der zu einer gewissen Macht gekommen ist (Ing. Wikany: „Wie der Wallisch!“) und aus diesem Machtbewußtsein heraus auch vielleicht eine Handlung vollbringt . . . (Ing. Wikany: „Das ist dem Wallisch auch passiert!“) Herr Kollege Wikany, Sie werden sicherlich zugeben, daß Wallisch nicht vielleicht in Unkenntnis der Entwicklungsgeschichte (Ingenieur Wikany: „Überspannt war er!“), sondern aus anderen Beweggründen vielleicht etwas gemacht hat, was dem Herrn Kollegen Hornik unangenehm war. Wenn man viele Dinge so betrachtet, wie der Herr Kollege Wikany, von der heiteren Seite, dann ärgert man sich einmal und lacht wieder und die Geschichte ist vorüber. Aber die Erkenntnis, die Herr Kollege Wikany zum Ausdruck bringt, ruft in den Kreisen anderer Mitglieder der bürgerlichen Mehrheit nicht . . . (Zwischenruf: „Sind nicht da!“) das notwendige Verständnis hervor. Es genügt uns aber, wenn die Bauernbündler von diesem Antrage der Großdeutschen abrücken oder den Auslieferungsantrag, der von christlichsozialer Seite gestellt wird, ablehnen. Daß man dem Staatsanwalt den Kollegen Wallisch ausliefert, ist eine Geschmacksverirrung, die nach Rache riecht, die bei denen, die objektiv über diesen Fall denken, nicht das richtige Verständnis finden wird. Ich bin in den Punkt 5 der Tagesordnung durch den Zwischenruf des Herrn Wikany hineingekommen. Ich möchte aber, weil wir schon einmal drinnen sind, dennoch einige Worte darüber sagen. Es ist nämlich leider von Herrn Abg. Hornik und seinen engeren und weiteren Anhängern in der Sitzung vom 25. Juli zuviel scharfgemacht worden. Da wurden blutrünstige Reden gehalten und der Heimwehr und ihren Anhängern zuviel versprochen und jetzt wissen die Herren nicht, wie sie aus dieser Schlamastik herauskommen sollen. Die Vernunft ist längst zurückgekehrt, die politische Einsicht hat die Rachegefühle vielleicht schon längst überflöt und der objektiv Urteilende sagt sich, es ist ein Skandal und der Herr Kollege Dr. Serneß möchte sagen, es ist eine Schweinerei, daß man jemanden wegen eines politischen Deliktes ausliefert. Aber heraus können Sie jetzt nicht aus dieser Schlinge, in welcher Sie sich gefangen haben, weil Sie eben fürchten müssen, daß die einen oder anderen der Anhänger dieser Gruppen in einem Nachgeben eine Schwäche erblicken. Und sich schwach zeigen, ist auf der christlichsozialen Seite eine unangenehme Sache. Und deshalb muß man nach außen hin die große Geste machen und feststellen, daß man Wallisch — den Diktator von Bruck, den Präsidenten der Republik Bruck, den König von

Österreich, wie ihn Herr Kollege Gaf genannt hat — den Richtern überliefern wird.

Nun zurück zum anderen Kapitel. Ich wollte dem hohen Hause zum Bewußtsein bringen, daß es falsch wäre, von einzelnen Erscheinungen, von einzelnen Terrorakten Schlüsse auf unsere Partei zu ziehen. Es wäre auch falsch, aus einem Leitartikel der „Arbeiterzeitung“ den gleichen Schluß zu ziehen. Verehrte, es kann ganz offen gesagt werden — und wer die Verhandlungen unseres letzten Parteitages verfolgt hat, wird es bestätigen müssen —, daß auch nicht alle Sozialdemokraten mit der Tonart der österreichischen „Arbeiterzeitung“ am 16. Juli einverstanden waren. Aber es ist einmal so, wenn irgend etwas geschieht oder irgend etwas geschrieben wird, so wird diese Massenpartei der Sozialdemokraten für diese Dinge verantwortlich gemacht. Ich meine, daß es vernünftiger wäre, sich auf einem anderen Wege zu finden, solche Einzelercheinungen so zu werten, wie sie zu werten sind, dann wäre es vielleicht möglich, diesen Haß, der immer wieder aufsteht, zu begraben und gemeinsam im Interesse der Entwicklung unserer Republik zu arbeiten.

Wenn Sie nun das Bedürfnis haben, Terrorakte, Übergriffe, Gewalttätigkeiten, Unsinnigkeiten auf sozialdemokratischer Seite aufzuzeigen, dann dürfen Sie aber auch uns nicht das Recht absprechen, daß wir die Blutgier eines Dr. Pfriemer, des Oberinspektors Meißner, daß wir Übergriffe der Heimwehr aufzeigen, die in den letzten Monaten in recht reichlichem Maße in ganz Österreich und besonders aber in Steiermark zu verzeichnen waren. Bei uns sehen Sie die rohe Gewalt, Diktaturgelüste, bei uns sehen Sie Terrorakte, Übergriffe, bei uns muß ein Abgeordneter ausgeliefert werden, weil er angeblich ebenfalls Übergriffe zu verzeichnen hat. Haben wir schon in irgend einer bürgerlichen Zeitung gelesen, daß man auch die Auslieferung der Terroristen auf der anderen Seite begehrt? Haben Sie schon irgendwo gelesen, daß gegen den Herrn Dr. Pfriemer eine Anklage wegen Erpressung, wegen Aufruhr, wegen Hochverrat erhoben worden ist? Kein Wort. Aber ich glaube, es ist niemand da im hohen Hause, der nicht innerlich das Empfinden hätte, daß sich einzelne Heimwehrgenerale ganz gleiche Übergriffe geleistet haben, wie sie auf sozialdemokratischer Seite festgestellt werden. (Leichin: „Auch Bezirkshauptleute!“) Auch Bezirkshauptleute und Amtspersonen. Aber es würde uns auch nicht einfallen, die Heimwehrebewegung für derartige Ausbrüche verantwortlich zu machen. Ich möchte Ihnen doch an einigen Beispielen zeigen, wie einzelne Gruppen von Bürgermeistern das Gesetz achten, wie unsinnig es ist, hier durch ein Antrag ein Gesetz zum Schutz der Republik zu begehren und auf der anderen Seite ruhig zuzuschauen, wie man sich Terrorakte und Übergriffe erlaubt, ohne daß irgend jemand das Bedürfnis hätte — mit Ausnahme der christlichsozialen niederösterreichischen Bauernzeitung — auch diese Terrorakte ins richtige Licht zu stellen, über sie ein genau so scharfes Urteil zu fällen, wie man es bei Erscheinungen in der sozialdemokratischen Partei zu tun gewohnt ist.

Sie kennen sicherlich den Fall des Oberlehrers Kabusch in Haus. Ein Mann, der sich bei einem Großteil der Bevölkerung der wärmsten Sympathie erfreut, ein Mann, der mehr als zwei Jahrzehnte im Dienste der Jugendziehung gestanden ist, ein Mann, der in der Gemeinde Haus im Ennstale mit den verschiedensten Vertrauensposten, sowie mit der Raiffeisenkassenverwaltung in diesem Orte beauftragt wurde, der nur einen Fehler hat, daß er seit 20 Jahren sozialdemokratisch organisiert ist. 20 Jahre lang war dies für diesen Lehrer kein Nachteil, man hat in ihm einen geraden, aufrechten deutschen Menschen gesehen, der seine Pflicht erfüllt, sein ganzes Wissen und Können in den Dienst der Gemeinde stellt und der den Kindern dieser Gemeinde in Haus ein warmer Vater und gütiger Lehrer war. Plötzlich entdeckt man nach dem 15. Juli, daß dieser Oberlehrer in Haus ein Sozialdemokrat ist. Er hat sich weder an Demonstrationen beteiligt, noch hat er politische Heze betrieben, aber ein Verbrechen hat er begangen, er hat den Mut aufgebracht, dem Heimwehrkommandanten von Haus und dem Bürgermeister Dankelberger von Haus und den christlichsozialen Ortschulratsobmann von Haus aus dem Schulhause zu weisen, als diese Herrschaften nach dem 15. Juli vom Oberlehrer die Herausgabe der Schlüssel für das Schulhaus verlangten, damit sie in diesem Schulhause von Haus das Hauptquartier des Heimatschutzes einrichten könnten. Man hat diesen Oberlehrer abgesetzt. Zuerst durch den Ortschulratsobmann, der selbstverständlich zu solcher Machtvollkommenheit kein Recht hat. Man hat die Absetzung dieses Oberlehrers aber durch den Bezirkshauptmann von Gröbming durchgesetzt, trotzdem dieser Bezirkshauptmann Dr. Hofmann — sein Name soll in den Annalen dieses hohen Hauses verewigt sein — den Oberlehrer von Haus als Mitglied des Bezirksschulrates, aber auch als Raiffeisenkassenfunktionär seit vielen Jahren kannte, mit ihm zusammen arbeitete, seine Qualitäten schätzen gelernt hatte. Er hat trotzdem unter dem Drucke des Bürgermeisters Dankelberger und der Heimwehrleute von Haus diesen Oberlehrer Kabusch seines Dienstpostens enthoben und der Landesschulrat von Graz, dem Landeshauptmann Paul vorsieht, hat diese Enthebung des Oberlehrers Kabusch von Haus bestätigt. Es ist untersucht worden, man hat den Versuch unternommen, diesem Oberlehrer Kabusch irgend etwas nachzusagen, was für diese Enthebung von Bedeutung gewesen wäre, man hat nichts gefunden. Die Bauernbündler von Haus, die auch in der Heimatschutzbewegung stehen, haben ihren christlichen Kollegen im Heimatschutz zum Bewußtsein bringen wollen, daß es sich hier um einen Terrorakt handelt, die Bauern von Goisern und die Bauernbündler haben erklärt, wenn der Oberlehrer Kabusch nicht wieder in seine Rechte zurückversetzt wird, werden wir nach Haus marschieren und Kabusch selbst wieder in den Schuldienst einsetzen. Es hat eine Protestversammlung der Bürgerlichen stattgefunden, die dem Landeshauptmann zur Kenntnis brachte, daß man sich diese Behandlung des Oberlehrers Kabusch nicht gefallen lasse. Die Christlichsozialen sind stärker geblieben und der schwache Herr Landeshauptmann hat unter dem Ein-

fluß dieser stärker gebliebenen Christlichsozialen bis heute den Oberlehrer von Haus nicht in seine Rechte zurückversetzt. Es handelt sich hier nur um einen Oberlehrer, aber es ist naheliegend, daß man aus einem solchen Fall für jeden, der noch objektiv denkt, der noch ein Gerechtigkeitsgefühl in seiner Brust hat, den zwingenden Schluß zieht, daß man dieser Landesregierung, diesem Landeschulrat, daß man diesem Landeshauptmann und dieser christlichen Parteivertretung zum Bewußtsein bringt, daß man diesen Skandal nicht dulden darf, daß man diesem Oberlehrer, dem man nichts vorwerfen kann, als daß er der sozialdemokratischen Partei angehört, wieder zu seinem Rechte verhilft. Das ist Terror auf der Gegenseite, aber nicht unter dem Eindruck einer zwingenden Notwendigkeit, nicht unter dem Eindruck des Hungers, sondern lediglich deshalb, weil man in einer solchen Gemeinde die Macht besitzt, diesem sozialdemokratischen Oberlehrer lästig zu werden. Solche Fälle haben sich in der letzten Zeit sehr viele abgespielt und wenn man das Bedürfnis hat, die Republik zu schützen durch ein Gesetz, Übergriffe, Terrorakte, gewaltsame Streiks aus der Welt zu schaffen, dann soll man nicht solche Handlungen decken, die auch unter gewisse Paragraphen fallen würden, dann soll man nicht über Übergriffe, über Terrorakte bei den Sozialdemokraten schreiben, wenn man selbst Butter auf dem Kopfe hat, im Glashause sitzt, und trotzdem Handlungen begeht, die nach allem anderen als nach Gerechtigkeit aussehen.

Wir haben einen Oberlehrer namens Wilhelm Auer in Scheifling. Wir haben diesen Fall schon einmal in diesem hohen Hause behandelt, aber damals hat man die Auswirkungen der Terrorakte der von Rintelen und Landeshauptmann Paul geschützten Heimwehrleute von Scheifling nicht absehen können. Gebrannt hat es am 16. Juli in Scheifling. Wer kann das Feuer verschuldet haben? Selbstverständlich der sozialdemokratische Oberlehrer. Der Gendarmeriepostenkommandant von Scheifling hat das Bedürfnis gehabt, diesem Oberlehrer zu erklären, wenn es noch einmal brennt, werden ein paar Leute verschwinden. Der christlichsoziale Bürgermeister von Scheifling hat das Bedürfnis gehabt, diesen Oberlehrer abzusetzen, ihm das Betreten der Schulräume zu verbieten. Der Bezirkshauptmann von Murau hatte das Bedürfnis, diese Handlungen einer überhitzten Menschenmenge zu entschuldigen, zu decken. Was ist daher naheliegender, als wenn man so einen sozialdemokratischen Oberlehrer seines Dienstes enthebt und erklärt, daß die Stimmung der Bevölkerung eine solche sei, daß es nicht zu verantworten wäre, ihn der Gefahr auszusetzen, daß diese überhitzte Volkstimmung vielleicht zu Dummheiten führen würde. Man hat bei der Untersuchung gegen diesen Oberlehrer Auer von Scheifling aber nicht in einem einzigen Falle irgend welche Übergriffe oder Verfehlungen nachweisen können. Aber Sozialdemokrat war er und darum mußte er weg. Und er ist glücklich weg. Die Christlichsozialen haben sich eine schöne Rückzugslinie gesucht und haben den Oberlehrer von Scheifling nach Zeltweg versetzt und haben sich ge-

dacht, damit wird der Auer zufrieden sein. Oben hat er keine Ruhe, Zeltweg ist ein großer Industriort, dort paßt er hin, die Angelegenheit ist damit erledigt. Glauben Sie nicht, daß gerade in diesem Beschlusse des Landesschulrates ein Schulbekenntnis liegt, das in der Veretzung dieses Oberlehrers an einen wesentlich größeren Ort, an eine wesentlich höher organisierte Schule zum Ausdruck gebracht wird, daß den schuldigen Männern das Grauen angeht. Dieser Auer ist ein ruhiger, sachlicher, jeder Aggressivität abholden Mensch, der nichts anderes zu tun wußte, als einem Holzknecht einen Brief zu schreiben, einem Bauernknecht mit Rat und Tat beizustehen, einen Invaliden zu beraten, als einfacher, ruhiger, sachlicher Parteimann in Scheifling seine sozialen Aufgaben neben seiner Berufspflicht zu erfüllen. Das war alles und die Leute haben ihn gern gehabt. Wir haben durch diese Tätigkeit Auer's in Scheifling eine sehr gut ausgebauten sozialdemokratischen Organisation gehabt. Daher mußte Auer weg, weil dann die Parteisache in dieser Gegend geschädigt werden kann. Ich frage, ob in dieser Handlungsweise nicht auch ein Terrorakt liegt, und wenn man über sozialdemokratische Terrorakte abfällig urteilt, dann muß man auch für solche Erscheinungen das richtige Urteil ausbringen.

Die Fälle Haus und Scheifling haben Schule gemacht und wie bekanntlich mit dem Essen der Appetit kommt, haben auch andere christlichsoziale Gegenden das Bedürfnis bekommen, ähnliche Stückchen aufzuführen. Es hat ein Oberlehrer, der auf den Namen Stark hört und in Glojach bei Kirchbach a. d. Raab stationiert war. (Ing. Wikany: „Geographie schwach!“) Es ist gut, Herr Kollege, daß ich mich in Eurem Gebiete nicht so gut auskenne. Der Mann war Oberlehrer in Glojach. Im Vorjahre starb ihm seine Frau. Er hatte sechs unversorgte Kinder und konnte in diesem Glojach keine entsprechende Pflege und keine entsprechende Hilfskraft finden. Er wird daher vom Bezirksschulrate mit Genehmigung des Landesschulrates vorübergehend nach Weizberg übersetzt. Vor kurzem wollte nun dieser Oberlehrer Stark nach Glojach zurück und seine Wohnung, die er im Schulhaus von Glojach hatte, wieder beziehen, weil er inzwischen wieder eine Frau gefunden hatte, die auf seine sechs Kinder schaut. Als er nun mit Sack und Pack in dieses Glojach einrückte, steht die Heimwehr vor dem Schulhaus und erklärt: „Für den sozialdemokratischen Oberlehrer haben wir keinen Platz. Der rote Oberlehrer muß weg!“ Weg hat er müssen! Und Sie lesen auch im letzten Berichte über die Landesschulratsitzung, daß man diesen Oberlehrer Stark zum Oberlehrer in Pöfing-Brunn ernannt hat. Wieder ein Auskunftsmittel der Christlichsozialen und Großdeutschen — die waren auch daran beteiligt — um diesen Oberlehrer, der nichts anderes verschuldet hat, als daß er Sozialdemokrat ist, aus diesem christlichsozialen Glojach wegzubringen. Nach diesen Qualitäten werden heute noch in den Landgebieten die Lehrpersonen beurteilt. Was sie in der Schule leisten ist nebensächlich. Zuviel denken macht Kopfweh und es ist nicht notwendig, daß unsere Bauernkinder zu viel denken lernen. Besser ist es,

wenn die Lehrer tüchtig Orgelspielen und Taktgeben können. Andere Qualitäten sind nicht so notwendig.

Es ist zwar merkwürdig, daß der Herr Abgeordnete Gatz seit längerer Zeit das Bedürfnis hat, mit seinen Bauern Reisen nach Deutschland, Holland und der Schweiz zu machen, weil er es für notwendig ansieht, daß seine Bauern, von denen er selbst erklärt, daß sie um 70 Jahre zurück sind gegen die deutschen Bauern, daß sie etwas lernen und aufgeklärt werden, ihre Wirtschaft rationeller zu führen um diesen Daseinskampf, dieses Ringen um die nackte Existenz erfolgreich aufnehmen zu können. Es wäre ganz gut, wenn in Glojach und anderen christlichsozialen Gemeinden ein roter Oberlehrer wäre, der nicht Orgelspiel als seine Hauptaufgabe ansieht, sondern der sein Bestreben darin sieht, Aufklärung in die Köpfe zu bringen, damit auch die Bauern imstande sind, diesen Daseinskampf erfolgreich führen zu können. Auf der einen Seite schreit man, daß die hohen Steuern an der mißlichen Lage des Bauernstandes schuld sind, auf der anderen Seite erklärt man, daß man mit diesen Sozialdemokraten aufräumen muß, weil sie die Schädiger der österreichischen Volkswirtschaft sind. Auf der anderen Seite macht man Reisen, weil man im Kämmerlein ganz genau weiß, daß nicht die Sozialdemokraten, daß vielleicht auch nicht die Steuern des Herrn Kienböck und des Herrn Winkler an diesen Erscheinungen schuld sind, sondern vielleicht Rückstände in der Intensivierung der Landwirtschaft.

Im Bezirke Leibnitz gibt es einen christlichsozialen Bezirksschulinspektor, der sich seine Wirtschaft so eingerichtet hat, daß er trachtet, nur christlichsoziale Lehrpersonen in seinen Bezirk zu bekommen. Da sind wir machtlos, wenn ein solcher Bezirksschulinspektor, der hinter sich einen christlichsozialen Bezirksschulrat und einen in seiner Mehrheit christlichsozialen Landesschulrat weiß, diese Absichten in die Tat umsetzt.

Der Bezirksschulinspektor von Deutschlandsberg geht ein wenig weiter und erklärt in einer öffentlichen Sitzung, daß er es zu verhindern wissen werde, daß in seinem Bezirk ein sozialdemokratischer Lehrer angestellt wird. Das sagt ein Bezirksschulinspektor in einer öffentlichen Körperschaft, in der leider die Sozialdemokraten sehr schwach vertreten sind. Wäre da nicht auch ein Schutzgesetz notwendig, ein Antiterrorgesetz, das imstande ist, solche Übergriffe eines öffentlichen Beamten hintanzuhalten, nach welchem man mit einem solchen Vertreter des Rechtes, mit einem solchen öffentlichen Beamten ohne weiteres abfahren könnte?

Wir haben in letzter Zeit auch einige andere Streiks im bürgerlichen Lager beobachten können, Schulkinderstreiks, so in St. Stephan bei Stainz, St. Josef bei Stainz, Rastach, Hochstraßen und Fladnitz. Streiks, die von der Heimwehr organisiert wurden, die sich aber ausnahmsweise nicht gegen die Sozialdemokraten, sondern gegen die Christlichsozialen gerichtet haben. Die Heimwehr steht bekanntlich über den Parteien, daher ist sie in diesem Falle den Christlichsozialen mit der Organisation dieser Streiks unangenehm geworden. Es ist kennzeichnend, wie ein solcher Streik oft zustandekommt, wie er sich auswirkt und es ist

interessant, die Ideologie dieser Heimwehrstreikführer näher zu beleuchten. Da draußen hat man beschlossen, den Schulbeginn vom Frühjahr auf den Herbst zu verlegen, ein Zustand, wie er in den meisten Bezirken von Steiermark schon eingeführt ist. Das Schuljahr beginnt im Frühjahr am 1. April. Dann fallen mitten in das Schuljahr die großen Ferien, die Kinder vergessen in den Ferien das, was sie in den ersten Monaten gelernt haben und der Lehrer muß nach Ablauf der Ferien im Herbst wieder mit dem Lehrstoff anfangen, den er schon vor den großen Ferien gelehrt hat. Es ist daher begreiflich, daß man die Ferien zwischen die Schuljahre legt, und man muß es so einrichten, daß das Schuljahr mit Ferienbeginn endet und das neue Schuljahr nach dem Ferienende anfängt. Die Heimwehrleute von diesen Orten haben nicht den Herrn Landeshauptmann oder Herrn Abg. G a ß (G a ß: „Hier!“ — Heiterkeit.) oder die Frau Abg. M i k o l a oder Frau Abg. K a u f m a n n gefunden, sondern sie haben kurzerhand da draußen den Heimwehrstreik, den Schulkinderstreik proklamiert. Ich meine, daß gerade diese Erscheinung zu denken geben müßte, weil diese Erscheinung aufgezeigt hat, daß vor dieser Heimwehr auch die Christlichsozialen nicht sicher sind, daß man kurzerhand einen Streik in Szene setzt, wenn einmal die Christlichsozialen etwas beschließen, was man nicht für gut findet. Sie sind dann darauf gekommen, daß ein Unsinn gemacht wurde, aber der Landeshauptmann hat trotzdem das Bedürfnis gehabt, unter dem Drucke der Terrorleute, dieser Heimwehrleute von St. Josef bei Stainz, St. Stefan, und sofort am Präsentierteller den Schuljahrsbeginn im Frühjahr zu bringen, vielleicht sogar mit Überschreitung gesetzlicher Bestimmungen, damit der Schulkinderstreik aufgehört. Sie sehen also aus einer solchen Erscheinung, daß auch der christlichsoziale Landeshauptmann von Steiermark, der ohnedies so brav und zahm ist und alles macht, was diese Heimwehrleute wünschen, vor einem solchen Heimwehrstreik nicht sicher ist, wenn er irgend etwas macht, was diesen Heimwehrleuten nicht paßt.

Weil der Herr Landeshauptmann da ist, muß ich auch erzählen, wie es ihm in Haus ergangen ist. Da hat er eine Versammlung mitgemacht, wie er sie noch nie in seinem Leben mitgemacht haben dürfte. Soviel Liebe und Freundlichkeit, soviel Zuneigung hat er noch nirgends gefunden als in Haus. Die Häuser Frauen sind ihm um den Hals gefallen und haben ihn abbufferln wollen (Heiterkeit), obwohl er dagegen protestiert hat. Das Ergebnis war, daß der Landeshauptmann fluchtartig Haus verlassen hat, weil man schon früher für die richtige „geistige“ Anregung der Versammlungsbesucher Sorge getragen hat. Denn der Herr Landeshauptmann hat die Undorfsichtigkeit begangen und hat sich in Haus angemeldet, so daß man schon gewußt hat, daß der Herr Landeshauptmann kommt. Da konnte man sich auf diese Versammlung vorbereiten. (Ing. W i ß a n y: „Haben sie geschossen auch?“) Man hat öfters ein neues Fassell angeschlagen, damit die notwendige „geistige“ Anregung für die Anwesenheit des Herrn Landeshauptmannes gegeben war. Abg. D ö f f l i n g hat für die Inzenierung dieser „glänzend“ verlaufenen Versammlung

Sorge getragen, damit dem Herrn Landeshauptmann zum Bewußtsein gebracht wird, daß der Oberlehrer weg muß. Es ist für den Herrn Landeshauptmann sicherlich unangenehm, wenn man von einem Angestellten der christlichsozialen Partei zu einer so schändlichen Komödie mißbraucht wird. Ich meine, der Herr Landeshauptmann hätte gerade nach diesem Affentheater das zwingende Bedürfnis haben sollen, einmal auf den Tisch zu hauen und zu sagen: „Ich will Ruhe haben, laßt mich mit diesen Lumpereien aus.“ Aber der Herr Landeshauptmann ist französisch verschwunden samt dem Herrn Abgeordneten und der Oberlehrer von Haus, K a b u s c h, ist heute noch enthoben.

Wir haben in Koglhof in der Oststeiermark, in Ostafrika, einen Oberlehrer, der auf den Namen T a u s c h e k hört (Riemer: „Von einem Hund sagt man so, ein Hund hört auf einen Namen!“), der ist wegen . . . (Unruhe). Wenn alle zusammen reden, verstehe ich nichts. (Riemer: „Sie haben nichts im Kopfe!“) Das was Sie drinnen haben, fehlt mir bestimmt. (Beifall bei den den Sozialdemokraten.)

Auch dieser Oberlehrer T a u s c h e k von Koglhof mußte daran glauben, daß man der Gewalt weichen muß. Auch dort setzte ein Schulkinderstreik ein, um diesen mißliebigen Oberlehrer, der auch ein Sozialdemokrat war, aus diesem Koglhof hinauszubringen. Die Christlichsozialen mit Herrn Rintelen an der Spitze, damals war noch nicht Paul am Ruder, die haben sicherlich alle Mühe aufgewendet, um diesen unangenehmen Patron aus Koglhof wegzubringen. Aber dieser hat sich nicht so kurzer Hand versehen lassen und es hat zwei Jahre gedauert, bis man diesen Oberlehrer wegbachte, bis er nach Märzschlag verseht wurde. (Ing. W i ß a n y: „Er ist auf die Butterseite gefallen!“) Warum nicht, wenn er von dort weg mußte.

Sie sehen aus solchen Einzelercheinungen, daß man in jenen Kreisen, die die Republik schützen wollen, die nach einem Antiterrorgesetz rufen, die den wenigen großdeutschen Abgeordneten in ihrem Antrag zum Schuß der Republik Gefolgschaft leisten, Handlungen pardonierte, Handlungen begeht, die auch nach einem Antiterrorgesetz schreien, weshalb man in diesen Kreisen eigentlich kein Bedürfnis haben sollte, über Dinge zu reden, wenn man selbst einen Schmarren besser ist, wie der Steirer zu sagen pflegt.

Ich muß auch meinem Freund M e i ß n e r in Judenburg einige Worte widmen, und zwar deshalb, weil der Landeshauptmann am 25. Juli feierlich versprach, gegen Oberinspektor M e i ß n e r eine genaue Untersuchung einzuleiten und uns darüber Bericht zu erstatten. Wir schreiben heute den 18. November, wir haben bis heute weder von einer Untersuchung noch von einem Bericht etwas vernehmen können. Es ist daher schon notwendig, dem Herrn Landeshauptmann die Vielseitigkeit dieses öffentlichen Beamten und Heimwehrgenerals von Obersteiermark in Erinnerung zu bringen. Der Herr M e i ß n e r beschäftigte dieses hohe Haus schon wiederholt, aber er hat den einen Vorteil für sich, daß auch nachgewiesene Anklagen

gegen diesen Herrn Oberinspektor Meißner programmäßig unter den Tisch fallen und daß niemand unter den Christlichsozialen Machthabern, vom Herrn Landeshauptmann Paul angefangen, den Mut aufbringt, diesen Mann zu erinnern, daß es auch für ihn Gesetze gibt. Ich habe Ihnen am 25. Juli schon seine Übergriffe aufgezeigt, ich habe festgestellt, daß er eigenmächtig die Heimatschutzleute des oberen Murtales als Gendarmerieassistenten aufgebieten hat, ich habe festgestellt, daß er diese Heimatschutzleute bewaffnete und erklärt hat, ich werde diese Handlung auch verantworten. Daß er sie nicht verantworten braucht, das hat er damals schon gewußt. (Gäß: „Der Herr Wallisch auch!“ — Regner: „Er scheut sich ja auch nicht!“) Sie werden auch schon öfter jemanden eine Grobheit gesagt haben, die unter das Strafgesetz gefallen wäre, in Ihrer bekannten steirischen Grobschlächtigkeit. (Ing. Witzmann: „Er ist ja gar kein Steirer!“) Wir wissen derartige Vorkommnisse richtig zu würdigen. Wenn Sie Meißner mit Wallisch in einen Topf werfen, so tun Sie dem Herrn Meißner zu viel der Ehre an und ich glaube, daß es notwendig ist, nach einem solchen Zwischenruf aufzuzeigen, daß doch ein Unterschied besteht, aber zugunsten des Herrn Wallisch und nicht zugunsten des Herrn Meißner. Wir geben zu, daß Oberinspektor Meißner als Zivilist, als Privatperson, seine staatsbürgerlich gewährleisteten Rechte in vollem Umfange ausüben kann. (Dr. Illig: „Das ist sehr nett!“) Ich bin so gerecht, das festzustellen. Aber diese Feststellung ist überflüssig, weil alle meine Parteigenossen gleicher Meinung sind. Aber es muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob dieser Herr Oberinspektor Meißner berechtigt ist, in Heimatwehruniform die Geschäfte des Gendarmeriebeamten zu besorgen, ob er bei irgend einer Versammlung berechtigt ist, mit der Hahnsfeder auf dem Hute, so zu handeln, als ob er in Uniform stehen würde und erst dann um seine Uniform geht, wenn er von Umstehenden auf seine Pflichtvergessenheit aufmerksam gemacht wird. Aber er handelt als Heimwehrmann und mißbraucht das österreichische Gesetz. Der gute Mann kann machen, was er will, es geschieht ihm nichts. Er hat beim Abmarsch der Heimatschutzleute aus Grünhübl am 18. Juli eine Rede gehalten, in welcher er sagte, die Sozialdemokraten sind ein Gewürm, dem man den Kopf zertreten mußte. Es läßt sich durch Zeugen dieser Übergriffe einwandfrei nachweisen. Der Herr Landeshauptmann hat durch seine Organe bei mir noch nicht einmal anfragen lassen, ob ich imstande sei, für diesen Angriff auch den notwendigen Nachweis zu erbringen. (Regner: „Er getraut sich nicht. Wehe ihm, wenn er das täte! Da wackelte ja sein Sessel!“) Ich warte darauf und werde dem Herrn Landeshauptmann oder seinen Organen für die notwendigen Zeugen Sorge fragen. Ich stelle solche Dinge nur fest, weil man heute über den Terror der Sozialdemokraten spricht, weil man heute ein Antiterrorgesetz beschließen will, um Ihnen aufzuzeigen, daß Terrorfälle auch auf der Gegenseite zu finden sind, daß es daher ganz gut ist, wenn man daheim ein wenig über diese Dinge nachdenkt und zur Erkenntnis kommt, daß es ganz über-

flüssig ist, immer wieder über den Terror der Sozialdemokraten zu sprechen, der auch auf der Gegenseite zu finden ist.

Die Stadtgemeinde Gleisdorf hat das zweifelhafte Vergnügen, einen Buchhalter namens Reichart in ihren Diensten zu haben. Der gute Mann hat sich folgenden Ausspruch geleistet: „Wenn nicht alle Sozialdemokraten niedergeschossen werden, ist keine Ruhe.“ Eine Bemerkung, die für diesen Heimatwehrmann sehr charakteristisch ist. Der Bürgermeister von Gleisdorf hat die Beschwerde über den Ausspruch seines Beamten damit beantwortet, daß er ihn fragte, ob er diese Bemerkung gemacht habe. Reichart hat sie zugegeben, hat aber daran die Äußerung geknüpft, daß er sich als Privatmann, und als solcher habe er die Bemerkung getan, solche Ausführungen leisten könne. Der Bürgermeister von Gleisdorf hat das zur Kenntnis genommen und die Angelegenheit war damit einfach erledigt. Ich bin weit davon entfernt, aus solchen Bemerkungen irgend welche Schlüsse zu ziehen, obwohl gerade dieser Herr Buchhalter Reichart so vielen Christlichsozialen und Großdeutschen aus der Seele gesprochen hat und mit seiner Bemerkung etwas feststellt, was so das einfachste Mittel zur Vertilgung der Sozialdemokraten in Österreich wäre. Aufhängen oder niederschließen, dann haben wir Ruhe. Aber letzten Endes darf man solche Aussprüche, die nur aus Dummheit und Voreingenommenheit entspringen, nicht allzuernst nehmen.

Es soll nur gezeigt werden, daß man in diesem Lager auch nicht immer bemüht ist, den Frieden zu finden, von dem man in Österreich so oft redet. Es ist köstlich, daß ausgerechnet die großdeutschen Abgeordneten dieses hohen Hauses sich berufen fühlen, einen Antrag einzubringen, der den steirischen Landtag aber schon gar nichts angeht, in der Erkenntnis, daß das eine papierene Demonstration ist, in dem Bewußtsein, daß sie mit einem solchen Antrage nur in demagogischer Weise zum Fenster hinausreden, um bei dem einen oder anderen Heimatschützer Beifall und Anklang zu finden. Ich bin überzeugt, wenn die Großdeutschen heute gefragt würden, ob sie einen solchen Antrag für notwendig finden, daß sie uns allen gestehen müßten, daß dieser Antrag vollständig überflüssig sei. Meine Damen und Herren! Wir fragen uns, warum man von großdeutscher Seite nicht Sorge dafür trägt, daß ein solcher Antrag an jener Stelle eingebracht werde, die für einen solchen Antrag kompetent ist, nicht dort eingebracht wird, wo man dieses Antiterrorgesetz, dieses Gesetz zum Schutze der Republik, auch tatsächlich beschließen kann. Warum liest man nichts davon, daß der Justizminister, daß Herr Dinghofer im Ministerrat dafür Sorge trägt, daß die bürgerliche Mehrheit der Bundesregierung und des Nationalrates recht rasch für die Verwirklichung dieses Gesetzes sorgen? Davon hört man nichts und der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel hat nur so ganz außertourlich, nicht als Bundeskanzler, nicht als Parteimann, sondern als guter Österreicher den öffentlichen Angestellten die bescheidene Frage vorgelegt, ob sie nicht das Streikrecht gegen eine Familienzulage von 5 S im Monat

sich abkaufen lassen wollten. Bundeskanzler Doktor Seipel hat bei diesem Ansinnen kein offenes Ohr gesunden und hat zur Kenntnis nehmen müssen, daß die öffentlichen Angestellten aller Parteischattierungen für dieses zweifelhafte Anerbieten sehr wenig Verständnis aufbringen. Damit war die Sache erledigt. Bundeskanzler Dr. Seipel hat erklärt, sagen wir, es war nichts und reden wir von etwas anderem. Jene Stelle, die die Macht und die Möglichkeit hätte, die Republik mit einem solchen Gesetze zu schützen, diese Stelle rührt sich nicht und zeigt auch gar kein Bedürfnis, ein solches Gesetz zum Schutze der Republik zu schaffen. Ausgerechnet im grünen Steierland, wo so viele Terrorakte, so viele Übergriffe, so viele Börsartigkeiten auf bürgerlicher Seite aufzuzeigen sind, wie in keinem anderen Bundeslande Österreichs, ausgerechnet da haben die Bürgerlichen das Bedürfnis, uns einen Antrag zur Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Republik zu unterbreiten.

Der Herr Kollege G a ß glaubt das wieder nicht, weil er meine Ausführungen nicht gehört hat. So muß ich ihm zur Freude schon noch etwas über die Übergriffe der Gegenwart zum besten geben und ein Schriftstück vorlesen, das das Kreiskommando von Leibnitz der steirischen Heimwehren an sämtliche Gemeinden des Gerichtsbezirkes Leibnitz gerichtet hat. Ich betone ausdrücklich, das Heimwehrkommando an sämtliche Gemeinden des Gerichtsbezirkes Leibnitz. Ein recht interessantes Schriftstück (liest): „Beiliegende Nachweisungen I und II sind ausgefertigt . . .“ — Hören Sie auf den Kommandoton — (liest): „ . . . bis längstens 1. September l. J. anher einzusenden. Erst auf Grund der Zusammenstellung im ganzen Kreis Leibnitz kann ein Ausgleich an Waffen und Munition vorgenommen werden.“ (Rufe: „Hört!“) Es ist also Zweck der Erhebungen, die Waffen und die Munition der Heimwehrlaute des Gerichtsbezirkes Leibnitz festzustellen, obwohl sie angeblich keine Waffen haben und nur der Schußbund bewaffnet ist. (Schiško: „Arsenal, Ihr habt schon Waffen!“) Der Herr Kollege Schiško hat gesagt, Arsenal, Ihr habt schon Waffen! (Schiško: „Wir haben schon Waffen. Kanonen haben wir, auch Flugzeuge und Tanks. Über alles verfügen wir!“) Reden wir lieber nicht vom Arsenal, sondern fragen Sie einmal unter vier Augen den Herrn Vaugoin, was mit dem Arsenal ist. Aber jedenfalls haben Sie noch bei keinem Schußbündler Waffen gesehen und vermuten nur, daß der Republikanische Schußbund auch Waffen hat, obwohl Sie tagtäglich feststellen können, daß die Heimwehrlaute bewaffnet mit Revolvern, Gewehren und Maschinengewehren ausdrückten um sich bemerkbar zu machen und den Sozi das Gruseln zu lernen. (Zwischenruf G a ß.) Kriegsschiffe haben Sie keine, Herr Kollege G a ß, weil die reitende Gebirgsmarine bei der Heimwehr noch nicht organisiert ist. Aber der Herr Kollege G a ß wird Ihnen ein schönes Bild zeigen von der Heimwehr in Oberwölz. Vorne zwei Maschinengewehre, 200 Heimwehrlaute mit Bajonett auf, ein Faß Bier dahinter und zwei Lastautos. (G a ß: „Wir haben ein eigenes Gewehrbeförderungsinstitut!“) Davon waren Sie einmal der Referent. Aber es ist kennzeichnend, mit welcher Unversfrorenheit man in

diesen Kreisen an das Tageslicht tritt, um uns zum Bewußtsein zu bringen, daß Waffen zur Verfügung stehen.

Nun weiter zu diesem famosen Schriftstück (liest): „Im Verzeichnis I sind alle männlichen Gemeindefassen nichtmarxistischer Richtung aufzunehmen . . .“ — die werden aufgehängt — (liest): „ . . . und nach dem Verwendungsgrad schon durch den Ortskommandanten einzuteilen.“ — Ins deutsche überseht, das ist bürokratisch, die nichtmarxistischen Bewohner werden nun schon in eine der verschiedenen Formationen der Heimwehr vom Ortskommandanten eingeteilt. (Ingenieur Wißnang: „Ordnung muß sein!“) Nur haben sie sie oft auch bei der falschen Formation eingeteilt. — (liest): „Diese Einteilung beruht zunächst auf der Verwendbarkeit der einzelnen Person. A-Gruppe. Jene Mannschaften, welche marschfähig und gewillt sind, auch außerhalb des Wohnortes Dienst zu leisten. Dieselben werden mit Handschlag dem Kreis- und Landesleiter der steirischen Heimwehren das Treugelöbnis leisten und den Verpflichtungsschein unterfertigen. Für eventuelle Unfälle wird die Heimwehr die Versorgungsansprüche übernehmen.“ — Unfälle nennen sie das, wenn einer zufällig erschossen wird. — (liest): „B-Gruppe. Jene Mannschaften, welche zunächst als Ersatz der A-Gruppe in Betracht kommen, sodann noch jene, welche als Ortswehr Wach- und Patrouillendienst zu versehen haben. C-Gruppe. Jene Mannschaften, welche schon älteren Jahrgängen angehören und nur zum Ortswachdienst oder zu zivilen Leistungen herangezogen werden müssen. In der C-Gruppe befinden sich auch jene Männer, die infolge ihrer Spezialausbildung zur technischen Nothilfe zählen. Unbedingt sind die Kommandanten der A-, B- und C-Gruppe im Verzeichnis I, unter Rubrik „Anmerkung“ anzuführen.“

Im Begleitschreiben an das Kreiskommando sind Sonderwünsche anzuführen, welche dann nach Maßgabe des Gesamtstandes im Kreiskommando Berücksichtigung finden werden. Desgleichen sind eventuelle Waffenlager und Munition oder der Einzelbesitz von Waffen und Munition im Orte von Nichtheimwehmännern bekanntzugeben.

Über die weiteren Schritte in der Heimwehrebewegung wird die Gemeinde im laufenden gehalten werden.

Mit freudeutschem Heimwehrgruß, der Kreiskommandant: Ing. H. Lieber e. h.

Leibnitz, am 5. August 1927.”

Es werden sich viele Mitglieder dieses hohen Hauses daran erinnern können, welches Aufheben, welches Geschrei man gemacht hat, als irgend einmal ein Befehl des Republikanischen Schußbundes das Licht der Öffentlichkeit erblickte — das ist nichts Schlechtes, wir machten kein Geheimnis daraus — und in der christlichsozialen „Reichspost“ zum Abdruck gebracht wurde. Die gleiche Gruppe, die damals so geschrien hat, die scheut sich nun nicht, an Gemeinden, an öffentliche Gebietskörperschaften Weisungen hinauszugeben, die sachlich geeignet sind, die Bürgermeister dieser Gemeinden zu grobem Mißbrauch der Amtsgewalt zu verleiten. Darin liegt für die Christlichsozialen und

Großdeutschen eine Selbstverständlichkeit. Alle diese Vorkommnisse werden pardonierte, weil man nicht den Mut aufbringt, einem solchen Kreiskommandanten zur Kenntnis zu bringen, daß er seine Heimwehorganisation ohne Ortsgemeinden aufbauen möge, nicht den Mut aufbringt, auch hier einmal in den Tisch hineinzuhauen und Ordnung zu machen, aus lauter Angst, daß durch solche böse gewordene Heimwehr- oder Heimweherschutzmänner vielleicht einer oder der andere christlichsoziale Machthaber daran glauben müßte. Kollege Reichin hat die christliche Nächstenliebe des hochwürdigen Herrn Bundeskanzlers schon ins richtige Licht gesetzt und hat uns aus Äußerungen des Bundeskanzlers aufgezeigt, wie es mit der christlichen Nächstenliebe des Herrn Prälaten bestellt ist. Ausgerechnet in diesem Kreis kann man immer wieder vom Frieden hören, der im Interesse des Aufbaues des Staates notwendig sei und nur deshalb über dieses unglückliche Land nicht kommt, weil diese Sozialdemokraten so kampflustig sind und diese Wirtschaft Österreichs nicht zum Frieden kommen lassen wollen. Worin besteht nun dieser Friedensdrang der Christlichsozialen, dieser Friedensdrang der Heimwehleute, dieser Friedensdrang der großdeutschen Politiker? Er besteht darin, daß man auf gültlichem Wege oder durch Gewalt es durchsetzt, diese sozialdemokratische Partei zu zermürben, es durchzusetzen, diese freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten von Österreich zu zertrümmern. Der Klassenhaß muß beseitigt werden, dann, Arbeiter und Angestellte, haben wir euch gerne, dann lieben wir euch, dann seid ihr würdig, in unsere große christlichsoziale Gemeinschaft eingeschlossen zu werden. Wenn wir nun den Christlichsozialen und den Großdeutschen die Frage vorlegen, was sie dazu beitragen, diesen Klassenhaß abzubauen, diesen Klassenkampf in Österreich unmöglich zu machen, können sie zur Erkenntnis kommen, daß es diesen Feinden des Klassenkampfes nicht an schönen Worten gebricht, daß sie aber bisher nicht imstande waren, durch die Tat, durch praktische Handlungen diesen Klassenkampf abzubauen. Das Antiterrorgesetz der Großdeutschen, dieser Antrag zum Schutz der Republik ist wieder so recht geeignet, das Klassenbewußtsein der Angestellten, die von einem solchen Gesetz betroffen würden, zu stärken, dieses Klassenbewußtsein auszubauen und dafür Sorge zu tragen, daß es nicht zum Abbau, zur Beseitigung des Klassenkampfes kommt. Die Christlichsozialen und Großdeutschen sind aber in der Wahl der Mittel zum Abbau des Klassenkampfes sehr verlegen. Ich möchte mir daher gestatten, Ihnen aus meiner Erfahrung ein Mittel anzugeben, wie Sie am leichtesten und schnellsten diesen Klassenkampf in Österreich beseitigen können. Sie müssen sich einmal zur christlichen Nächstenliebe durchringen, zu jener Liebe, die ihr Religionsstifter Christus gepredigt hat, zu jener Liebe, die den Nächsten so liebt, wie sich selbst, zu jener Uneigennützigkeit, die in der Entbehrung den rechten Weg zum Himmelreich findet, die sich durchringt zu einer Liebe und Freundschaft zu diesen Arbeitsmenschen, die in diesem Arbeitsmenschen die Erkenntnis wahrhaft, daß der Klassenunterschied zwischen den Besitzenden und Besitzlosen verschwunden ist. Das ist das einfachste Rezept und ich bin überzeugt, daß die Anwendung dieses

Rezeptes sicherlich unsere Reihen recht rasch lichten würde. Wenn der Arbeiter und Angestellte plötzlich zur Erkenntnis kommt, daß der Chef oder der Direktor sein guter Freund ist, daß dieser Chef ihn wirtschaftlich unabhängig gemacht hat und daß dieser Chef von ihm die Sorge des Alltags bannt, daß dieser von ihm die nötigen Mittel für eine schöne Ferienreise an die Riviera bekommen soll, wenn er dafür Sorge trägt, daß der Beamte und Arbeiter nicht mehr den Hungerriemen anzuziehen braucht, dann würde er in diesem Direktor, in diesem Chef nicht mehr den Klassengegner, sondern den Vertreter der christlichen Nächstenliebe sehen und es wäre mit unserer politischen und gewerkschaftlichen Aufbauarbeit vorüber. Aber Sie wissen, daß wir immer wieder die Massen dadurch fesseln, daß wir sie begehrlig machen (Dr. Illig: „Das ist richtig!“), daß wir ihre Augen vom Himmelreich auf diese Erde richten wollen, und daß wir ihnen begreiflich machen, daß wir auf der Welt schon etwas zu fordern haben. Der Herr Kollege ist der Meinung, daß es halt doch weit schöner, weit einfacher und weit billiger wäre, wenn man diesen Menschen sagt, euer Reich ist nicht von dieser Welt, aber im Himmelreich würden sie für ihre Mühsale und ihr Darben reichlich belohnt werden. So wäre auf der Gegenseite der Klassenkampf zu beseitigen, wenn Sie das Rezept, das ich Ihnen in kurzen Umrissen bereits geschildert habe, ins Praktische umsetzen würden. Man hat sich in diesen Kreisen aber ein anderes Rezept zurecht gelegt. Wenn mein Kollege Wolf ein solches Rezept im Polizeisäbel sieht, hat er durch seinen Zwischenruf zum Ausdruck gebracht, daß man vorläufig noch der Meinung sei, durch Gewalt und Brutalität diesen Klassenkampf beseitigen zu können, und nicht dadurch, daß man die Klassen einander gleichstellt, sondern daß man die Klassen der werktätigen Menschen so schwächt, daß ihnen das Klassenbewußtsein aus dem Gehirne schwindet. Nach dieser Rezeptur handelt die Landesleitung des Selbstschutzverbandes von Niederösterreich, die allen Arbeitgebern in Stadt und Land zur Kenntnis bringt, wie man den Klassenkampf beseitigt.

Einige Stellen aus diesem Berichte der Landesleitung des Selbstschutzverbandes von Niederösterreich (lies):

„Der Selbsterhaltungstrieb in seiner primitivsten Auswirkung fordert den engsten Zusammenschluß aller Gleichgesinnten.

Ein überaus großer Teil der Angestellten und Arbeiter ist in seinem innersten Wesen und wahren Gesinnung antimarginalistisch, nur glauben viele, im Interesse ihres Fortkommens freigewerkschaftlich, das heißt sozialdemokratisch organisiert sein zu müssen. Dieses Schreckgespenst ist eines der stärksten Zugmittel der sozialdemokratischen Partei. Es zu zerstören, ist die oberste Pflicht im Sinne der Selbsterhaltung aller Arbeitgeber, Industriellen sowie Kaufleute und Gewerbetreibenden.

Aus dem Vorhergesagten ergeben sich folgende unabweisliche Pflichten für jeden Angehörigen der Arbeiterschaft:

1. Durch entsprechend entschiedene Haltung, Unnachgiebigkeit in Fragen ausgesprochen gewerkschaftlichen Terrors ist der durch nichts gerechtfertigte einseitige Einfluß der Sozialdemokratie und damit ihre Nachauswirkung in die gebotenen Schranken zurückzuweisen.

2. Mitglieder nichtmarxistischer Gewerkschaften sind nach Kräften zu fördern, die Arbeitnehmerschaft muß sehen, daß die Zugehörigkeit zur roten Gewerkschaft keine Vorteile oder größere Sicherheiten bietet."

Das ist natürlich nicht der Fall des Pfarrers Zenz, der uns gestern zuschreit: "Deutschlandsberger Terror." Ich möchte Ihnen sagen, Herr Pfarrer Zenz: Wasendorfer Terror. Da hat man das Rezept Deutschlandsberg, zur Anwendung empfohlen und es gibt Unternehmer, die unter dem Eindruck dieses Rezeptes Terrorakte ausüben. Das vergift Herr Pfarrer Zenz. (Zenz: "Die haben Sie ja lange früher ausgeübt, bevor sie dieses Rezept gekannt haben!") Sie machen es jetzt nach. Ich habe nicht das Vergnügen gehabt, Sie früher zu meinen ständigen Zuhörern zu zählen, so daß Sie nicht in der Lage waren, so manche Fälle, die ich hier aufgezeigt habe, zur Kenntnis zu nehmen, Fälle, die das Gegenteil von Ihrem gestrigen Zwischenruf beweisen (lieft):

3. Im Falle von Neuansstellungen ist nur auf Arbeitnehmer zu greifen, die nichtmarxistisch organisiert sind, denn es ist das gute Recht des Arbeitgebers, sich seine Leute auszusuchen und nicht angesagte Feinde seiner Gesellschaftsklasse ins Haus zu nehmen. Er ist in dieser Hinsicht niemandem Rechenschaft schuldig.

Es darf unter keinen Umständen ein bürgerlich orientierter Unternehmer aus "Bequemlichkeit", der "Einfachheit halber" oder "um seine Ruhe zu haben" sich etwaigen Terror fügen und nur sozialdemokratisch organisierte einstellen. Leider sind aber solche Fälle nicht vereinzelt. Solche Unternehmer sind Schädlinge an der Sache der Heimat und der wahren Volksgemeinschaft, denn sie stärken den Marxismus und damit den Klassenkampf, sie dienen den roten Machtgelüften als Vorschub und leisten den Führern der Sozialdemokratie und des Kommunismus, die es auf die Zertrümmerung der Privatwirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung abgesehen haben, Schergendienste. Auf solche Schwächlinge muß von den Mannhafteren eingewirkt werden. Überwinden wir all die Verelendung der Arbeiterschaft in fakkräftiger und freudiger Fürsorge um das Wohl der wirtschaftlich Schwächeren und wir schlagen damit dem Marxismus die schärfsten Waffen aus der Hand."

Es ist merkwürdig, daß die Leute natürlich nicht gleich zur Verfügung stehen, denn diese christlich-nationalen Gewerkschaften haben ja keine Mitglieder und so muß man aus diesen sozialdemokratischen, freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern kurzerhand nichtmarxistische Gewerkschafter schaffen. Wie macht man das? Der gute Mann hat 3 Kinder daheim, die vor Hunger schreien, kommt nach zweijähriger Arbeitslosigkeit zu diesem Fabrikanten, zu diesem Werkmeister, und nun wird nicht gefragt, "wo sind Sie organisiert", sondern es wird ihm erklärt,

wenn Du der Heimwehr beitriffst, dann wirst Du bei mir aufgenommen. Man muß sich so beiläufig die Mentalität eines solchen ausgehungerten Arbeitslosen vorstellen, dem plötzlich Arbeit blüht, dem die Möglichkeit ersteht, die hungrigen Mäuler seiner Kinder zu stopfen, dem so die Möglichkeit ersteht, wieder einmal einen Fegen Gewand zu kaufen, wie er sich auszudrücken pflegt, der auf der anderen Seite wieder die Haustüre zu sieht, wenn er nicht zur Heimwehr tritt. Unter diesem Terror des Heimatschutzverbandes ist so mancher Arbeiter in irgend einen Betrieb hineingekommen und Heimwehrmann geworden. Ich habe erst heute im "Grazer Volksblatt" gelesen, daß in Donawitz die Heimwehrebewegung glänzende Fortschritte macht (Bichl: "Aber wie?") und schon 700 Mitglieder gezählt werden. Nach dem Rezept, das ich hier aufgezeigt habe. Aber wie, Herr Kollege Bichl? So, wie ich es jetzt aufgezählt habe. (Bichl: "Sehr richtig!") Ich meine, es ist vielleicht nicht gut, von diesem allzu glänzenden Erfolg der Heimwehr zu schreien, es könnte Ihnen vorkommen, daß sie auf diese Weise Keimzellen in Ihre Heimwehrebewegung bekommen, die Ihnen letzten Endes unangenehm wären. (Wolf: "Es könnte verkehrt losgehen!") Nach hinten. Man freut sich dieser glänzenden Erfolge, man schreibt das immer, zumindest im "Grazer Tagblatt", das ja durch die Heimwehrebewegung saniert werden will. (Wolf: "Mit Wutke geht es nicht mehr!"), welche Erfolge man in der Heimwehrebewegung gemacht hat. Wenn man aber hinter die Kulissen blickt und erkennt, wie das gemacht wird, dann schreit der Herr Pfarrer Zenz und sagt, das machen wir ihnen nur nach.

Ich hätte noch sehr viel auf dem Herzen (Ingenieur Wiharn: "Nur herunter damit!" — Heiterkeit.), aber ich möchte meinen anderen 14 Kollegen, die auch zum Antrag sprechen möchten, die Möglichkeit einräumen, auch noch einiges zu sagen. Schließlich kann ich mich noch zum Worte melden, weil es gestattet ist, bei einem Gegenstande zweimal das Wort zu ergreifen.

Nun, meine Herren, noch einige Worte zum Schlusse. Wir haben gestern wieder hören können, daß letzten Endes ein Unterschied besteht zwischen jenen, die im bürgerlichen Lager scharfmachen, die auf einen Umsturz hinarbeiten, die den Faschismus als Endziel ihres Strebens verstehen, und jenen, die nur in Sorge um diese Republik Österreich, die nur in Sorge um unsere Wirtschaft, um den Aufbau dieses Staates, vielleicht verkehrte Wege wandeln. In die letztere Gruppe möchte ich mich wenden, weil ich weiß, daß letzten Endes diese Gruppe die stärkere sein wird, weil ich weiß, daß auch bei den bürgerlichen Kreisen die Vernunft siegen und imstande sein wird, jener übergeschnappten Herr zu werden, die heute noch das Bedürfnis haben, zum Bürgerkrieg zu gehen. Wir haben nicht einmal, sondern zu wiederholtenmalen unserer Bereitwilligkeit zum Frieden Ausdruck verliehen, und wenn man heute noch immer versucht, diese Friedensbereitschaft der Sozialdemokraten ins Lächerliche zu ziehen, wenn heute wieder das "Grazer Volksblatt" versucht, dieses Eindringen der sozial-

demokratischen Bewegung in die Kreise der Gewerbetreibenden zu verhöhnern und die Sozialdemokraten als Feinde des Gewerbestandes und des Bauernstandes hinzustellen, so geschieht das nur aus Sorge um ein weiteres Erfarken der Sozialdemokraten. Wir suchen den Frieden und wir verabscheuen den Kampf, verabscheuen ihn um so mehr, weil es ein Kampf mit der Waffe sein soll, wenn ein Kampf ausgefochten werden soll, der darauf abzielt, zu zeigen, in wessen Hand mehr Gewalt, mehr brutale Macht zu finden sei. Kollege Regner hat gestern schon aufgezeigt, daß letzten Endes Bauern und Arbeiter aufeinander angewiesen sind. Ich sage Ihnen, daß es immer so merkwürdig berührt, wenn man an jedem Montag oder Dienstag so eine Rede von Dr. Pfrimer, Meißner, Bachosen-Echt oder Pranch liest und aus diesen Reden hört, was diese Sozialdemokraten für ein elendes Gefindel sind, wie sie mit Gewalt und Eisen ausgerottet werden müssen, und wenn man dann sich vor Augen hält, wie gut man eigentlich mit diesen verheßten Bauern auskommt, wie man mit ihnen Geschäfte macht, in den Genossenschaften beisammensitzt, bestrebt ist, unbekümmert um politische Meinungsverschiedenheiten der Wirtschaft, dem Aufbau zu dienen, das zu tun, was wir letzten Endes als einsichtsvolle Staatsbürger anstreben sollen; wir brauchen die Bauern und die Bauern brauchen uns, eine Erkenntnis, die uralt ist, die nicht der 15. Juli geboren hat, die uns immer wieder mit den Bauern in Verbindung gebracht hat. Es ist ganz merkwürdig, daß man unsere sozialdemokratische genossenschaftliche Tätigkeit bei den christlichsozialen Bauern schon längst schätzen gelernt hat. Wenn man heute ab und zu feststellt, daß die Arbeiterschaft gezwungen werden soll, ihren Bedarf in diesen sozialdemokratischen Genossenschaften zu decken, so ist das nur eine Antwort auf eine Heße, die der Herr Dr. Pfrimer in Steiermark eingeleitet hat, der schriftlich und in Versammlungen immer wieder predigt: „Geht jeder sozialdemokratischen Genossenschaft aus dem Wege, geht in kein Wirtschaftshaus, wo ein sozialdemokratischer Wirt sitzt, kauft keinem sozialdemokratischen Gewerbetreibenden etwas ab“, und ist höllisch erstaunt, wenn die Sozialdemokraten nun in das gleiche Horn blasen und sagen: „Geht jenen aus dem Wege, die euch die Bevölkerung auf den Hals heßen, die nach Bürgerkrieg und Umsturz schreien“. (Regner: „Kauft dem Hornik keine Kracherln ab!“) Wir haben nicht angefangen, wir zählen heute noch katholische Pfarrer zu unseren Mitgliedern, die bei diesen wirtschaftlichen Fragen sich von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen, die zur Erkenntnis gekommen sind, daß sie diese genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft unterstützen, da sie nachahmenswert sind. Der Herr Abg. Gah führt die Leute durch die Lüneburger Heide, damit sie draußen den Wert der Genossenschaftsbewegung kennen lernen, damit sie modern und genossenschaftlich denken lernen. Da kann der Herr Schifko noch so lachen, wenn er an seine letzte Rede in St. Peter denkt. (Zwischenruf: „Da haben Sie schlecht gelesen!“) Es ist so, die Erkenntnis der

Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation greift auch bei der Bauernschaft immer weiter um sich und wird schließlich und endlich doch dazuführen, daß in diesen unpolitischen Genossenschaften Konsumenten und Produzenten sitzen und dadurch instande sind, unter Ausschaltung des Zwischenhandels der Wirtschaft zu dienen. Ich sage, es ist merkwürdig, solche Reden zu lesen und zu hören, und andererseits erfahren zu müssen, daß mit den Bauern, die da sich von Pfrimer und Meißner verheßen lassen, recht gut reden ist, daß diese Bauern erkannt haben, daß sie diese Konsumenten brauchen, daß er ihnen umso lieber ist, je stärker er wirtschaftlich ist (Regner: „Wenn Sie diese alle erschießen, können Sie die Milch selbst saufen!“ — Heiterkeit.), trotzdem immer wieder der Versuch gemacht wird, diese Bauern scharf zu machen, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß die Roten nichts anderes beabsichtigen, als ihnen Haus und Hof anzuzünden und ihnen die letzte Kuh aus dem Stall zu treiben. (Regner: „Das besorgt der Exekutor!“) Das besorgt der Exekutor, aber nur zeitweise, als die Wahlen im Anzuge waren, da mußte der Exekutor drei Monate daheim bleiben. (Schifko: „Das ist eine Komödie!“) Komödie ist das. Schade, daß wir nichts davon haben, daß das Rezept nur für die Bauern durchgeführt wurde. Die Arbeiter werden schon gepfändet, wenn sie etwas nicht bezahlt haben. Jetzt wird die Schraube schon wieder angezogen. Aber es ist kennzeichnend, wie man künstlich die Gegensätze verschärft, bestrebt ist, jene Männer zu unterstützen, die das Bedürfnis haben, ein Antiterrorgesetz zum Schutze der Republik zu schaffen. Daß die Großdeutschen eine Dummheit machen, hat Regner schon festgestellt, sie haben nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen, daß aber die Christlichsozialen und die sonst sehr intelligenten Bauernbündler (Heiterkeit) für diese Dummheit Vorspanndienste leisten, das ist uns unbegreiflich, weil sie doch ganz genau wissen, daß die Großdeutschen mit diesem Antrage nur eine demagogische Handlung vollziehen wollen, die keinen praktischen Wert hat. Machen Sie ein Antiterrorgesetz in Wien im Nationalrat, dort haben Sie die Möglichkeit, Ihre Wünsche in die Tat umzusetzen. Hier im Landtag ist es überflüssig, daß Sie sich die Zeit rauben lassen, daß Sie uns durch ein so blödes Gesetz zwingen, so ausführlich zum Gegenstande zu sprechen. Es wird in den Zeitungen stehen, daß wir Obstruktionsreden hielten. Genosse Leichin hat darauf verwiesen, daß wir lediglich die Gelegenheit benützen, um hier, herausgefordert, auch alle jene Dinge aufzuzeigen, die die Notwendigkeit eines Antiterrorgesetzes für die Christlichsozialen, für die Heimwehrübergänge erweisen sollen. Ich glaube, und ich bin überzeugt, daß unsere ganz ausnehmende Gründlichkeit vielleicht noch dazuführen wird, daß die Großdeutschen bei der Abstimmung über diesen Antrag allein bleiben und daß die Christlichsozialen und Bauernbündler umgelernt haben und diesen Antrag im hohen Hause ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Elser: Hohes Haus! Die großdeutschen Abgeordneten Dr. Hübler, Hornik und Genossen haben

es für notwendig gefunden, in diesem hohen Hause den Antrag einzubringen zwecks Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Republik. Der Antrag richtet sich gegen politische Streiks, richtet sich auch gegen jedweden Streik, er hat auch unter anderem zum Inhalt, daß der Bundesregierung alle jene Machtbefugnisse eingeräumt werden sollen, daß es ohne weiters möglich wäre, alle möglichen Aktionen letzten Endes als der Republik gefährlich zu bezeichnen und sie mit Mitteln der Brachialgewalt niederzuschlagen. Wenn man diesen Antrag genau besieht, wenn man ein solches Republik-Schutzgesetz schaffen würde, dann käme man auf Umwegen zur faschistischen Diktatur. Wer beurteilt die Frage, wie diese oder jene Aktion der Arbeiterschaft der Bevölkerung gefährlich werden kann oder nicht. Das sagt der Antrag nicht. Es ist klar, daß bei Stattgebung dieses Antrages von Seite der Bundesregierung, beziehungsweise des österreichischen Parlamentes die faschistische Diktatur aufgerichtet werden soll mit Ausschaltung des Parlamentes. Dieser Antrag richtet sich daher vor allem und nur gegen die österreichische Arbeiter- und Angestellten-schaft. Es ist ja eine alte Forderung aller Kapitalisten in aller Herren Länder, daß man das Streikrecht der Arbeitnehmerschaft beseitigen soll. Die Kapitalisten wissen, daß das gesamte Koalitionsrecht, das Recht der Arbeitnehmerschaft, sich zu organisieren, um Widerstand zu leisten gegenüber den Ausbeutungs-absichten der Unternehmer letzten Endes keinen praktischen Erfolg haben kann, wenn man diesen Vereinigungen, dieser Koalition das wichtigste Abwehr-mittel, das wichtigste Kampfmittel, das Streikrecht nimmt. Es haben schon einige meiner Herren Vor-redner ausgeführt, daß das Streikrecht die Grund-lage jeder gewerkschaftlichen Betätigung und aller wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmerschaft bildet. Wer also gegen dieses Streikrecht kämpft, der bekämpft unmittelbar die Grundrechte der Arbeiter-schaft. Daher war es nicht zu verwundern, wenn alle diese Versuche ähnlicher Art in diesem und anderen Staaten die leidenschaftlichste Abwehr der Arbeiter-klassen erfuhr. Es ist aber vor allem sehr interessant, für weite Kreise der Beamten und Angestellten, daß eine Gruppe in diesem hohen Hause dieses Antiterror-gesetz, dieses Streikrechtgesetz einbringt, die in den verschiedenen Beamten-schichten eigentlich ihre Wähler zu suchen hat. Ich erinnere Sie, daß gerade die Groß-deutschen, die überhaupt nur mehr das Gnadenbrot der Christlichsozialen genießen, immer wieder erklären, sie seien die patentierten Schützer und Beschirmer der Angestellten- und Beamtenrechte. Sie haben es immer demagogisch gut verstanden, sich mit fremden Federn zu schmücken und gerade diesen Demagogen ist es eingefallen in diesem hohen Hause den Antrag ein-zubringen, der eigentlich den großen Schichten der Arbeiter und Angestellten jede Möglichkeit nimmt, wirtschaftlichen Widerstand entgegenzusetzen, und die Arbeitskräfte dieser Leute auf das schlimmste auszu-nützen. Es wird daher — und das möchte ich fest-stellen — notwendig sein, diesen Schichten vor Augen zu führen, welche widerliche Komödie hier im Hause aufgeführt wird, wenn von den Reaktionen die

starke Faust gezeigt wird, andererseits draußen diesen Schichten gesagt wird, wir kämpfen für diese Forde-rungen und werden für sie eintreten und hier im hohen Hause der Antrag gestellt wird, der sie um ihre Grundrechte bringen soll, um ihre Rechte einer wirtschaftlichen Verteidigung. Es ist aber auch des-wegen verwerflich, daß gerade in dieser Zeit die groß-deutsche Gruppe hier diesen Antrag zur Behandlung bringt in der Zeit, in der in Österreich die Staats-beamten und anderen Schichten durch die wirtschaft-lichen Verhältnisse gezwungen sind, einen schweren Existenzkampf zu führen, in einer Zeit wo im Fünf-undzwanzigerauschuß alle Vertreter der Staats-beamten, gleichgültig welcher politischen Richtung sie angehören, ob Sozialdemokraten, Großdeutsche oder Christlichsoziale sich bemühen der Regierung gegenüber zu erklären, man kann mit den derzeitigen Bezügen das Auskommen nicht finden, in einer Zeit, wo die öster-reichische Staatsbeamten-schaft sich in schwerer Abwehr wirtschaftlicher Art befindet, gerade in dieser Zeit haben die wenigen großdeutschen Mandatäre in diesem hohen Hause es notwendig gefunden diesen schwer um ihr Recht kämpfenden Angestellten-schichten in den Rücken zu fallen. Diese Tatsache muß aufgezeigt werden und auch außerhalb des Hauses muß diese Komödie angenagelt werden. Es wundert mich, wenn z. B. gesagt wird, ja im Parlamente soll dieses not-wendige Streikrechtgesetz geschaffen werden, und man dabei genau weiß, daß gerade die Bundesregierung anlässlich der Verhandlungen mit den Bundesange-stellten, diesen gesagt hat, wir würden wegen eurer materiellen Forderung leichter reden können, wenn ihr Verzicht leisten würdet auf euer gewerkschaftliches Recht, auf das Recht des Streiks. Alle Angestellten-organisationen, nicht nur die sozialdemokratischen, son-dern vor allem die christlichsozialen und deutschvölk-ischen Organisationen haben den Bundeskanzler ener-gisch erklärt, daß davon gar keine Rede sein könne, daß die österreichischen Staatsbeamten auf das Streik-recht verzichten können, deswegen nicht, weil wenn man ihnen dieses Recht nimmt, sie überhaupt in völliger Ohnmacht den Gewalten der Regierung aus-geliefert werden, und gerade in dieser Zeit, wo also die freien Angestellten-schichten im österreichischen Staate um eine Gehaltserhöhung kämpfen und die Absicht der Regierung im österreichischen Parlamente ein Antistreikrecht zu schaffen besteht, in dieser Zeit fallen die angeblichen Hüter und Beschützer den Ange-stellten in den Rücken. Es ist daher dieser Antrag nichts anderes, als ein Dolchstoß gegen alle Ange-stellten-schichten ohne Unterschied der Parteischattie-rung, und es wird wohl notwendig sein vor allem die großdeutschen Angestellten zu fragen, wie lange sie diesen politischen Hassardeuren noch Gefolgschaft leisten wollen. Man hat besonders durch die Juliereignisse angefeuert, vielfach der Meinung Ausdruck gegeben, daß eigentlich die österreichischen Arbeiter die Feinde der Republik seien. Es ist dies ein Hohn auf die Tat-sachen, denn es wird nicht abzuleugnen sein, daß ge-rade die österreichischen Arbeiter und Angestellten im Verein mit den Soldaten in den Tagen des Umsturzes im Jahre 1918/19 die demokratische österreichische Republik gegründet haben und es ist wohl nicht gut

einzu sehen, daß gerade diese Schichten, die ihr Herzblut für die Schaffung der Republik hergegeben haben, nun umgangen würden. Es ist dies notwendig anzuführen, weil die Sache so dargelegt wird, daß eigentlich die Arbeiter die Feinde der Republik sind, daran zu erinnern, wie es in den Tagen des Umsturzes ausgesehen hat. Man sagt die österreichischen Arbeiter neigen dem Bolschewismus zu und warten nur auf eine Gelegenheit um die bolschewistische Diktatur an Stelle der demokratischen Republik zu setzen. Wenn alle diese Reden einem Funken Wahrheit entsprechen würden, so hätten im Jahre 1918/19 die Arbeiter und Angestellten reichlich Gelegenheit gehabt die bolschewistische Diktatur auszurufen, ohne daß das Bürgertum, die herrschende Klasse in diesem Staate, die Möglichkeit gehabt hätte, diesem Versuch ernsthaften Widerstand entgegen zu setzen. Aber wie war es in diesen Tagen? Ich erinnere mich gut in meiner Eigenschaft als Soldat als ich zurückkehrte von der Front, daß in den Kasernen, z. B. in Graz mein verehrter Kollege Machold mit einigen wenigen bürgerlichen Funktionären sich bemühten die rebellischen Soldaten, die in ihrer Erbitterung einige Peiniger sofort auf die Laternenpfeiler pflanzen wollten, davon abzuhalten, Vernunft predigten, daß Gewalt wieder Gewalt hervorruft und letzten Endes mit dem Ermorden einiger Leute das System nicht vernichtet werden kann, das System des Kapitalismus, daß auch mit dem Hinmorden einiger Bürger das Heil der Arbeiterschaft nicht erwartet werden könnte. Ich erinnere mich an einzelne Funktionäre, und daß vor allem die gesamten Funktionäre der organisierten Arbeiterschaft sich bemühten, dieser erbitterten Menschenmasse plausibel zu machen, daß es eine Rettung für diese Klassen nur gibt, daß alle Stände auf einem wirtschaftlich politischem Gebiet vereint trachten, großes Unheil abzuwehren, da es aller wirtschaftlichen Anstrengungen bedarf um überhaupt leben zu können. Es ist nicht abzuleugnen, daß gerade diese Tage des Umsturzes gezeigt haben, daß die österreichische Arbeiterklasse alles eher, als wie die Diktatur geplant hat und ich bin überzeugt, wenn Sie einmal die Macht so in Händen haben, wie sie die Arbeiterklasse nach den Tagen des Umsturzes hatte, Sie würden wahrscheinlich nicht so glimpflich mit den Arbeiterfunktionären verfahren sein, wie die gesamte Arbeiterschaft mit manchem Peiniger im Weltkrieg verfahren ist.

(Präsident Thoma übernimmt den Vorsitz.)

Erinnern wir uns nur daran, daß während des Krieges, während die anderen draußen ihr Leben lassen mußten, Großgrundbesitzer und die Vertreter des internationalen Finanzkapitals vielleicht wenig, aber genug gehabt und ihre Taschen angefüllt haben, während draußen die Arbeiter- und Bauernsöhne das Vaterland verteidigten, wurden die im Vaterland zurückgebliebenen Fabrikarbeiter mit dem Kriegsdienstleistungsgesetz gequält und ausgehungert, den Bauernfrauen, deren Männer im Felde standen, wurde die letzte Kuh weggenommen von den militärischen Behörden und da gab es während des Krieges viele Menschen, die ihre Macht mißbrauchten und es wäre nicht zu verwundern gewesen, wenn nach dem Umsturze diese erbitterten Massen Rache geübt hätten für alle

diese Brutalitäten, für alle diese Schandtaten, welche man während des Krieges der wehrlosen Bevölkerung angetan hat. Aber was sehen wir nach dem Umsturze? Jene Herrschaften, die heute so gerne den Mund aufmachen, die heute von einem Antiterrorgesetz sprechen, von diesen war damals sehr wenig zu sehen, sie haben sich feige verkrochen in alle Winkel, sie waren froh, wenn die Arbeitervertrauensmänner sie vor der Volkswut schützten und heute erleben wir, daß gerade diese Herren uns des Terrors bezichtigen wollen, gerade jene Herren erklären, wir seien jene, die nur warten, um der demokratischen Republik letzten Endes den Garaus zu machen. (Singsl: „Wenn er nur das ‚letzte Ende‘ einmal hätte!“)

Die Tage des Umsturzes haben es auch für notwendig befunden und haben die zwingende Notwendigkeit mit sich gebracht, eine Koalitionsregierung in Österreich zu bilden. Mag man zur Frage der Koalition welche Meinung immer haben, wir wissen als Sozialdemokraten, daß diese Koalition hervorgegangen ist aus wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten, daß es keinen anderen Ausweg damals gegeben hat. Ich gebe zu, daß es auch in den Reihen der Christlichsozialen eine Menge Leute gegeben hat, die sagten, man hätte keine Koalition eingehen sollen. Ich gebe zu, daß es auch in unseren Reihen solche gab. Aber die Geschichte der Ereignisse hat dem Recht gegeben. Sie erklären, daß damals, zur Zeit des Umsturzes, die Koalitionsregierung in Österreich, dieses Land überhaupt vor der Aufteilung bewahrt habe. Diese Koalitionsregierung hat letzten Endes auch gewisse Früchte gezeitigt. Sie war immerhin eine Koalition gewisser großzügiger sozialer Reformen, großer, verfassunggebender Arbeiten. Man kann sagen, daß zur Zeit der Koalition, in den Jahren 1918, 1919 bis 1920 auf dem Gebiete der Gesetzgebung und auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für die arbeitenden Menschen mehr geleistet wurde, als dann zur Zeit der bürgerlichen Regierung seit 1920 bis zum heutigen Tage. Wir bemerken, daß zum Beispiel alle jene Kräfte, die damals, zur Zeit der Koalition, aus Angst vor der Arbeiterklasse zwangsläufig verschiedene soziale Reformen in Österreich einführen mußten, daß jene Kräfte auch seit Bestehen der rein bürgerlichen Regierung in Österreich, seit 1920, eifrig und systematisch bemüht sind, den Inhalt der Republik, die die Arbeiter in Österreich gegründet haben, umzuformen, ganz nach ihren Gesichtspunkten und seit dem Jahre 1920 tobt in Österreich überhaupt nur letzten Endes der Kampf, welchen Inhalt diese Republik haben soll, ob sie eine Republik des Geldsackes, eine Republik der Korruption, eine Republik der Klassenjustiz oder eine soziale Republik sein soll. Man bemüht sich wieder, meine sehr verehrten Damen und Herren, alles das, was man der Arbeiterklasse in den Jahren 1918 und 1919 gegeben hat, ihr wieder langsam zu entreißen. Das sind alles reaktionäre Versuche der Gegenwart und der jüngsten Jahre, daher der Kampf gegen die österreichische Sozialpolitik, kurzum überhaupt gegen die Arbeiterschaft und wir müssen auch bei Bewilligung dieses Antrages hier — wie schon wiederholtemale in anderen parlamentarischen Körperschaften — er-

klären, daß es nicht abzuleugnen sein wird, daß die österreichische Arbeiterklasse im Zuge der Sanierungsaktion, die zur Stabilisierung der österreichischen Währung geführt hat, die schwersten Opfer wirtschaftlicher Art auf sich nehmen mußte. Ich will nur darauf verweisen, daß das ganze Steuersystem darauf aufgebaut ist, daß die ganzen Steuerlassen auf die breiten, arbeitenden Massen überwältigt werden. Wenn man gegenüberstellt die Einnahmen aus den direkten und den indirekten Steuern, dann kommt man darauf, daß die Besteuerung der Massen ein Vielfaches der Steuern aus den direkten Besitzsteuern ausmacht. Man kann nicht sagen, daß die Arbeiterklasse kein Opfer auf sich genommen hat, ja ich behaupte, sie hat vielzugroße Opfer auf sich genommen. Ja, den arbeitenden Klassen will man nun auch noch in die Schuhe schieben, daß sie nichts anderes zu tun wissen, als den Bürgerkrieg zu entfesseln, die eigentlich viel zu geduldig alle diese Sanierungsopfer auf sich genommen haben. Wir haben auch erlebt, daß, seitdem in diesem Staate die rein bürgerlichen Regierungen ausgerichtet wurden, wir letzten Endes derartige Korruptionskandale in diesem Staate erleben mußten, daß man ohne Übertreibung sagen kann, daß solche Skandale nicht einmal in den Balkanstaaten möglich gewesen wären. Ich nenne nur den Postsparkassenskandal, das ist ein staatliches Institut, daß durch diesen Skandal eine Billion öffentlicher Gelder für irgend einen fremden Bankerofteur verwendet wurden. Ich erinnere Sie an die Affäre Dr. Ahrer. Sie werden zugeben, daß Sie schon gar keine Ursache haben, uns zu bezichtigen, wir würden die wirtschaftlichen Grundlagen dieser Republik erschüttern durch Inszenierung von politischen Streiks, wo gerade in Ihren Reihen politische, wirtschaftliche Hasserdeure gestanden sind, die durch ihre Diebstähle, Veruntreuungen und Betrügereien der Wirtschaft Österreichs an einem Tag mehr Schaden zugefügt haben, als wie es ein Generalfstreik durch Monate hindurch zugefügt hätte. Man darf aber auch gar nicht außer acht lassen, daß die Erregung der Arbeiterschaft, die vielfach umgedreht wird, als eine Erregung gegen die republikanische Verfassung, als ein Versuch, die politische Diktatur auszurufen, daß diese Erregung nur Boden findet in einer schamlosen Klassenjustiz in diesem Staate, wenn die österreichischen Arbeiter sehen, daß in Österreich ohneweiters die Arbeiter abgeschossen werden können, wie die Hasen, ohne daß man Gefahr läuft, dafür strafgerichtlich verfolgt zu werden oder daß man zur Verantwortung gezogen wird, ohne daß diese Arbeitermörder der Strafe zugeführt werden. Dann werden Sie begreifen, daß das Rechtsbewußtsein auf das schwerste geschädigt ist und die Arbeiterklasse aus dieser Erregung heraus selbstverständlicherweise alle Kräfte anspricht, um diese Klassenjustiz zu bekämpfen und sie zu beseitigen. Und gerade Sie sind es von der Gegenseite, die immer und immer wieder erklären, wenn der Arbeiter vielleicht ganz aus rein wirtschaftlichen Gründen, aus rein begreiflichen Gründen heraus seinen Mitkameraden im Betrieb auffordert, tritt der Gewerkschaft bei, damit wir stärker werden, damit wir unsere wirtschaftlichen Interessen besser verfechten können, da sind Sie es, die sagen,

das ist Terror der Sozialdemokraten. Wenn aber andererseits man in Österreich bemerken kann, daß Arbeiter abgeschossen, daß Arbeiter verprügelt werden, daß sie ihres Lebens nicht sicher sind, ihr Leben bedroht wird, da finden Sie kein Wort des Terrors und keine Abwehrmittel. Das ist nach ihrer Auffassung ganz in der Ordnung. Wenn man bedenkt, daß diese Auffassung einer Klassenjustiz auch bei unserer Justiz in diesem Staate Fuß gefaßt hat, was eine Reihe von Urteilen den Arbeitern gegenüber bewiesen hat, so muß man erklären, daß die Arbeiter in Österreich vogelfrei sind, die man behandeln kann, wie man will, daß es ein Strafgesetz nur gegen das Proletariat gibt, aber keines gegen große Schieber und Betrüger, die aus den Reihen des Bürgertums kommen. Ich habe gestern Gelegenheit gehabt die Skandalgeschichte der Kraz-Köflacher zu beleuchten und zu sagen, daß es ein Skandal ist, daß der Fall W u f f e noch nicht die strafgerichtliche Erledigung gefunden hat. Daher dürfen Sie sich nicht wundern, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Arbeiterklasse schon den Versuch unternimmt, diese Schandtat zu bekämpfen, zu beseitigen. Ich glaube, man macht in Österreich die alte Taktik, nach einer berühmten Methode, je mehr Skandalgeschichten in den Reihen des Bürgertums vorkommen, desto mehr schreit man über Terror in der Arbeiterklasse, damit sie hinwegkommen über alle Skandalgeschichten der letzten Jahre. Je mehr man über Terrorgeschichten bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften erzählt, desto leichter glaubt man, kommt man über die eigenen Schwierigkeiten hinweg.

Es wird auch vielfach gesagt, Ihr habt ja in Linz Parteitag gehabt und da ist das Parteiprogramm aufgestellt worden und dieses besagt, bei der nächsten Gelegenheit wird in Österreich die Proletarierdiktatur aufgerichtet. Es ist eine alte Tatsache und wir sehen sie aus den Zwischenrufen, die fallen, daß die Herren bürgerlichen Volksvertreter sich nicht allzu sehr bemühen, irgend welche Quellen zu finden, sondern sie schöpfen meist ihre Weisheit aus der Parteipresse und sonstigen leeren Redensarten, die man da oder dort auffindet. Und so erklärt man, das Linzer Programm beweist, daß ihr Sozialdemokraten die politische Diktatur wollt und den Sturz der demokratischen Republik.

Ich möchte mir erlauben, diesen konkreten Programmsatz deswegen zur Verlesung zu bringen, um dieses Märchen zu zerstreuen. Dieses Märchen wird verbreitet, damit man immer wieder sagen kann, wenn wir nicht wären, dann hätten die bösen Sozialdemokraten euch längst schon eures Eigentums beraubt. Immer wieder müssen Sie das Märchen der politischen Diktatur aufwärmen, um ein Mittel zu haben, die Bauernmassen in Schach zu halten, die selber schon froh wären, wenn sie von gar manchem bürgerlichen Volksvertreter verschont blieben. Was sagt das Parteiprogramm in der Richtung (liest): „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Eroberung der Herrschaft in der demokratischen Republik, nicht um die Demokratie aufzuheben, son-

dern um sie in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, den Staatsapparat den Bedürfnissen der Arbeiterklasse anzupassen und ihn als Machtmittel zu benutzen, um dem Großkapital und dem Großgrundbesitz die in ihrem Eigentum konzentrierten Produktions- und Tauschmittel zu entreißen und sie in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes zu überführen.

2. Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen. Findet sie sich mit der ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungenen demokratischen Republik ab, so lange sie die Republik zu beherrschen vermag, so wird sie versucht sein, die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu übertragen drohen oder schon übertragen haben wird."

Dieser Satz des Parteiprogrammes sagt nichts anderes, als daß man ohneweiters überzeugt sein kann, wenn in Österreich die Arbeiterklasse mit dem Stimmzettel die politische Macht erobert, daß es nicht von der Hand zu weisen wäre, daß die faschistische Bewegung letzten Endes versuchen würde, die Kraft, die politische Macht, die die Arbeiterklasse durch das allgemeine Wahlrecht erobert hat, mit Gewalt ihr zu entreißen. Wir leben aus der Heimwehrbewegung, die eigentlich eine hochverräterische Bewegung ist, wie man in Hefreden den Leuten erklärt, hoch die faschistische Diktatur, weg mit dem Parlamentarismus. Es ist eine Komödie, daß aus den Reihen der Bürgerlichen uns hier zum Vorwurf gemacht wird, wir streben nach der Diktatur, während andere, Ihre Leute tagtäglich die Diktatur in den Dörfern draußen predigen.

Es heißt dann weiter (lies):

"Nur wenn die Arbeiterklasse wehrhaft genug sein wird, die demokratische Republik gegen jede monarchistische oder faschistische Gegenrevolution zu verteidigen, nur wenn das Bundesheer und die anderen bewaffneten Korps des Staates auch dann die Republik schützen werden, wenn die Macht in der Republik durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes in die Hand der Arbeiterklasse fällt, nur dann wird es die Bourgeoisie nicht wagen können, sich gegen die Republik aufzulehnen, nur dann wird daher die Arbeiterklasse die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie erobern und ausüben können.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß daher die Arbeiterklasse in ständiger organisierter geistiger und physischer Bereitschaft zur Verteidigung der Republik erhalten, die engste Geistesgemeinschaft zwischen der Arbeiterklasse und den Soldaten des Bundesheeres pflegen, sie ebenso wie die anderen bewaffneten Korps des Staates zur Treue zur Republik erziehen und dadurch der Arbeiterklasse die Möglichkeit erhalten, mit den Mitteln der Demokratie die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu brechen.

Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern."

Das ist jene Stelle, wo man immer wieder erklärt, da habt ihr es, da steht's ja drinnen, da steht's ausdrücklich, daß die Arbeiter unter Umständen auch zur Gewalt greifen. Aber, wenn Sie diesen Satz gelesen haben, so besagt er nichts anderes, als daß wir in Österreich nur dann als Arbeiter zur Gewalt greifen müßten, wenn man uns mit Gewalt begegnen würde, wenn man durch einen Bürgerkrieg die Staatsbürgerrechte der Arbeiter antasten würde oder diese Rechte versuchen würde, zu zertrampeln. Es ist doch klar und kein Vernünftiger wird es glauben, daß wir uns wehrlos niederdrücken lassen und in diesem Sinne und in keinem anderen ist dieser Satz aus dem Parteiprogramm auszulegen. Es heißt dann noch weiter (lies):

"Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben. Die demokratischen Bürgschaften geben die Gewähr dafür, daß die sozialdemokratische Regierung unter ständiger Kontrolle der unter der Führung der Arbeiterklasse vereinigten Volksmehrheit handeln und dieser Volksmehrheit verantwortlich bleiben wird. Die demokratischen Bürgschaften werden es ermöglichen, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung unter den günstigsten Bedingungen, unter ungehemmter tätiger Teilnahme der Volksmassen zu vollziehen.

Wenn sich aber die Bourgeoisie der gesellschaftlichen Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.

Die Arbeiterklasse erobert die Herrschaft in der demokratischen Republik nicht um eine neue Klassenherrschaft aufzurichten, sondern um jede Klassenherrschaft aufzuheben. In dem Maße als die Staatsmacht der Arbeiterklasse die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer enteignet, die in ihrem Eigentum konzentrierten Produktions- und Tauschmittel in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes überführen wird, wird die Scheidung des Volkes in ausbeutende und ausgebeutete Klassen, werden damit Klassenherrschaft und Klassenkampf überwunden werden; damit erst wird sich die Demokratie aus der letzten Form der Klassenherrschaft in die Selbstregierung des nicht mehr in gegensätzliche Klassen gespaltenen Volkes, wird sich der Staat aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft in das Gemeinwesen der vereinigten Volksgemeinschaft verwandeln."

Diese Sätze sagen auch nur eine alte Weisheit, daß nicht wir Sozialdemokraten die Erfinder des Klassenkampfes sind, wie es draußen heißt in schönen Reden, und das ist das beliebteste Agitationsmittel bürgerlicher Politiker: Seht diese Sozialdemokraten an, sie schüren den Klassenkampf und durch diesen Klassenkampf kann es nicht zu einer Volksgemeinschaft kommen und schwefeln von einer Volksgemeinschaft und von einer Interessengemeinschaft und auch die christ-

lichsoziale Partei gibt vor, eine Volkspartei zu sein, in ihrer Partei hätten alle Interessen, sei es das Interesse des Käufers, des Bauern, des Fabrikanten, ihren Schutz. Wir wissen und Sie können es nicht ableugnen, daß ja nicht die Sozialdemokraten den Klassenkampf erfunden haben, sondern daß die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung zu diesem Klassenkampf führen. Man kommt eben nicht darüber hinweg, daß die Arbeiter von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Die Arbeiter wehren sich begreiflicherweise, um sich überhaupt vor der vollständigen Verelendung zu bewahren, sie wehren sich gegen diese Ausbeutungsversuche. Sie wissen, daß es ein natürlicher Trieb, eine natürliche Expansion des Kapitals ist, immer mehr Werte zu schaffen, und daß schon die natürlichen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung den Klassenkampf unvermeidlich machen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Frage aufwerfen, ob es nicht die Gegenseite ist, die in diesen Arbeitern den Klassenkampf ganz unnötigerweise verschärft; denn wenn man immer wieder erklärt: „Seht die Arbeiter an, die wollen eure Höfe überfallen, Sie wollen Euch eures Eigentums berauben“, wenn man in Tausenden von Versammlungen die Arbeiter immer wieder als die Feinde des Bauern bezeichnet, so möchte ich fragen, ob man nicht durch diese Art und Weise einer unverantwortlichen unverschämten Heße gegen die industrielle Arbeiterschaft in diesem Staate den Klassenkampf verschärft, den Klassenkampf in einer Art und Weise verschärft, wie es nicht notwendig wäre, wenn die bürgerlichen Politiker mehr ihre Worte durch Taten belegen würden, wenn sie zeigen würden, daß es Ihnen ernst ist mit einer Wirtschaftspolitik. Wir sehen, daß zum Beispiel die Gegenseite nichts anderes ist als das Instrument der verschiedenen Unternehmerorganisationen, nichts anderes als die Vollstreckerin des Hauptverbandes der Industrie und anderer großkapitalistischer Konzerne.

Es wird viel gesprochen von dem republikanischen Schutzbund. Ja, sagt man, über diese proletarische Selbstschutzorganisation wollen die Sozialdemokraten nicht reden, das ist eigentlich die Organisation, die die bewaffnete Macht organisieren soll, um eines schönen Tages über Nacht die politische Diktatur zu verwirklichen. Wir haben Ihnen schon 1- und 2mal erklärt, daß es Aufgabe dieser proletarischen Selbstschutzorganisationen ist, die Arbeiterschaft vor dem gewaltsamen Niederwerfen zu schützen. Sie wissen es und immer wieder verbreiten Sie die Mär, daß diese dazu gebildet sei, um die Republik eines schönen Tages abzuwürgen, und Sie haben erklärt, man muß Gegenorganisationen schaffen und sind zu dem Gedankengang gekommen, es müssen Heimwehren gegründet werden zum Schutze des Hofes, zum Schutze der Heimat. Gestatten Sie mir, wenn ich da in Bezug auf die steirische Heimwehrebewegung einiges sage. Wer schafft denn eigentlich die Unruhe in der Bevölkerung? Sind es wir Sozialdemokraten, die die ganze Parteihetze gegen die Bauern, gegen andere Schichten der österreichischen Bevölkerung fördern? Nein. Wer nur halbwegs bei offenen Augen sieht, wer halbwegs hören kann, der hat es gerade in der

letzten Zeit erlebt, daß man in die Dörfer hinausgeht und den Bauern erklärt: „Lange wird es nicht mehr dauern, dann kommen die Fabrikarbeiter hinaus in Scharen und die werden plündern, eure Häuser anzünden und da bleibt eben nichts anderes übrig, da müssen wir uns wehren, müssen in die Heimwehren hineingehen, damit wir diesen Plünderungen irgend welche nennenswerte Abwehr entgegenstellen können.“ Wir wissen alle miteinander, daß die Bauern in Österreich gar keine Ursache haben, ja auch gar nicht gewillt sind, mit der Arbeiterklasse Krieg zu führen, wir wissen genau, daß die österreichischen Arbeiter bedrängt sind von schweren wirtschaftlichen Sorgen, daß es der österreichischen Arbeiterklasse im allgemeinen wirtschaftlich sehr schlecht ergeht. Die österreichische Arbeiterklasse hat eine ungeheure Arbeitslosigkeit zu ertragen, will nichts anderes als wie Freiheit, Friede und Brot, das wissen Sie jedenfalls und der österreichische Bauer, der hat gar keine Ursache mit den Arbeitern Krieg zu führen und er will auch gar nicht mit den Arbeitern Krieg führen. Das sind nur diese politischen Hasardeure, diese Desperados, die sogenannten Heimwehrführer, die müssen solche Dinge in der Öffentlichkeit verbreiten. Der österreichische Bauer leidet ebenso schwer unter der wirtschaftlichen Not, und das Steuersystem ist auch für die Bauernmassen so eingerichtet, ist so ausgerichtet worden für sie von den bürgerlichen Regierungen, daß der Kleinbauer ächzt und stöhnt unter der großen Steuerlast und andererseits der Großgrundbesitzer in Bezug der Steuerleistung sehr geschont wird. Es ist paradox, wenn man sieht, daß gerade irgendwelche Großgrundbesitzer, die wahrscheinlich keine wirtschaftliche Befähigung haben, immer und immer wieder versuchen, dem Bauern, dem kleineren und mittleren Bauern einzureden: „Euer Eigentum ist in Gefahr, Ihr müßt das Eigentum verteidigen. In Wirklichkeit sind alle diese Machinationen nichts anderes als wie der Versuch, die breite Bauernmasse, die eigentlich gar keine Gegensätze mit der Arbeiterschaft aufweist, wieder in die Gefolgschaft reaktionärer Kräfte zu zwingen, um mit Hilfe der konservativen Bauernmassen die Arbeiterklasse niederzutreten. Diese Heimwehren, wenn man sie ansieht, wer macht sich bei diesen bemerkbar? Sind es die bodenständigen Bauern? Sie wissen es ebenso wie wir, daß die Heimwehren eine Totgeburt wären, wenn nicht immer einige Duzende Hasardeure, abgetackelte monarchistische Offiziere, die ihre alte Herrlichkeit fortsetzen wollen, und noch einige andere Duzende von Nichtstuern durch ihre Heharbeit diese Heimwehren künstlich erhalten würden. Wir sehen, daß zum Beispiel bei diesen Heimwehren, Sie nicht vielleicht Bauern als Führer installiert haben; meist sind es jene abgetackelten Offiziere, die während des Krieges und auch vor dem Kriege den Bauernmassen gezeigt haben, daß der Bauer in den Augen so mancher Offiziere nichts anderes war, als das Schwein, der Lump, der Hund und jetzt werden sich gar manche Bauern erinnern, wie man auf dem Exerzierplatz am Lazarettfelde, hinter der Front diese alten Bauern, Landsturmlente exerzieren ließ, auf und nieder, von irgend welchem jungen Bürschchen, Kadettchen, Leut-

nant-Aspiranten. Und diese Leute versuchen jetzt in ihrer Eigenschaft als Heimwehrführer diese Bauernmassen in ihre Gefolgschaft zu bringen. Ich bin überzeugt, daß alle diese Versuche scheitern werden an dem vernünftigen Sinne der österreichischen Bauern. Der österreichische Bauerntag hat zum Ausdruck gebracht, daß die österreichischen Bauern nicht gewillt sind für jüdisches und christlichsoziales Großkapital wieder in den Krieg zu ziehen, nicht gewillt sind, mit der Arbeiterklasse Krieg zu führen. Aber wenn immer wieder Kampfstimmung erzeugt wird, so entspringt diese den Absichten irgendwelcher dunklen Clique, irgendwelchen dunklen Kräften, die es herbeiwünschen, daß die Staatsverfassung aus dem Leim ginge, und da kann man umso besser gegen die Republik arbeiten, wenn man die tatsächlichen Beschützer der Republik, die Arbeiterklassen, der Feindseligkeit gegen die Republik bezichtigt. Wir wissen, daß z. B. die imperialistischen Mächte vom Frieden faseln. Während die Herren vom Frieden faseln, arbeitet ihre Kriegsindustrie fieberhaft, um neue Mordwaffen zu schaffen. Ebenso ist es bei den Heimwehrgenerationen. Man predigt den Bauern immer von der Gefahr, daß die Arbeiterklasse eines Tages die Bauern überfalle, damit man die Heimwehr aufrecht erhalten kann. Wenn jemand in diesem Staate Hochverrat treibt, die Republik gefährdet, dann sind es Ihre politischen Hasardeure, politischen Desperados, nicht die Desperados in Ihrem Lager, sondern die Desperados im österreichischen Bürgertum. Glauben Sie, Sie würden noch die Ehre haben, da herüber zu schwärzen, wenn es gelänge, die faszistische Diktatur aufzurichten. Glauben Sie mir, daß dann neben den sozialdemokratischen Funktionären auch mancher Funktionär des Bürgertums vom Schauplatz der politischen Betätigung verschwinden würde. Wir haben nicht Angst um unsere Mandate, aber Tatsache ist es, daß Sie mit dem Feuer spielen, daß Sie vergessen, daß Sie selbst Gefangene des Feuerpielens wären. Es ist daher ohneweiters klar, daß es nicht die Arbeiterklasse ist, die unter allen Umständen den Bürgerkrieg will. Es ist erwiesen, daß nicht Kräfte der Arbeiterklasse bemerkbar sind, die den Bürgerkrieg hervorrufen wollen, sondern daß diese Kräfte sich in Ihren Reihen befinden. Aus diesen Gründen haben wir Sozialdemokraten es für notwendig befunden, diese Demagogie aufzuzeigen, die in dem Antrage **H ü b l e r** und **H o r n i k** liegt, aufzuzeigen, daß eine Komödie vor sich geht, daß man draußen sich wieder als Angestelltenfreunde bezeichnen wird, während man hier versucht, die Grundrechte der österreichischen Angestellten zu rauben. Diese Komödie aufzuzeigen war Pflicht der Sozialdemokraten in diesem Hause. Die Bestrebungen der Arbeiterschaft richten sich nicht gegen die von ihr gegründete Republik, sondern die Arbeiterschaft steht in entschiedener Abwehr, daß aus dieser Republik eine Republik des Geldsackes, der Korruption und der Klassenjustiz werde. Der Antrag **H ü b l e r**, **H o r n i k** und **G e n o s s e n** will auch gar nicht den Schutz der Republik — das muß entgegengehalten werden, auch wenn Sie noch so blödeln und schreien — er will erreichen die

Aufrichtung und unbeschränkte Herrschaft des Kapitals und letzten Endes die Knebelung der österreichischen Arbeiterschaft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

P f o r t n e r : Hohes Haus! Die Herren von der großdeutschen Partei haben durch die Mehrheit, die sie im Gemeinde- und Verfassungsausschusse haben, uns eine Vorlage auf den Tisch legen lassen, die dahingeht, daß der hohe Landtag die Bundesregierung auffordern soll, ein Gesetz zum Schutze der Republik einzubringen. Es ist eine Vorlage, die scheinbar bei den Herren von der Gegenseite nicht die nötige Aufmerksamkeit erregt. Wir sehen, daß gerade die Herrschaften der Gegenseite auf alle Argumente, die von uns gebracht werden, mit einem unverständlichen Lächeln oder mit Zwischenrufen antworten. Wir müssen der Meinung sein, daß Sie entweder diese Vorlage nur eingebracht haben, um hier einen Gegenstand der Provokation zu haben oder sonst irgend einen Grund, der natürlich für sie unverständlich ist. Die Herren, die uns hier diese Vorlage beschert haben, vergessen ganz und gar, daß sie damit neuen Stoff der Erregung hinausgetragen haben. Die Herrschaften, die sonst immer in ihren bürgerlichen Zeitungen schreiben und in den Versammlungen reden, daß die bösen Sozialdemokraten die österreichische Bevölkerung absolut nicht zur Ruhe kommen lassen, die immer von Versöhnung und allen diesen anderen Dingen reden, haben neuerdings der Arbeiterschaft Stoff zu Reden und Diskussionen gegeben, indem sie diese Vorlage zum Schutze der Republik vorgelegt haben. (Zwischenruf **J i n g l**.) Schauen Sie, Herr **J i n g l**, wir können Ihnen nicht verwehren, daß Sie Zwischenrufe und Bemerkungen machen. Ich meine, es ist aber nicht notwendig, daß Sie 50 oder 100mal im Tage uns vordemonstrieren, daß Sie sonst nichts können. Sie glauben wirklich ernstlich damit, daß Sie diese Vorlage mit Ihrer Majorität gegen unseren Willen hier beschließen lassen können, daß Sie schon weiß Gott was für einen Erfolg zu buchen haben, daß vielleicht damit wirklich schon der Bestand der Republik gesichert erscheint gegen alle Anschläge von rechts oder links. Wenn wir diese Vorlage genau ansehen und **K o l l e g e A u s t** hat es gründlich befragt, so müssen wir sagen, daß es ein großes Stück ist, das sich die Herrschaften der großdeutschen Partei geleistet haben, ein großes Stück, von Demagogie und eine große Zumutung — an diejenigen Wählerschichten, von denen Großdeutsche bis zu den Wahlen des April 1927 gewählt wurden, und zwar deshalb eine große Zumutung, weil man von diesen Menschen fordert, daß sie auf ihr Streikrecht verzichten. Gewiß, der Herr Berichterstatter wird mir den Vorwurf machen, es handelt sich nur um das politische Streikrecht. Ich habe das Gefühl, daß vom politischen Streikrecht bis zum wirtschaftlichen Kampfe kein großer Unterschied und kein weiter Weg mehr ist und es besteht insgedessen für uns die Vermutung, daß man versuchen will, einmal erst das politische Streikrecht den Angestellten und den Beamten zu nehmen, dann wieder einen Schritt weiter zu gehen und ihnen ein anderes Stück des Koalitionsrechtes zu nehmen. Sie werden aufschreien

und aufheulen und werden behaupten, das ist eine impertinente Unterschiebung, wenn wir das sagen, aber Sie müssen gestatten, daß wir das sagen, was wir von Ihnen denken, denn in der langen Zeit des politischen Kampfes haben wir erkennen müssen, daß Sie nicht ehrliche Gegner waren und viele Dinge gemacht haben, die Sie unter dem Hute hervorgezaubert haben. Ich möchte aufmerksam machen auf den Umstand, der speziell von den Herren der Gegenseite in wiederholten Zwischenrufen herausgehoben wurde. Ich weiß nicht, sind Sie wirklich der Meinung, daß dadurch, wenn Sie hier im hohen Hause diese Vorlage zur Durchführung bringen können und der Bundesregierung vorlegen, damit es diese beschließen soll, ein wirklicher Schutz gesichert erscheint. Glauben Sie wirklich, daß diese Vorlage und diese wenigen Zeilen, die hier im Antrage vorliegen, ausreichend genug sind, um Vorkommnisse, wie sie sich am 15. und 16. Juli ereignet haben und wo der Justizpalast angezündet worden ist, zu verhindern, zu verhindern, daß neuerdings irgendwo ein solcher Brand entstehe. Mit diesem Antrage allein werden Sie keinen Erfolg buchen und nach Hause tragen. Ich habe das Gefühl und die Meinung, daß Sie damit sogar schwereres Unheil anrichten, als Sie zu verhüten vorgeben. Ich sehe an den Herrschaften, die da drüben in verschiedenen kleinen Konvertikeln als desinteressiert sich zeigen, daß diese in gewisser Beziehung eine Inkonsequenz aufzuweisen haben, wenn sie jetzt eine Vorlage auf den Tisch legen, die darauf abzielt, Abschaffung des politischen Streiks zum Schutze der Republik, denn gerade die Herren von der Gegenseite sind nicht wählerisch mit den Mitteln, wenn es sich darum handelt, irgend ein Ziel ihrer Partei zu erreichen, das sie sich in den Kopf gesetzt haben. Kollege Luft hat Ihnen schon eine Reihe von Beispielen angeführt, daß Sie nicht Feinde eines Streiks sind, sondern sogar mit Luft und Liebe zum politischen Streik greifen, wenn es sich darum handelt, einen Ihnen unangenehmen politischen Vertrauensmann von irgend einem Orte zu vertreiben, ihn unschädlich zu machen, schwer zu schädigen, damit den Wünschen irgend eines christlichsozialen Parteisekretärs, der dort von diesem Vertrauensmann agitatorisch bedroht wird oder durch den Aufenthalt des sozialdemokratischen Vertrauensmannes seine christlichsoziale Agitation nicht entwickeln kann, wie er möchte, daß diesen Wünschen des christlichsozialen Parteisekretärs Rechnung getragen und mit Mitteln des politischen Streiks diese Funktionäre der sozialdemokratischen Partei vertrieben werden. Schauen Sie, ich sehe insgedessen ganz logischerweise eine Inkonsequenz darin, daß Sie uns heute diese Vorlage hier auf den Tisch legen, in der Sie verlangen, den politischen Streik aus der Welt zu schaffen, bei den Beamten unmöglich zu machen, während auf der anderen Seite gerade die Herrschaften, die sonst über Terror schreien, die sonst immer aufschreien, wenn irgendwo ein gepeinigter Mensch sich Luft macht in Worten oder anderen Umständen, gerade die, die dieses Mittel des politischen Streiks wiederholt angewendet haben und heute noch anwenden würden, wenn man sie dabei nicht gehindert hätte, kein Recht, eine solche Vorlage auf den Tisch des Hauses zu legen.

Ich möchte zunächst ein kleines Schulbeispiel dafür geben, daß Sie nicht wählerisch sind und es auch nicht verschmähen, den politischen Streik in Anwendung zu bringen und Sie sich in Ihrer eigenen Schlinge fangen, wenn Sie sagen, wir brauchen dieses Gesetz zum Schutze der Republik, um die Zustände vom 15. und 16. Juli nicht mehr wirksam werden zu lassen. Vielleicht meinen Sie nur, daß der Zustand des 15. Juli durch die Schaffung eines solchen Gesetzes nicht mehr möglich wird, vielleicht denken Sie daran, daß durch ein solches Gesetz auch der Zustand des 16. und 17. Juli, wie er im Hause eingetreten ist, auch bereinigt werden könnte. Es hat sich nur um einige Wochen gehandelt nach diesen Julitagen, die wir alle zusammen verurteilen und die wir alle sicherlich nicht für das Ansehen oder als einen Glücksfall für die österreichische Bevölkerung bezeichnen können, aber, die Herren auf der Gegenseite scheinen kein besonderes Interesse zu haben und ich weiß insgedessen schon, daß es ihnen nicht angenehm ist, wenn ich auf diese Dinge zu sprechen komme, die bei Ihnen, um mich kurz auszudrücken, als selbstverständlich angesehen werden. Sie wollen zwar den Beamten der Bundesregierung, vielleicht auch den Eisenbahnbeamten den Streik verbieten, aber denken selbstverständlich bei Vorlage des Gesetzes nicht an ihre Verpflichtung, das Streikrecht zu verbieten, wenn ein Schulfreik irgendwo inszeniert wird. Es ist interessant, daß keiner von der Gegenseite den Zwischenruf gemacht hat, was ist's mit den Terroristen in Haus? Es ist Ihnen nicht eingefallen, trotzdem ich genau weiß, daß Sie Kenntnis von diesen Terrorfällen haben. Sie schreien nur immer „Wallisch“, was anderes kennen Sie gar nicht mehr. Das ist für Sie das Einzige und es scheint, daß die Herren von der Gegenseite absolut bestrebt sind, aus meinem Freund Wallisch eine Weltberühmtheit und Märtyrer machen zu wollen. Wir werden bei einem späteren Punkt der Tagesordnung Gelegenheit haben, über die Sache Wallisch zu reden. Vielleicht genügt es aber jetzt, so als Präludium ein Gegenstück zu den Vorkommnissen in Bruck, die so maßlos aufgepeitscht wurden, aufzuzeigen, daß nicht Wallisch, sondern Leute auf der christlichsozialen Seite hervorgerufen und durchgeführt haben. Es wird dies sicher interessant sein, um zu beweisen, daß Sie nicht die unschuldigen Lämmchen und Engel sind, als die Sie sich immer wieder darzustellen belieben. Im Gegenteil, wir bringen den Mut auf, über Dinge abzurteilen, mit denen wir parteimäßig und faktisch nicht einverstanden sein können, wir würden nur wünschen, daß auch Sie denselben Mut aufbringen. Ich werde Ihnen sofort beweisen, daß Sie den Mut nicht aufbringen dazu.

Wenn es sich um Dinge handelt, die in Ihren Kram passen, dann gehen Sie durch dick und dünn mit und verteidigen sie, selbst auch dann, wenn sie ungerecht sind, und so ist es gewesen mit dem Oberlehrer Kabusch in Haus, dem man nichts vorwerfen konnte. Wer ist nach Haus im Ennstale geschickt worden, sozusagen als Untersuchungsrichter, um die ganze Angelegenheit Kabusch zu analysieren, um nur irgendein I-Tüpfelchen zu finden, womit man nachweisen könnte, das seine Absehung — die Inszenierung des Schulfreiks — be-

rechtigen würde. Zuerst ist der Schulinspektor hinaufgeschickt worden, um die Sache zu untersuchen. Dieser christlichsoziale Untersuchungsrichter Pribitzer hat nichts konstatieren können, sondern feststellen müssen, daß die Schulerfolge des sozialdemokratischen Oberlehrers vorzügliche sind. Wenn nur ein wenig davon, was dann später in den bürgerlichen Zeitungen und insbesondere in der geistigen Ablagerungsfütte des Herrn Dötkling im „Ennstaler“ gestanden ist, wahr gewesen wäre, dann würden wir es begreifen, warum man den Schulstreik inszeniert hat, so aber hat der Schulinspektor Pribitzer absolut nichts finden können, was den Schulstreik und die Verletzung des Oberlehrers irgendwie begreiflich erscheinen lassen würde. Man hat dann vom Landesschulrate — und man wird sicherlich nicht behaupten können, daß der Landesschulrat nur aus Sozialdemokraten besteht, im Gegenteil die Mehrheit des Landesschulrates besteht doch aus Christlichsozialen — selbstverständlich einen christlichsozialen Landesschulrat nach Haus entsendet, um neuerdings zu untersuchen, ob nicht Gründe vorliegen, die diese Verletzung oder den Schulstreik rechtfertigen könnten. Aber auch der betreffende Beamte, ich glaube Landesschulinspektor Dr. Köchl, der oben gewesen ist, der sicherlich auch nicht im mindesten im Geruche steht, ein Sozialdemokrat zu sein, und vom Landeshauptmann nach Haus entsendet wurde, er hat auch nichts Positives, nichts Konkretes feststellen können, sondern er ist nur mit der Bemerkung zurückgekommen, von irgendwelchen Trafsereien, Einflüsterungen von christlichsozialen Bauern in Haus erfahren zu haben. Diese Einflüsterungen waren ganz interessanter Natur. Ich möchte sie Ihnen ebenfalls erzählen, damit Sie sehen, wie man in Haus gearbeitet, mit welchen Mitteln man versucht hat, einen verdienten Oberlehrer von seiner Stelle zu vertreiben, mit welchen Mitteln man auf christlichsozialer Seite daran gegangen ist einen Menschen unmöglich zu machen, ihn samt Frau und Kind vom Dienstorte zu vertreiben, um zu demonstrieren, wieviel Nächstenliebe diese Christlichsozialen besitzen.

(Präsident Köbl übernimmt den Vorsitz.)

Hier gebärden Sie sich als die reinsten Unschuldslämmer und brausen auf, als wenn ich eine Unwahrheit gesagt hätte. Diese Leute sind zum Dr. Köchl gegangen und haben gesagt, der Kabusch ist Obmann des republikanischen Schutzbundes in Haus, das können wir nicht brauchen. Wenn Köchl ein wenig vernünftiger gewesen wäre, so hätte er sofort in einer halben Stunde vom Bezirkshauptmann Dr. Hofmann in Gröbming erfahren können, daß in Haus und im ganzen Ennstal von Stainach aufwärts bis zur salzburgischen Grenze gar keine Ortsgruppe des republikanischen Schutzbundes besteht und es infolgedessen auch keinen Obmann des Schutzbundes in Haus geben kann. Der Herr Dötkling macht jetzt dasselbe Mienenspiel und Theater, wie Herr Zingl, ich gebe zu, daß natürlich dieses Theater des Herrn Zingl auf den Klubkollegen ansteckend gewirkt hat, aber er wird nicht beweisen können, daß dies ein Ausdruck besonderer Geistesfähigkeit ist. Sie brauchen absolut nicht nervös zu werden, sondern müssen uns gefassen,

daß wir Ihnen diese Dinge ein wenig deutlicher erzählen, damit Sie erkennen, daß wirklich Terror und andere Dinge auf Ihrer Seite vorgekommen sind, die nicht so ohneweiters von der Hand zu weisen sind. Sie haben zum Beispiel in Haus einen Schulstreik inszeniert. Ich würde den Schulstreik anders beurteilen, wenn irgendwelche Leute, die nicht über eine höhere Schulbildung verfügen, sondern sich in ihrem einfachen Hausverstand gefast haben, der Oberlehrer Kabusch ist Sozialdemokrat, mit dem können wir nicht mehr weiterarbeiten, das würde ich begreiflich finden, aber wenn Leute, wie Kaplan Winkler und Professor Dinawitzer nach Haus kommen, um die Leute gegeneinander auszuspielen, diesen Schulstreik inszenieren, denen man als gebildeten, intellektuellen Menschen, die studiert haben, die über ein gewisses Maß Verantwortungsfühl verfügen sollen, denen man mehr Verantwortungsfühl als einem Bauernknecht oder Holzknecht in irgend einem Graben zutrauen soll, wenn diese Herren hergehen und einen Schulstreik inszenieren, dann müssen wir schon sagen, daß es ein strafliches Verbrechen war, das man gegen Kabusch begangen hat, das in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Diese Menschen sind von Haus zu Haus gegangen, haben mitunter mit Drohungen, zum Teil mit Erpressungen, sogar mit gefälschten Unterschriften, mit Lügen operiert, um Argumente und Grundlagen zu finden und zu suchen, um den Schulstreik gegenüber der Bevölkerung von Haus zu rechtfertigen. Auf ein paar Lügen und Unwahrheiten ist es ja dem Herrn Kaplan nicht angekommen, der immer die Nächstenliebe und Wahrheit predigen soll, der den Kindern in der nächsten Religionsstunde erzählt hat, was in den 10 Geboten enthalten ist: „Ihr sollt nicht lügen!“. Derselbe Kaplan ist mit Unwahrheiten hausieren gegangen und hat die „Volksseele“ in Haus „kochend“ gemacht und ist dies infolge der Anwesenheit des Landeshauptmannes Paul noch unterstützt worden durch verschiedene Zufuhr mehr oder minder größerer Quantitäten Alkohols und anderer geistiger Flüssigkeiten bis zu 60%. (Zwischenrufe.) Das sind natürlich geistige Eingebungen, aber wir haben gesagt, wir würden es verstehen, wenn ein solcher Schulstreik von Menschen eingeleitet worden wäre, die mit dem Oberlehrer Kabusch persönlich nicht auf gutem Fuß stehen, die von der Tragweite eines Schulstreiks nicht überzeugt sind, die wirklich nicht wissen, das die Inszenierung eines solchen Schulstreiks einen straflichen Leichtsinns, ein Verbrechen, ein schweres Vergehen darstellt; dann würden wir es begreifen. Wenn es aber zwei Kapläne sind, die mehr oder minder über der Bevölkerung stehen sollen, die von der Verantwortung erfüllt sein sollen, die sie als Katecheten den Eltern und Kindern gegenüber haben, wenn diese hergehen und von Haus zu Haus dafür werben, daß Oberlehrer Kabusch versetzt wird und der Schulstreik inszeniert wird, dann haben sie keine Ursache, uns den Wallisch an den Kopf zu werfen. („Oho!“-Rufe bei der Einheitsliste.) Werden Sie nur nicht so nervös. Ich weiß nicht, warum Sie so nervös sind, ich kann nichts dafür. (Zwischenruf seitens der Einheitsliste: „Gott erhalte uns den Wallisch!“.) Ich weiß nicht

... (Zwischenruf: „Wenn Sie überhaupt noch ein Gewissen haben!) Ich wollte gerade sagen, ich bezweifle, daß die Herren noch so viel Gewissen besitzen, daß Sie das bedrücken kann. Ich meine, daß Sie nicht wissen, wie Sie über die ganze Angelegenheit hinwegkommen und glauben, sie mit Lächeln abzutun.

Ich habe vorhin erklärt, daß wir bereit sind, von der Partei aus, auch dort Mißstände, die sich da und dort vielleicht ergeben haben oder ergeben könnten, abzustellen, wenn sie nicht im Interesse der Partei oder der Bevölkerung des Staates gelegen sind und so sind auch unsere Grazer Genossen und die übrigen Genossen gerade damals nach Bruck gefahren, als sie von den dortigen Vorkomnissen erfahren haben und haben dort sofort die Abstellung dieser Zustände begehrt. (Leichin: „Aber in Leibnitz sind sie geblieben, da hat die Sache der Bezirkshauptmann gemacht, ein Beamter des Landes!“) Sehen Sie, das ist der wesentliche Unterschied zwischen Ihnen und zwischen uns, daß wir den Mut haben, auch gegen unsere eigenen Leute aufzutreten; Sie haben diesen Mut nicht gehabt, und ich meine, ich begehre hier keine Indiskretion, wenn ich auch hier im offenem Hause erzähle, was der Herr Landeshauptmann mir in dieser Angelegenheit gesagt hat: „Ja, schauen Sie, ich kann nicht auftreten gegen diese störrischen Bauern. Was nützt es mir, wenn ich diesen Bauern in Haus einen Ukas hinaussende. Dieser Ukas wird gar nicht beachtet. (Mikola: „Das hat er gar nie gesagt!“ — Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Der Herr Abg. Leichin hat nicht das Wort.

Pfortner (fortfahrend): Ich bitte, Herr Präsident, aber nicht der Herr Abgeordnete Leichin allein macht Zwischenrufe! Es wird Ihnen nicht gelingen, mich durch irgendwelche Zwischenrufe aus dem Konzept zu bringen. (Schisko: „Das haben Sie so aufgeschrieben!“) Sie irren sich ganz bestimmt, wenn Sie meinen, uns verhindern zu können, das zu sagen, was wir gewillt sind Ihnen zu sagen. Wenn Sie uns immer unterbrechen, so werden wir diese Dinge solange wiederholen, bis wir imstande sind, damit zu Ende kommen zu können. (Zwischenruf: Dr. Illig.) Schauen Sie, Sie junger Mensch da drüben, Sie haben keine Ursache sich besonders hervorzutun. (Regner: „Er ist älter, als er ausieht!“) Ich möchte Ihnen den guten Rat geben, daß Sie sich nicht besonders exponieren sollen. Sie vertreten, Herr Abgeordneter Dr. Illig, die Gastgewerbe genossenschaft und die Mitglieder dieser Gastgewerbe genossenschaft, deren Sekretär Sie sind, leben gerade in den Industrieorten zum großen Teil von Arbeitern, und wenn Sie glauben, daß Sie hier ständig provozieren können, so können wir dies den Mitgliedern Ihrer Gastgewerbe genossenschaft schon sagen und auch unseren Arbeitern, und es werden sich irgendwelche Konsequenzen daraus ergeben können. (Zwischenruf: „Das ist Terror!“) Durch diesen Zwischenruf, den Sie gemacht haben, haben Sie neuerdings den Beweis dafür geliefert, was ich eingangs meiner Ausführungen gesagt habe, daß Sie stets bestrebt sind, uns in jeder Beziehung Unterschiebungen zu machen. Sie leben davon, das ist der einzige Nähr-

stoff, den Sie haben. (Heiterkeit bei der Einheitsliste.) Ihre ganzen Ausführungen sind nur Unterschiebungen und Verdächtigungen. Ich will fortfahren und das wiederholen, was ich vom Herrn Landeshauptmann gehört habe. Der Herr Landeshauptmann hat erklärt: „Wenn ich diesen störrischen Bauern von Haus einen geharnischten Ukas hinaussende, so werden sie sich nicht daran kehren.“ (Mikola: „Das hat er nie gesagt!“) Das hat der Herr Landeshauptmann behauptet. Er hat sich damit selbstverständlich ein Armutzeugnis ausgestellt. Wir sind imstande gewesen, die Zustände in Bruck abzustellen, (Mikola: „Bleiben Sie bei der Wahrheit!“) als die Landesparteileitung sie erfahren hat. Sie sind bis heute nicht imstande gewesen, die Zustände in Haus abzustellen, bis heute ist Oberlehrer Kabusch immer noch von der Unterrichtsleitung beurlaubt. Er hat nur das Recht, Schulleiter zu sein, aber unterrichten darf er nicht. Es kommt noch folgendes dazu, und das stelle ich hier fest. Während wir bestrebt sind, die Zustände in Bruck abzustellen und Wandel zu schaffen, gehen Sie in anderer Weise vor und unterstützen die Vorfälle in Haus, auch in der Presse und finden es selbstverständlich, daß der sozialdemokratische Oberlehrer verfeßt werden muß, weil ein Teil der Bevölkerung sagt, sie brauchen keinen sozialdemokratischen Oberlehrer. Das Sprachrohr des Herrn Abg. Döckling, dessen geistige Ablagerungsstätte der „Ennstaler“ ist, hat in einigen Artikeln ganz dezidiert erklärt, daß es ein gutes Recht der Eltern sei, einen Lehrer, der nicht ihrer Gesinnung ist, von seinem Posten zu vertreiben. Dasselbe christlich-soziale Organ, das in jeder Nummer gegen die Sozialdemokraten wütet und schreit, erkühnt sich nun zu behaupten, die Vertreibung des Oberlehrers Kabusch ist eine Selbstverständlichkeit und ein gutes Recht der Haus Bauern. Ich weiß nicht, ob dieser Artikel auch ein Geistesprodukt des Herrn Abg. Döckling ist. Es ist ganz bestimmt, daß es nur ganz wenige Menschen in Haus waren, die den Schulstreik begannen und daß es gerade ein Bauernbündler war, der von vorneherein die Sache richtig begriffen und erklärt hat: „da tun wir nicht mit, denn dieser Schulstreik ist ein zweischneidiges Schwert“. Es haben sich infolgedessen die Bauernbündler und insbesondere der Herr Landesrat Winkler und der Sekretär Fuchs den Groll des „Ennstaler“-Redakteurs zugezogen und er schreibt in einer der letzten Nummern, daß sich die Bauernbündler in der Angelegenheit des Haus Schulstreiks auf eine Stufe mit den Sozialdemokraten und Kommunisten von Haus gestellt haben. Wir haben neue Verbündete bekommen. Ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben, wir waren sehr erstaunt vom „Ennstaler“ zu erfahren, daß es in Haus auf einmal Kommunisten gibt. Daß es bürgerliche und christlichsoziale Bolschewiki gibt, das haben wir gewußt, aber daß es in Haus Kommunisten gibt, das haben wir erst durch den „Ennstaler“ erfahren. Die Kinder in Haus sind nicht alle römisch-katholisch, sondern dort sind noch die Nachfahren von alten Bauernkriegskämpfern, die der evangelischen, also keherischen Kirche angehören. Und die Eltern dieser evangelischen Kinder haben erklärt,

ja, wieso kommen wir und unsere Kinder dazu, daß keine Schule gehalten wird, daß wir uns hier das Diktat einiger christlichsozialer Bauern gefallen lassen sollen und unsere Kinder nichts lernen. Und so ist es gekommen, daß die Vertrauensmänner des Bauernbundes sich an dieser Geschichte nicht beteiligt haben. Trotzdem nun die Sozialdemokraten und Bauernbündler dagegen Stellung genommen haben, daß der verdiente Oberlehrer des Postens beraubt und vertrieben werde, wie ein Hund, der einen Knochen gestohlen, ist der Herr Landeshauptmann und der Herr Abg. Döckling nicht in der Lage, dem Gesetze Rechnung zu tragen. Wir klagen Sie an: Sie haben kein Recht, über Terror und andere Dinge, die unsere Partei angeblich verbrochen hat, zu reden. Dort, bei den Herren Kaplänen hätten Sie Gelegenheit, den Schuß der Republik zu demonstrieren, ihnen klar zu machen, daß auch die geistlichen Herren, die die Kongrua beziehen, die Verpflichtung haben, die Gesetze einzuhalten und nicht mit dem Feuer zu spielen, das sehr gefährlich werden könnte. Wir finden diese Zustände begreiflicher, wenn wir die näheren Umstände und das Milieu der ganzen Umgebung, in welchem das kleine Döckling'sche Haus eingebettet erscheint, näher kennen. Der Herr Dr. Hofmann, der von Kollegen Aufschon zitiert worden ist, und der in Gröbming Bezirkshauptmann ist — ich glaube es war einmal ein Adeltiger — hätte es möglich machen können und hätte es als Vorsitzender des Bezirksschulrates in der Hand gehabt, der Schulfreikinitiatoren geschlagen. Vorher ist er allzubringen. Er hat es nicht getan, sondern hat, statt als Beamter den Gesetzen Rechnung zu tragen und den Oberlehrer Kabusch wieder einzusetzen und dem Bürgermeister Dankelmair zu sagen, „Ihr habt Euch hier ins Unrecht gesetzt, ebenfalls auf die Seite der Schulfreikinitiatoren geschlagen. Vorher ist er allerdings so geschmacklos und taktlos gewesen und hat dem Oberlehrer versteckte Vorwürfe gemacht, daß er Sozialdemokrat sei und ließ durchblicken, der oberste Leiter der Behörde ließ durchblicken, daß es zu diesem Schulfreik nicht gekommen wäre, wenn er kein Sozialdemokrat gewesen wäre. Geht das zum Teufel den Bezirkshauptmann Dr. Hofmann etwas an, welcher Gesinnung der Oberlehrer in Haus ist; das geht dem Bezirkshauptmann Dr. Hofmann einen Schmarren an; er hätte wiederholt Gelegenheit gehabt, sich um Dinge zu kümmern, die ihn weit mehr angegangen wären. Ich möchte Ihnen an einem Beispiel zeigen, daß es Hofmann nicht immer so eilig gehabt hat, wenn es sich um den Schutz irgend jemandes anderen gehandelt hat als im Falle Kabusch. Im Jahre 1925 habe ich persönlich dem Herrn Hofmann eine Reihe von Anzeigen gegen Schladminger Bürger übermittelt, die in herausfordernder Weise und entgegen den klaren Bestimmungen über die Feier des Nationalfeierfestes bewußt an diesem 12. November gearbeitet haben, beziehungsweise arbeiten ließen, bewußt also hier den Feiertag der Republik geschändet haben. Hier hätte nun derselbe Herr Bezirkshauptmann nicht nur als der Bezahler des Gehaltes von den Steuergeldern der Republik sondern auch als der Verwalter einer politischen Behörde und eines Teiles des Regierungs-

apparates dieser Republik eingreifen sollen und auf wiederholte Urzungen und Interventionen hat er im Jahre 1926, als ich ihn am Bahnhofe in Stainach getroffen habe, auf meine diesbezügliche Anfrage zu mir gesagt: „Schauen Sie, wenn ich die 30 oder 35 Bürger in Schladming strafen will“ — und sie sind zu strafen, die Gendarmerierelationen sagen, daß sie die Sonntagsruhe verlegt haben — „wenn ich diese Strafe, dann erzeuge ich eine Revolution und bringe mich um das Amt als Bezirkshauptmann, insfolgedessen kann ich diese nicht strafen.“ Infolgedessen kann er dem Gesetze nicht Rechnung tragen. Derselbe Bezirkshauptmann ist das, der den Oberlehrer Kabusch seines Postens enthoben hat. Ich werde Ihnen noch etwas sagen, das ist noch nicht sehr lange her, zehn oder elf Tage, da geht ein Munitionstransport nach Oblarn ab mitten durch das Ennstal an die Herrschaft Bardeausche Güterverwaltung, 5000 Stück Gewehrmunition sind darin enthalten. Diese 5000 Stück bringen wir in Erfahrung und wir machen die Anzeige bei der Gendarmerie in Oblarn, bei der Bezirkshauptmannschaft in Gröbming und Bezirkshauptmann Dr. Semkal war anwesend und hat verfügt, daß die Gendarmerie diesen Munitionstransport aufhalten, beziehungsweise untersuchen und beschlagnehmen soll. Soviel ich erfahren hatte, hat die Gendarmerie in Oblarn diese Munition auch beschlagnahmt, aber der Herr Bezirkshauptmann hat diese Munition, diese 5000 Stück wieder freigegeben, angeblich, weil sie zu Jagdzwecken verwendet werden sollen. Da müssen wir fragen, ob es den Herren wirklich ernst ist mit dem Schutze der Republik, wenn sie hier zulassen, daß die Behörde dieser Republik die Heimwehr ausrüstet und eine solche Ausrüstung stellt der Munitionstransport an die Forstverwaltung Bardeau in Oblarn dar; daß diese Behörden konsequent mitarbeiten und mitrüsten an dem Ausbruch des Bürgerkrieges. Schauen Sie, ich möchte Ihnen hier noch weitere Beispiele geben, daß die Herren von der Gegenseite gar keine Ursache haben, sich aufzupudeln und aufzubersten als wie ein Stachelschwein. Sie sind allerdings in die jesuitische Schule gegangen und da sind Sie vielleicht ein wenig feinsüßlicher, ein wenig zarter bei ihren Terrorakten als wie Abg. Wallisch es gewesen ist, der das herausgesagt und getan hat, was er sich gedacht hat. Die Herren von der christlichsozialen Seite verstehen es bestimmt, Terrorakte zu inszenieren, die nicht immer auf den ersten Blick als solche anzusehen sind. Da ist in Gröbming in dem Aufenthaltsorte des Herrn Abg. Döckling — ich kann nichts dafür, aber es ist interessant, daß gerade alle diese Zustände (Zwischenrufe) in dem Gebiete vorkommen, wo der christlichsoziale Parteisekretär und Abg. Döckling seinen Sitz hat, das ist das Interessante, ich bin gewiß nicht Schuld an diesem Zustand — da ist in Gröbming die Kuranstalt der kaufmännischen Angestellten. In dieser Kuranstalt da ist ein Verwalter namens Piringer. Dieser ist schon seit Jahrzehnten Sozialdemokrat (Zwischenruf Gaf. — Bichl: Länger als Gaf. Christlichsozialer ist!), schon lange vor dem Kriege war er es. Dieser Piringer, der hat nun in der Wahlzeit des Jahres 1927 eingegriffen und hat sich aktiv beteiligt, er hat auch weiterhin sich bereit erklärt,

ein Mandat im Bezirksverwaltungs-Ausschusse Gröbming anzunehmen für unsere Partei, und siehe da, und das ist das Interessante, und das kann man natürlich als einen sehr feinen und zarten Terror hinstellen, wenn man diese Geschichte näher kennt. Als nun die Dorfgewaltigen oder Marktgewaltigen von Gröbming, die Herren: Obmann Wallig, Dötkling, der Bezirkshauptmann in Gröbming Dr. Hofmann, Bürgermeister Puz erfahren haben, daß Verwalter Piringer nun in den Bezirksverwaltungs-Ausschuß als sozialdemokratischer Vertreter einziehen soll, da haben sie es abgelehnt, sich an der Eröffnungsfeierlichkeit der Kuranstalt zu beteiligen. Sie haben durchblicken lassen, sie haben es nicht direkt gesagt, aber durchblicken lassen, das geht nicht gut, daß wir uns an einer Eröffnungsfeierlichkeit beteiligen, bei einer Kuranstalt, an deren Spitze ein Sozialdemokrat als Verwalter steht. Man wollte gewissermaßen Einfluß nehmen bei den anderen Körperschaften, denen diese Kuranstalt untersteht, um den Verwalter zu zwingen, auf der Ausübung seines Mandates nicht zu bestehen und hat es abhängig gemacht von der Loyalität und von der Beteiligung an der Eröffnung der Kuranstalt. Das ist ein kleines Schulbeispiel, wie man auf zarte Weise einem Menschen seine politischen Rechte rauben kann und rauben will, daß man einfach eine alte Gepflogenheit nicht mehr aufleben läßt, weil der Verwalter, weil dieser Mann ein Parteigenosse von uns ist und das selbe Recht in Anspruch nimmt wie die anderen Menschen, die in Österreich sich auch der politischen Freiheit bedienen. Das ist ein Schulbeispiel dafür, daß die Herren auf der Gegenseite nicht haltmachen mit ihrem Haß. Ich habe Ihnen hier nur einige kleine Beispiele aufgezeigt und ich möchte noch auf einige andere Dinge zu sprechen kommen, die auch mit Streik zu tun haben. Denn gerade diese Vorlage, die Sie uns hier auf den Tisch legen, reizt uns naturnotwendig auf, daß wir uns mit allen diesen Streitfragen beschäftigen und ich muß schon feststellen und ich glaube, ich bringe Ihnen hier absolut nichts Neues, wenn ich Ihnen in Erinnerung rufe, daß gerade von bürgerlichen Kreisen wiederholt in bürgerlichen Zeitungen, sowohl von Gewerbege nossenschaften als auch von bäuerlichen Genossenschaften die Rede vom Streik war und ich glaube auch die „Bauernstimmen“ sind nicht anzunehmen, trotzdem ich diese sehr gerne lese; (Ingenieur W i k a n y: „Bravo!“) aber auch darin war wiederholt die Rede, zu streiken, aber nicht bloß mit der Arbeit, sondern mit der Einzahlung der Steuern. Ja, glauben Sie nicht, daß das auch eine sehr gefährliche Sache ist, wenn Sie den Steuerstreik propagieren, öffentlich in den Zeitungen erklären, wenn wir das und jenes nicht bekommen und das und jenes nicht zugesichert wird, setzen wir mit dem Steuerstreik ein. Das ist auch ein kleines Faktum ähnlich denen, die man dem Kollegen Wallisch an den Kopf geworfen hat, das grenzt auch zumindestens an den Versuch der Erpressung oder ist mindestens das Geschwisterkind einer Erpressung. Wenn Sie mit diesen Argumenten operieren, dann kommt man zur Ansicht, daß auch Sie nicht freizusprechen sind von den Vorwürfen, die Sie uns zu machen belieben. Ich möchte Ihnen noch sagen, daß diese Auf-

forderung zum Steuerstreik wiederholt zu lesen und zu hören war und ich glaube, daß die Zeit noch nicht vorüber war und ist, wo Sie aufhören werden, mit der Propagierung dieses Steuerstreiks. Ja, man ist noch weiter gegangen. Man hat offen in den Zeitungen, und zwar in den „Bauernstimmen“ — ich zitiere zwar nicht wörtlich aber sinngemäß — die sich beklagt haben über den Steuerdruck und über die Steuermandate und über die Steuererpressungen und den Steuerterror, in den Spalten Ihrer Zeitung einen Artikel gebracht. Ich glaube, mich recht erinnern zu können, daß es drei Ramsauer Bauern gewesen sind, das sind der Kern der evangelischen Bauern, und diese urwüchsigen Bauern, die sicherlich auch denken können, die haben in die „Bauernstimmen“ einen Artikel lanciert unter den Bauernbriefen und haben ungefähr folgendes gesagt: „Vor vielen Jahrhunderten, da kam die schwarze Gefahr, die schwarze Pest aus dem Osten gezogen, aus dem Osten über unser Land, es waren die Hunnen und Avarn und heute im 20. Jahrhundert, da kommt wieder eine solche Landplage über uns, wiederum aus dem Osten, und zwar ist es der Steuererzekerator von Lizeu, der in die Bauernhöfe in der Ramsau einbricht, um dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle zu treiben, um mit Gewalt den Bauern die Steuern abzutrocknen und sie wehren sich dagegen“. Mich hat es gefreut, wie ich das gelesen habe und ich kann offen sagen, dieser kurze Bauernbrief, der kaum 10 Zeilen umfaßt hat, war echt ramsauerisch, hat in seiner vollen Kürze das gesagt, was viele Tausende von Bauern sich denken, aber sich nicht zu sagen getrauen und Sie haben insolgedessen absolut nicht allein das Recht, zu behaupten, daß nur wir Terroristen haben. Ich behaupte, daß auch auf der anderen Seite mitunter sich der Unmut laut macht und zu Worten greift, die nicht immer parlamentarisch sind, nicht immer mit der Goldwaage abzuwägen sind, mitunter etwas erregt, aber umso deutlicher klingen. Schauen Sie, wenn Sie nun hier hergehen und glauben, diese Vorlage zum Schutz der Republik einbringen zu müssen und sich berufen auf den 15. Juli, dann möchte ich Sie schon bitten, daß Sie natürlich auch die Ursachen dieses 15. und 16. Juli ein wenig in Betracht ziehen. Meine beiden Vorredner haben ja versucht, Ihnen das deutlich zu machen, sie haben versucht, Ihnen zu beweisen, wie schließlich und endlich die getretene Menschenseele einmal sich aufbäumt und dann letzten Endes sich Dinge ereignen, die natürlich bei Beginn solcher Aktionen nicht abzu sehen und dann nicht immer gutzuheißen sind. Ich meine, auch in früheren Zeiten haben sich solche Revolutionen, Revolten, Aufbäumen von Menschen ergeben. Sie brauchen doch bloß in der Literatur nachzusehen, und gerade die Großdeutschen, die erklären, daß sie die deutschen Volksgenossen sind, daß sie es sind, welche nur wissen, was deutsche Dichter sind, werden sicherlich die Geschichte von Wilhelm Tell kennen, wo der Dichter im Rütlichschwur die unterdrückten Schweizer sagen läßt, daß sie sich das Recht suchen müssen, das man ihnen jahrhundertlang vorenthalten hat. Dieselben Schweizer Bauern, die sich zum Rütlichschwur zusammengefunden haben, haben auch Unterdrückungen nicht länger erduldet und haben

sich aufgelehnt gegen die Unterdrückungen durch die Habsburger. Wir könnten Duzende von Beispielen in der Geschichte aufzeigen, daß solche Revolutionen nicht immer bloß aus Schlechtigkeit entstehen, daß solche Ausbrüche der Leidenschaft, der Empörung getragen sind von idealen, höheren Gefühlen. Das müssen Sie beurteilen, wenn Sie von den Ereignissen des 15. Juli sprechen. Es wäre sehr verlockend, noch länger über diesen Antrag, der uns vorgelegt wurde, zu reden. Es ist noch eine ganze Reihe von Rednern vorgemerkt, ich meine, daß auch diese Redner noch eingehend sprechen werden. Ich habe die Überzeugung, daß selbst dann, wenn es Ihnen gelingen sollte, hier im steirischen Landtage eine Majorität zu verschaffen, Sie sich erstens dabei keine Lorbeeren holen werden weder im Hause noch draußen bei den Beamten, weil diese Menschen gerade diese Vorlage auf das richtige Maß zurückführen werden. Zweifens wird die Bundesregierung wohl kaum imstande sein, ein solches Gesetz zum Schutze der Republik zu schaffen. Wir wissen und haben die Überzeugung und das Gefühl, daß dieses Gesetz nicht darauf eingestellt ist, bloß die Republik zu schützen, sondern auch die Arbeiterschaft niederzuhalten und wehrlos und rechtlos zu machen, um dann umso leichter den Fuß auf die wehrlosen und geknechteten Arbeiter und Angestellten setzen zu können. Das ist der wahre Grund, den Sie hier uns sagen, der aber in der Vorlage des Gesetzes verborgen liegt, und deshalb werden wir uns dagegen zur Wehre setzen, und werden uns solange zur Wehre setzen, solange Sie nicht uns mit offenem Gesicht entgegenreten und sagen, daß auch Sie darangehen werden, mit denselben offenen Karten zu spielen, wie wir es immer getan haben und stets tun werden. Wenn Sie glauben, daß Sie hier wirklich etwas erreichen können, so können Sie versuchen, diese Vorlage zum Gesetz erheben zu lassen. Es wird nicht gelingen, das Ziel zu erreichen, das Sie sich gesteckt haben. Dafür wird die organisierte Arbeiterklasse die Antwort geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Thoma: Hohes Haus! Nachdem dieser Gegenstand, der zur Verhandlung steht, so ziemlich eingehend schon besprochen worden ist, so sei es mir gestattet, auf die Ausführungen der Herren Vorredner in einigen kurzen Worten einzugehen. Zum erstenmal ist eine Abwehrbewegung in unserem Staate im Jahre 1918 zu jener Zeit zu verzeichnen gewesen, als die Truppen von der Front zurückkamen und zu erwarten stand, daß Unordnung in unser Land kommt. Ich erinnere mich noch gut an die Zeiten, wie wir uns zusammengetan haben, um dem Frontsoldaten rasch in die Heimat zu helfen, aber auch bereit zu stehen, um jedem Übergriff gegen Gesetz und Ordnung entgegenzutreten. Wir waren bereit, Lebensmittel beizustellen, haben uns um Futterartikel, Unterkunft bekümmert und haben Unvernünftige auf den rechten Weg verwiesen. Diese Tätigkeit konnte abgebaut werden in dem Augenblicke, wo in Ruhe und Ordnung die Zurückführung der Soldaten abgeschlossen war und auch Ruhe und Ordnung in unser Land eingekehrt ist. Die folgende Zeit stand im Zeichen der politischen Aufrüstung. Die politische Partei ist nach dem Kriege aktuell geworden

und hat es verstanden, alle Rechte im Staate, insbesondere die gesetzgebenden Rechte und die Exekutive an sich zu ziehen. Ich glaube, daß es der Ausfluß dieser Rechte und der Parteien in unserem Staate überhaupt ist, daß wir bei der Debatte über diesen Gegenstand solange beisammensitzen. Ich habe die Auffassung und Meinung, daß in dem Augenblicke wo wir in dieser Hinsicht einen Abbau vollziehen, wir gleichzeitig einen volkswirtschaftlichen Aufbau in unmittelbarer Gefolgschaft haben. Es ist der 15. Juli gekommen. Die Ereignisse sind zur Genüge und eingehend erörtert worden. In Gefolgschaft der Ereignisse des 15. Juli ist die Heimwehrbewegung wieder aufgelebt. Ich bitte, bei Erörterung der Vorgänge in Wien hier im hohen Hause die Feststellung entgegenzunehmen, daß die Heimwehrbewegung unserer Auffassung und Tätigkeit nach eine Abwehrbewegung ist. Die Heimwehrbewegung hat diese Tendenz nicht verändert, und wenn man ihr andere Tendenzen zugrunde legt, so entbehrt dies der Berechtigung (Ing. „Winkler“: „Sehr richtig!“). Sie ist eine Abwehrbewegung, sie will keinen Bürgerkrieg. (Widerspruch der Sozialdemokraten. — Rufe: „Marsch nach Wien!“) Wer das Gegenteil davon behauptet, der ist über die innere Stimmung in der Heimwehr nicht gut unterrichtet. Ich sage Ihnen, wir erachten die Heimwehrbewegung als eine notwendige und nützliche Bewegung, um ein Instrument zu haben, welches, wie 1918, in dem Augenblicke zur Anwendung kommen müßte, wo Gesetz, Ruhe und Ordnung, Eigentum und Leben in Gefahr sind. Diese Feststellung möchte ich hier nochmals vornehmen, um die Heimwehrbewegung in das richtige Licht zu rücken.

Der Herr Vorredner hat auf die Ennstaler Vorkommnisse verwiesen. Ich möchte, nachdem ich selbst Ennstaler, dort geboren und aufgewachsen bin, feststellen, daß dort ein scharfer republikanischer Wind weht und daß die Bauern durch verschiedene Handlungen bewiesen haben, daß sie einere schärfere Tonart im allgemeinen lieben, als es in anderen Gebieten der Fall ist. Daher kommen in unserem Tale des öfteren Erscheinungen und Ereignisse vor, die in anderen Gebieten nur in abgeschwächter Form zu verzeichnen sind. Es sind die Bauernkriege, ich glaube vom Herrn Präsidenten Regner, angezogen worden. Ich möchte ihm rechtgeben, daß gerade im Ennstale seinerzeit diese Elemente führend waren und daß die Bauernschaft in dieser Hinsicht revolutionär aufgetreten ist. Unsere republikanische Gesinnung steht außer Zweifel, wenn wir auch am 12. November die Arbeit noch nicht niedergelegt haben. Es ist Tatsache, daß sich die Bauernschaft nicht von einem Tage auf den anderen Feiertage kommandieren läßt. Die alten bestehen zu lassen und neue noch zu errichten, ist ein Ding der Unmöglichkeit oder erst im Laufe längerer Zeit durchführbar. Wir sind der Auffassung, daß diese Republik, wie sie heute besteht, ein Ausfluß jener Handlungen ist, die an der Front vollführt worden sind, daß wir als Schützer der Republik die Frontsoldaten bezeichnen müssen, die ohne Unterschied ihre Pflicht dem Feinde gegenüber dahin geleistet haben, daß sie den Feind von der Grenze abhielten, daß sie mit Leib und Leben bestrebt waren, unsere Heimat vor Verwüstungen,

Raub und Schaden zu bewahren. Das muß zur Dankbarkeit anregen, und wenn wir den Tag der Republik festlich begehen wollen, dann können wir keine schönere Handlung vollführen, als zu den Kriegsgräbern zu ziehen und denen, die unter der Erde liegen, unsere Dankbarkeit zu bekunden. Wir glauben, daß wir in Österrreich vorwärtskommen können, trotzdem St. Germain uns Grenzen gezogen hat, die dies erschweren. Wir glauben, daß es vorwärtsgehen kann und daß wir gemeinsam diesen Schritt machen sollen.

Es hat dieses Haus eine Reihe von Vorlagen zu erledigen. Wir befinden uns in eingehender Arbeit mit weitreichenden wirtschaftlichen Maßnahmen. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß Gelegenheit geboten ist, in recht rascher und kurzer Frist diese Vorlagen zur Erledigung zu bringen, damit wir vom steierm. Landtag aus ein großes Stück Arbeit für unsere Zukunft leisten können. (Beifall.)

Berichterstatter **Hornik** (Schlußwort.) Ich kann mich als Berichterstatter nicht polemisch mit den Herren Vorrednern auseinandersetzen, ich kann mich nur darauf beschränken, einige sachliche Richtigstellungen vorzunehmen.

Es ist dem Antragsteller, beziehungsweise der Mehrheit des Gemeinde- und Verfassungsausschusses der Vorwurf gemacht worden, daß sie ein Gesetz zur Annahme beantragen, in dem der Streik der Beamtenschaft unmöglich gemacht werde. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses ausdrücklich von einem politischen Streik, und zwar nicht allgemeiner Natur, sondern nur von politischem Streik in den lebenswichtigen Betrieben spricht.

Zweitens wird den Antragstellern der Vorwurf gemacht, warum sie gerade in diesem hohen Hause und nicht am gehörigem Orte, im Nationalrate, eine diesbezügliche Vorlage einbrachten. Da kann ich die Mitteilungs machen, daß von der Partei der Antragsteller ein diesbezüglicher Antrag, beziehungsweise eine ausgearbeitete Vorlage der Bundesregierung übergeben wird.

Mit diesen beiden Feststellungen möchte ich schließen und möchte neuerlich um Annahme des Antrages bitten.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung. (Geschicht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Majorität angenommen.

Hiermit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. („Pui!“-Rufe bei den Sozialdemokraten, „Heil!“-Rufe bei der Einheitspartei.)

Punkt 5 der Tagesordnung ist der **Bericht über die Anfragen des Kreisgerichtes Leoben vom 3. Oktober und 31. Oktober 1927 wegen Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Koloman Wallisch (E.-Zl. 98 und 112; Landtagsbeschluss vom 3. November 1927).**

Ich stelle vor allem an den Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses die Anfrage, ob er in der Lage ist, nachdem dem Präsidium ein schriftlicher Bericht nicht zugegangen ist, über den Gegenstand Bericht zu erstatten. Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung die Berichterstattung für den heutigen Tag befristet.

Pfortner: Ich möchte mitteilen, daß ich nicht in der Lage bin, über diese Auslieferungsbegehren Bericht zu erstatten, weil ein großer Teil der Akten den beiden Auslieferungsbegehren nicht beilieg. Infolgedessen bin ich nicht imstande, dem Auftrage des Landtages Rechnung zu tragen.

Präsident: § 31, Abs. 3, der Geschäftsordnung verfügt: Nach Ablauf der dem Ausschusse zur Berichterstattung gestellten Frist hat die zweite Lesung selbst dann zu beginnen, wenn ein schriftlicher Auslieferungsbericht nicht vorliegt. Abs. 4 lautet: Sollte der Ausschuss auch nicht in der Lage sein, mündlich Bericht zu erstatten, so bestimmt der Präsident den Berichterstatter. Gemäß diesen Bestimmungen der Geschäftsordnung ist es meine Aufgabe, den Berichterstatter selbst zu bestimmen.

Ich bestimme hierzu den Herrn Abg. Dr. **Koschak** und ersuche ihn, die Berichterstattung zu übernehmen. Ich bitte, ihm die Akten zu übergeben.

Berichterstatter **Dr. Koschak:** Hohes Haus! Wegen den Landtagsabgeordneten Koloman Wallisch liegen zwei Auslieferungsbegehren des Kreisgerichtes Leoben vor, hinsichtlich welcher ich zu berichten habe, und zwar das eine vom 3. Oktober l. J. mit der Zahl Br. XI/787/27, das andere vom 31. Oktober l. J. mit der gleichen Zahl. Da der Tatbestand der in Frage stehenden Delikte unserer Ansicht nach die Qualifikation rein politischer Delikte übersteigt, beantrage ich, den beiden Auslieferungsbegehren des Kreisgerichtes Leoben zur strafrechtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Koloman Wallisch die Zustimmung zu erteilen. (**Gföller:** „Ohne den Akt geprüft zu haben!“ — **Leichin:** „Das war auf parlamentarischem Gebiete noch nie der Fall!“ — **Pfortner:** „Kein einziger Akt war dabei!“ — **Regner:** „Kein anständiger Mensch würde das tun!“ — **Rufe:** „Skandal!“ — Das ist im parlamentarischen Leben noch nicht vorgekommen! **Gewaltherrschaft!** — **Regner:** „Er schämt sich nicht, sich zu solch schmutziger Arbeit herzugeben und ist ein Doktor!“ — **Pfortner:** „Das ist ein Schergendienst, den Sie leisten, Büttel des Staatsanwaltes!“ — **Regner:** „Ihnen wird das Lachen noch vergehen, Herr Pfarrer **Jenzl!**“ — **Präsident** gibt das Glockenzeichen.)

Machold: Wir haben gerade unmittelbar vor dem Berichterstatter, der merkwürdigerweise diese Akten so schnell studieren konnte, eine vernünftige und verständliche Rede im Hause gehört, und zwar vom Herrn Kollegen **Thoma**. Die Tatsache, daß diese Auslieferungsbegehren hier im Hause überhaupt und in dieser Form zur Verhandlung kommen können, steht in einem krassen Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Kollegen **Thoma**, was auf den ersten Moment augen- und sinnfällig ist. Eine weite Lücke klafft zwischen dem Inhalte der Rede und dem, was uns von dem Referenten vorgelesen worden ist. Die ganze Art und Weise, in welcher das Auslieferungsbegehren auf die Tagesordnung gekommen ist, ist wert, daß man sich damit näher beschäftigt. In der letzten Sitzung des Landtages hat der Herr Präsident die Mitteilung gemacht, daß vom Kreisgerichte Leoben zwei Auslieferungsbegehren an den Landtag gestellt worden sind,

und ganz merkwürdigerweise ist sofort ein Abgeordneter der christlichsozialen Partei aufgestanden und hat beantragt, dem Ausschusse, dem der Herr Präsident pflichtgemäß dieses Auslieferungsbegehren zugewiesen hat, einen Termin, und zwar bis zur nächsten Sitzung, zu stellen. Der Herr Präsident war so freundlich und hat auch den betreffenden Paragraphen heute vorgelesen, zufolge welchen es zu dieser Berichterstattung gekommen ist. Es ist ein schweres Präjudiz, das Sie dadurch begangen haben, ein noch nicht dagewesener Fall im steiermärkischen Landtage, das aus Rachsucht, aus purer Gehässigkeit gegenüber einem Sozialdemokraten diktiert ist. (Pongraz: „Schämt euch!“ — Regner: „Sagen Sie nein, wenn Sie sich getrauen!“) Meine Herren! Ich gehöre dem Landtage an, solange er in dieser Form besteht, die Geschäftsordnung, die wir haben, besteht auch so lange. Es hat sich aber, solange ich dem Landtage angehöre, noch niemals ereignet, daß einem Ausschusse in dieser Weise vorgegriffen wurde, daß er nicht einmal in die Lage gekommen ist, sich den Akt anzusehen, den Berichterstatter zu nominieren und Stellung zu nehmen. Ohne daß man darauf vorbereitet war, wurde der Antrag gestellt, Bericht zu erstatten. Wir haben in einem einzigen Falle Gelegenheit gehabt, einen Versuch zu sehen, diesen Paragraphen anzuwenden. Das war damals, als Minister Gürkler Landeshauptmann geworden ist und seinem Budget Schwierigkeiten hier im Hause entstanden. Damals hat man ebenfalls versucht, einen Gesetzentwurf in dieser dringlichen Weise zur Behandlung zu bringen. Aber dieser Gesetzentwurf war schon im Ausschusse behandelt worden, und in diesem Ausschusse schien es unmöglich, ihn einer Erledigung zuzuführen. Zudem kam noch, daß es sich da um einen Entwurf handelte, der durch ein Bundesgesetz terminiert war. Es war einigermaßen verständlich und begreiflich, daß in einem solchen Falle ein terminierter Antrag gestellt werden konnte. Trotzdem ist über unsere Einsprache dann im Hause Abstand genommen worden, man hat nicht in dieser Form, wie sie ursprünglich beabsichtigt war, den Gesetzentwurf der Erledigung zugeführt, sondern ihn an den Ausschuss rückverwiesen, und er wurde dann vollständig ordnungsmäßiger Weise im Ausschusse behandelt, und dann erst hat das hohe Haus über diesen Antrag Beschluß fassen können. Sonst hat sich niemals ein Fall ereignet, daß man einen Antrag in diesem hohen Hause gestellt hätte, der einem Ausschusse eine Frist gestellt hätte. Das war der erste Fall. Ich bestreite auch, daß diese Möglichkeit sinngemäß besteht. Formell hat der Präsident vollkommen richtig gehandelt, wenn er so vorgegangen ist. In Wirklichkeit aber, im Sinn und Geist der Geschäftsordnung, kann man nur dann einem Ausschusse eine Frist stellen, wenn er nicht arbeiten wollte, wenn er sich weigert, Bericht zu erstatten, oder wo es sich um einen so dringlichen Fall handelt, daß man einen anderen Ausweg nicht für möglich hält. Sie werden nicht zugeben, daß ein solcher Fall bei der Auslieferung Wallisch vorgelegen ist; es wäre denn, daß Sie es nicht erwarten können, daß ein Ihnen unangenehmer politischer Gegner eingesperrt wird. Sicher nicht ein besonders ideales Motiv für die Stellung eines solchen Antrages. Ich bin weiters

auch der Meinung, daß die Geschäftsordnung hier in allen weiteren Teilen gewaltsam ausgelegt wird und daß es uns sehr leicht möglich gewesen wäre, auch zur Auffassung des Herrn Präsidenten Stellung zu nehmen, daß heute schon der Berichterstatter von ihm nominiert, hinaufgestellt wird auf die Rednerbühne, dort einen vorbereiteten anderen Akt dem Präsidenten überreicht, einen Akt aus der Tasche zieht und darüber referiert. Dies ist ein ganz widersinniger, unmöglicher Vorgang, eine Hinterlist, weil dieser Referent nicht in der Lage gewesen sein kann, sich um das ganze Material zu kümmern. Es wäre denn, es handelt sich um einen wohlüberlegten, vorbereiteten Akt niedriger Rachsucht. (Pfeiferei bei den Sozialdemokraten.) Ich habe aber gegen diese Auffassung des Herrn Präsidenten nicht polemisiert, und ich sage es auch, warum. Der Herr Abg. Wallisch hat nur deshalb, weil wir grundsätzlich auf dem Standpunkte stehen, daß wegen politischer Delikte ein Abgeordneter nicht ausgeliefert werden soll, weil ja noch niemals in einem österreicherischen Parlamente dies geschehen ist, nicht einmal in der Monarchie, sich dieser unserer Auffassung gefügt, dieser Taktik, die wir eingeschlagen haben. Er hat aber erklärt, daß er dies nicht weiter tut, daß er verlangt, daß die Sache im Hause verhandelt wird und die Parteien dazu Stellung nehmen sollen, ob sie ihn ausliefern oder nicht. Die Partei hat, obwohl sie die grundsätzliche Auffassung vertritt, daß in solchen Fällen, wo man derartigen Gewaltakten ausgesetzt ist, eines unerhörten Gewaltaktes, wie er in der Stellung eines solchen Antrages und in der ganzen Geschäftsbehandlung gelegen ist, erklärt, daß wir nur wegen des Abg. Wallisch diese unsere grundsätzliche Auffassung zurückstellen, in die Verhandlung eingehen und der weiteren Verhandlung kein Hindernis in den Weg zu setzen beabsichtigen. Das ist die Erklärung dafür, warum wir jetzt schon in die Verhandlung des Gegenstandes eingehen und warum ich mich nicht darauf eingelassen habe, mich mit dem Herrn Präsidenten in eine Geschäftsordnungsdebatte zu verwickeln, die auch unter Umständen bis morgen früh hätte dauern können.

Nun zur Sache selbst. Um was handelt es sich hier? Hier handelt es sich darum, einen Mann an die Gerichte auszuliefern, der am 15. Juli nach der Auffassung nicht des gesamten Bürgertums, sondern nur eines Teiles des Bürgertums, etwas begangen haben soll, was unbedingt vor dem ordentlichen Richter behandelt werden muß. Es wird gut sein, wenn ich nur mit ein paar Worten die Situation am 15. Juli darstelle. Ganz unerwarteter- und überraschenderweise sind in Wien diese Unruhen ausgebrochen, die Erklärung hierfür habe ich hier im hohen Hause schon einmal gegeben. Es war keine wohlorganisierte, vorbereitete Demonstration, es war ein Akt von Leuten, die vielleicht nicht einmal gewußt haben, was sie machen, und es ist infolgedessen zu Erscheinungen gekommen, die wir niemals billigen werden. Wir hier in Steiermark haben uns bemüht, die Bevölkerung vor ähnlichen Vorgängen wie in Wien zu bewahren. Es sind einige Herren hier, insbesondere auch der Herr Landeshauptmann, die mit mir gemeinsam damals alles getan haben, um blutige

Ereignisse in Steiermark hintanzuhalten. Und alle Herren, mit denen wir zu tun gehabt haben, werden uns nicht das Zeugnis versagen können, daß wir systematisch mit allem Ernst darangegangen sind, von allem Anbeginn an abzubauen und herbeizuführen, daß sich nicht irgend etwas ereignen könne, was alle Menschen, die ein Herz im Leib haben, bedauern müßten. Das war unsere Haltung, dieselbe Haltung wurde aber nicht auf der Gegenseite eingenommen. Ich muß das sagen, obwohl ich nicht gerade Anlaß nehme, über gewisse Herren zu reden, weil man diesen heute eine unziemende Bedeutung zubilligt. Aber ich bin doch gezwungen, festzustellen, welches Beginnen und Gehaben damals diese Herren, die auf der Gegenseite gestanden sind und auch heute noch stehen, unseren lebhaften Bemühungen, Frieden im Hause zu halten, an den Tag gelegt haben. Meine Herren! Der Streich mag bekräftelt werden und man mag damit sympathisieren oder nicht. Tatsache ist, daß in Osterreich heute noch kein Streikverbot besteht. Die Tatsache, daß die Großdeutschen heute einen solchen Antrag eingebracht haben, beweist Ihnen dies. Mit gesetzlichen Mitteln können Sie heute in Osterreich niemandem verwehren, zu streiken. Es war also keine ungesetzliche Handlung, die da begangen wurde, es war eine unangenehme Sache, die viele schmerzlich getroffen hat. Eine Sache, die vielleicht besser unterblieben wäre. Aber die Betroffenen haben sich nicht auf den Boden der Ungesetzlichkeit gestellt. Was haben aber Herr Dr. Pfriemer und Genossen dagegen unternehmen wollen? Nicht mit gesetzlichen Mitteln wollten sie dagegen ankämpfen. Sie wollten eine Beendigung des Streiks angeblich herbeiführen durch den Aufmarsch der Heimwehr. Dadurch haben sie sich von vornherein ins Unrecht gesetzt. Sie hatten gar kein gesetzliches Recht, die Interessen des Staates und der Bevölkerung zu wahren und zu schützen. Dazu hat der Staat seine Exekutive: Militär, Polizei und Gendarmerie. Und es steht niemandem zu, auch nicht dem Dr. Pfriemer, irgendwelche bewaffnete Truppen aufmarschieren zu lassen, um seinen Willen durchzusetzen. Das ist ein ungesetzlicher Akt, der durch nichts beschönigt werden kann. Aber, meine Damen und Herren, es hat sich damals um eine außergewöhnlich gefährliche Sache gehandelt. Diese Menschen haben mit dem Bürgerkrieg gespielt. Während wir uns bemüht haben, den Frieden aufrecht zu erhalten, haben sie sich lebhaft bemüht, am Lande hier das Gegenteil herbeizuführen. Während wir bemüht waren, den Generalstreik abzubrechen, haben sie erklärt, sie werden bis nach Bruck, Semmering usw. marschieren. Sie haben tatsächlich den Bürgerkrieg damals angekündigt, denn daß ein solches Marschieren nach Knittelfeld, Fohnsdorf, Zeltweg, Donawitz, Leoben und Bruck vielleicht keine Spielerei gewesen wäre, wenn es wirklich dazu gekommen wäre, und daß ein solches Marschieren zum Bürgerkrieg hätte führen müssen, das muß der dümmste Mensch einsehen. Das führe ich nur an, meine Herren, um jetzt — ich will nicht eine ins Weite gehende Auseinandersetzung führen — um jetzt Ihnen diesen Machenschaften gegenüber vorzudemonstrieren, was Wallisch in Bruck gemacht hat.

Meine Herren! Der 15. Juli hat auch die Brucker Vertrauensmänner aufs maßloseste erregt und erbittert. Genaue Nachrichten konnte damals ja niemand bekommen. Auch wir haben keine Nachrichten bekommen. Nicht nur Sie, meine Herren, standen außer Telephonverbindung. Die Brucker Vertrauensmänner wußten nicht, um was es sich handelt. Wilde Gerüchte von Todesopfern, von Schießereien des Militärs, der Gendarmerie tauchten auf. Es ist begreiflich, meine Herren, daß eine so erregte Menschenmasse zu führen und zu leiten, sie in gemäßigten Bahnen zu halten, nicht gar so einfach ist. Und wenn es nun dem Abg. Wallisch gelungen ist, diese Menschen, die auch zu Unüberlegtheiten bereit gewesen wären, zurückzuhalten, und wenn die Methode hiezu auch gerade nicht allen Menschen zusagt, so muß dem doch die Tatsache gegenübergehalten werden, daß es in Steiermark, in Bruck, zu keiner Handlung gekommen ist, die berechtigen würde, einen Menschen jetzt dem Gerichte auszuliefern. Jetzt liegt mir eine lange Gedenschrift vor über die Ereignisse in Bruck. Es ist begreiflich, daß die Parteileitung verlangt, daß festgestellt wird, was sich ereignet hat — und aus dieser langen Gedenschrift kann ich entnehmen, daß es sich in der Hauptsache darum gehandelt hat, die Gemüter zu beruhigen und sie auf andere Gedanken zu bringen, Maßregeln zu treffen, damit es nicht zu unangenehmen Erscheinungen kommt. Was hat man denn getan? Man ist auf die Bezirkshauptmannschaft gegangen und hat mit dem Bezirkshauptmann geredet, ob es nicht am besten wäre, daß man ein Alkoholverbot erlasse, aufreizende Geschäfte und besonders Luxusgeschäfte schliesse, damit die Menschen, die erregt sind, sich nicht vielleicht schon dadurch zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen. Weiters hat man dem Bezirkshauptmann gesagt, es würde sich empfehlen, daß die Gendarmerie nicht auf die Streikenden geht, damit sie nicht aufreizend wirke. Nach diesen Vorbereitungen ist Wallisch in die Vertrauensmännerversammlung gegangen und hat den Leuten, die dort natürlich alle versammelt waren, gesagt: „Wir gehen jetzt zur Bezirkshauptmannschaft hinaus und werden schauen, daß sich hier nicht daselbe ereignet wie in Wien, daß nicht, wie in Wien, geschossen wird.“ Und auf der Bezirkshauptmannschaft sind dann Bürgerliche und unsere Leute zusammengekommen und haben letzten Endes eine Vereinbarung abgeschlossen, welche regelte, daß der Alkoholausschank unterbleiben solle, welche regelte, daß keine Gendarmeriepatrouillen in den Straßen sein sollen, welche die Offenhaltung der Lebensmittelgeschäfte regelte usw. Also lauter Dinge, die man in normalen Zeiten nicht verlangt und als zweckwidrig und unnötig empfindet, die aber in abnormalen Zeiten sicher als Ablenkung gelten müssen. Es sind dann noch unter Anklage gestellt einige Reden, die Wallisch gehalten hat. Ich glaube, es ist besser, man sagt ein gewaltiges Wort, um die Menschen zu beruhigen, als daß man zur Gewalt schreitet. Gewalt ist niemandem angetan worden, es ist niemandem etwas geschehen (Regner: „Vielleicht dem Hornik!“ — Hornik: „Es wäre vernünftiger gewesen, jetzt nicht zu reden, Herr Präsident, Sie haben keine Ursache zu

reden!") und das ist das entscheidende. Wenn ich dem gegenüber nun die Tatsache feststelle, daß Abg. Oßler bei seiner Fahrt, die er im Auto unternommen hat, in Scheifling aufgehalten wurde, daß man ihn bedroht und am Weiterfahren gehindert hat, so sind das ganz andere Sachen, die sich ereignet haben und die merkwürdigerweise heute noch nicht unter Anklage gestellt sind. Dazu gehört auch die Tatsache, daß der Gendarmerieoffizier Meißner, ohne durch eine gesetzliche Bestimmung hiezu legitimiert zu sein, sich an Stelle der Gendarmerie, der Polizei und des Militärs der Heimwehr bedient hatte. Es ist noch nirgends bekannt geworden, daß er wegen dieser vollständig gesetzwidrigen Handlung — ohne den Landeshauptmann zu fragen, vorher nicht und nachher nicht — es ist nicht bekannt geworden, daß er zur Rechenschaft gezogen worden wären. Also bedenken Sie, was für einseitige, Staatsanwalt gegen den Heizer zum Bürgerkrieg, den Heimwehrführer Pfriemer, irgendwie eingeschritten wäre, es ist nicht bekannt geworden, daß all' die Leute, welche genau solche Drohungen ausgesprochen haben wie Wallisch und die genau so Autos aufgehalten haben wie einige von uns, daß die unter Anklage gestellt worden wären. Also bedenken Sie, was für einseitige böswillige Handlung begangen werden soll, wenn man gerade jetzt einen Menschen ausliefern will. Ich glaube, wenn das nicht der Wallisch gewesen und es nicht in Bruck gewesen wäre, so wäre wahrscheinlich aus dieser Geschichte gar nichts herausgekommen. Aber Wallisch wirkt auf Sie wie ein rotes Tuch, obwohl, meine Herren, ihm gar nichts nachgesagt werden kann. Ich habe mich erkundigt und habe festgestellt, daß der Mann gar keine Strafe hinter sich hat. Er hat noch niemandem eine Ohrfeige gegeben. Er redet nur zu radikal. Es ist unbegreiflich: die Menschen gehen alle gegen den Wallisch los, weil er ihnen nicht Recht gibt. Es sind nicht viele Menschen konziliant und man darf nicht einen immer nach seinem Temperamente beurteilen. Ich traue mich zu schwören, wenn ich dasselbe gemacht hätte wie Wallisch, wäre es gar keinem Menschen eingefallen, eine Sache daraus zu machen. Es wäre gar keinem Staatsanwalt eingefallen, eine Anklage zu erheben. Die verschiedenen Organisationen hätten ihm dazu gar keine Gelegenheit gegeben, weil deren Anzeige ja erst Anlaß gegeben hat zu einer Voruntersuchung gegen Wallisch. Ich bitte Sie nur, zu überlegen, ob Sie nicht ungerecht vorgehen gegen einen Menschen, der dies Vorgehen nicht verdient. Und so glaube ich, daß Sie sich es wohl überlegen sollen, diesem Auslieferungsantrag, der vom Referenten gestellt ist, zuzustimmen. Meine Herren, das parlamentarische Leben ist ohne Frage ein eigenes Leben und es werden in der Politik manche Handlungen gezeitigt, die wenig oder gar nichts mit der Politik zu tun haben oder überhaupt mit ihr auf Kriegsfuß stehen. Die politische Leidenschaft schießt oft weit über das Ziel hinaus auf unserer und auf der anderen Seite. Bis jetzt hat man in Osterreich die Auffassung vertreten, daß es gegen alle Regeln des parlamentarischen Anstandes verstößt, jemanden wegen eines politischen Deliktes auszuliefern. (Dr. Oberegger: „Ausgenommen den Dr. Serneß!" —

Aust: „Das war zu einer Zeit, wo er noch nicht Abgeordneter war!") Meine Herren, ich sage das nur deshalb, um an Sie zu appellieren, daß Sie Wallisch nicht ausliefern, weil ich befürchte, daß Sie dabei außerordentlich schlecht abschneiden werden. Und ich glaube, diejenigen, die ihn angezeigt und dazu Anlaß gegeben haben, werden eine schauerhafte Blamage erleiden. Das ist meine felsenfeste Überzeugung. Ich bin überzeugt, daß er freigesprochen wird oder nur eine belanglose Strafe bekommt. Ich rede nicht deshalb, weil ich ihn vor dem Kerker bewahren will, sondern ich rede deshalb so, weil ich sage, daß jeder Parlamentarier, jeder Abgeordnete es sich zur Pflicht machen muß, diese parlamentarische Grundregel nicht zu verletzen, die dahingehet, daß man einen Menschen nicht ausliefert, der nicht aus Schlechtigkeit, Bosheit, Gemeinheit gehandelt hat und auch keine gemeine Handlung begangen hat, sondern im politischen Überschwang etwas aus einer Art Massensuggestion heraus begangen hat, denn einzelne Menschen begehen keine solchen Handlungen. Ich glaube, daß jeder, der hier sitzt, sagen muß, was Wallisch begangen hat, das ist letzten Endes die Auswirkung seiner politischen Tätigkeit und deshalb soll der Abgeordnete nicht zur Verantwortung gezogen werden. Ich habe gesagt, daß ich überzeugt bin, daß ihm nicht viel geschehen wird. Lesen Sie den heutigen Gerichtsaalbericht im „Volksblatte" nach, da werden Sie finden, daß ein Arbeiter, der meiner Meinung nach weiter gegangen ist als der Abg. Wallisch, angeklagt worden ist. Er ist in den Julitagen in einen Betrieb hineingestürzt und hat geschrien: „Betrieb einstellen, Generalstreik." Er hat also im Sinne des Staatsanwaltes eine Erpressung begangen, eine Gewaltandrohung und hat das in einer außerordentlich energischen Weise getan. Er hat gedroht, daß er mit 40 oder 50 Kommunisten kommen werde, er hat verschiedene andere schwere Drohungen ausgesprochen. Es liegt ein klarer Fall vor, nach dem das Gericht vorgehen mußte. Was ist ihm geschehen? Man hat ihn bedingt zu drei Monaten verurteilt, trotzdem meiner Überzeugung nach seine Handlungsweise über das, was Wallisch gemacht hat, weit hinausgeht. Sie wissen, daß eine solche Verurteilung einem Freispruche gleichkommt und ich glaube, daß Sie dasselbe in dem Wallischprozeße erleben werden.

Aber noch etwas anderes kommt in Betracht, was ich Sie bitte, zu erwägen. Die Rede des Abg. Thoma könnte man affizieren lassen, sie schließt sich an an eine Reihe von Reden, die von unserer Partei gehalten worden sind. Ich weiß nicht, ob Sie die Verhandlungen auf unserem letzten Parteitage verfolgt haben und wissen, was für eine Haltung die steirischen Sozialdemokraten eingenommen haben. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir es ablehnen, die Verantwortung für unüberlegte Handlungen einzelner Menschen zu tragen und daß derartige Sachen, wie Generalstreiks, auf keinen Fall ohne Zustimmung der maßgebenden Organe durchgeführt werden können und daß wir überhaupt auf dem Boden der Demokratie, auf dem Boden der Verständigung stehen. Nun stellen Sie sich das Echo dieser Ausführungen auf dem Par-

feitag vor. Das Echo ist nun, daß Sie einen Abgeordneten wegen eines politischen Deliktes ausliefern. Das müssen Sie sich überlegen. Sie müssen es auch verstehen, daß die Arbeiterschaft, die ja auch diese Verhandlungen lebhaft verfolgt, es niemals begreifen wird, daß ein Pfrimer noch nicht eingekerkert worden ist, daß die Leute nicht angeklagt worden sind, die Gföllner das Bajonett an die Brust gesetzt haben, daß andere Leute noch frei herumlaufen, die daselbe wie Wallisch gemacht haben und noch weiter behen, weiter drohen und daß ausgerechnet der Abg. Wallisch justament ausgeliefert werden soll. Dadurch schaffen Sie neue Unruhe unter der Arbeiterschaft, dadurch schaffen Sie wieder eine Atmosphäre, die geeignet ist, das nicht herbeizuführen, was Abg. Thoma wünscht und was wir alle lebhaft wünschen, weil es im Interesse der gesamten Bevölkerung gelegen wäre. Deshalb sage ich: Wir sind nicht aus dem Grunde, weil wir diesen Prozeß fürchten, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Auslieferung des Wallisch, weil wir gegen eine Auslieferung aus politischen Gründen sind. Auch aus praktischen Erwägungen sind wir gegen diese Auslieferung, weil ja dadurch nur eine weitere Steigerung der Leidenschaften zu erwarten ist. Ich appelliere daher an Sie alle in diesem hohen Hause. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen, was ich ausgeführt habe und dann können Sie, dann dürfen Sie als Abgeordnete nicht für diesen Auslieferungsantrag stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Riegler: Hohes Haus! Anschließend an die Bemerkungen des Herrn Landesrates Machold möchte ich ganz kurz den Standpunkt der Einheitsliste kennzeichnen.

Es kann nicht im geringsten eine Vergewaltigung darstellen, wenn der Antrag gestellt worden ist, den Bericht über das Auslieferungsbegehren zu befristen, nachdem § 30 der Geschäftsordnung des steiermärkischen Landtages ausdrücklich feststellt, jederzeit auch während der Ausschußverhandlungen kann der Landtag auf den Vorschlag des Präsidenten oder den Antrag eines Mitgliedes dem Ausschusse eine Frist zur Berichterstattung stellen. Mitthin haben wir durch den Antrag, der von einem Mitgliede der Mehrheitspartei eingebracht worden ist, einfach nur einer Bestimmung der Geschäftsordnung Rechnung getragen und weiterhin habe ich zu erklären, daß nach unserer Auffassung die Delikte, welche vom Staatsanwalt unter Anklage gestellt werden, das Ausmaß dessen, was einem Abgeordneten insolge seiner Immunität zusteht, weitaus überschreiten.

Das ist die Erklärung, die ich abzugeben habe.

Aust: Hohes Haus! Die Ausführungen des Klubobmannes der sogenannten Einheitsliste, Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler, waren sicherlich kennzeichnend. Kein Wort der Anklage, kein Wort der Gefühle, die angeblich die Einheitsliste befeelen, keine Entrüstung über diese Diktatur des Abg. Wallisch, lediglich eine sehr schwächliche, mühselig vorgebrachte Entschuldigung, die uns als wahre, echte Demokraten die Haltung der Einheitsliste glaubhaft machen soll. Der Herr Berichterstatter Dr. Koschak

hat mit der Übernahme dieser Berichterstattung sicherlich nicht dokumentiert, daß es auch bei bester Parteidisziplin Anlässe geben kann, wo man sich aufbäumen und erklären muß: „Klubgenossen, hängt mir nicht ein Geschäft an, das mich schändet, gebt mir wenigstens die Möglichkeit, der Form Genüge zu leisten (Ruf bei den Sozialdemokraten: „So ist es!“), laßt mich wenigstens diesen Akt des Kreisgerichtes Leoben studieren, damit ich nach außen hin den Schein für unser angebliches Recht wahren kann.“ (Leichin: „Sehr richtig!“) Der Herr Dr. Koschak steigt aber kalten Blutes auf die Tribüne der Berichterstattung und weiß, noch kälter, einen Antrag abzulesen, der ihm scheinbar von seinen Klubkollegen zur Verlesung vorgelesen wurde. Wir haben bisher nicht Gelegenheit gehabt, von Seite der sogenannten Einheitspartei zu hören, daß ihre seinerzeitige Stimmung in Bezug auf die Brucker Verhältnisse noch aufrecht bestehen würde und ihre ganze Haltung zeigt uns eigentlich klipp und klar, daß sie nur in Konsequenz einer seinerzeit bezogenen Stellung heute eine Handlung begehen will, der sie sich sicherlich schämen müßte, eine Handlung, wie sie Kollege Machold schon sehr richtig gekennzeichnet hat, eine Handlung, die in der Geschichte dieses Landtages einzig dasteht und aller Wahrscheinlichkeit nach eine Wiederholung nicht erfahren wird. Wenn wir dem Abg. Thoma zugehört haben, so müssen wir uns fragen: Wie ist es möglich, daß ein Mann mit so klaren, vernünftigen, durchsichtigen Ansichten, ein Mann, der so deutlich und nachhaltig von einem Pfrimer und Meißner im offenen Hause abrickt, ein Mann, der für die Heimwehr- und Heimschutzbewegung das richtige Verständnis aufbringt, ein Mann, der die Heimwehrbewegung so auffaßt, wie er sie früher gekennzeichnet hat und wie sie mir ein Heimschutzführer im Ennstale bei einer Versammlung im gleichen Sinne dargestellt hat, wie ein Mann mit diesen Ansichten es nicht zustandebringen sollte, in seinem Klubkollegen eine andere Meinung wachzurufen, als sie scheinbar im Klub der Bauernbündler noch immer zu verzeichnen ist. Abg. Wihany hat auch einmal eine Geschichte gehabt, die sicherlich nicht in Ausübung des Mandates als Landtagsabgeordneter eine Entschuldigung gefunden hätte. Wir waren aber auch damals der Ansicht, daß ein augenblicklicher Gefühlsausbruch, der einen Menschen vorübergehend besinnungslos macht und ihn zu einer unüberlegten Handlung verleitet, nicht Anlaß dazu bieten kann, daß man diesen Abgeordneten den Gerichten überantwortet. Ich bin überzeugt, daß Herr Abg. Hornik sicherlich seine Scharfmacherei in der Sitzung vom 25. Juli bedauert, schon deshalb bedauern muß, weil er, und ich schäme ihn so ein, nicht in den Geruch kommen will, daß er die Bürgermeisterei in Bruck anstrebt. Denn die ganze Haltung, die da in der Angelegenheit zu verzeichnen ist, könnte zur Meinung führen, daß man diese Angriffe auf den Kollegen Wallisch, auf den Bürgermeister Gruber von Bruck, auf den Vizebürgermeister Krawagna von Bruck und auf andere Führer der Arbeiterschaft von Bruck nur deshalb inszeniert, um alle diese Menschen in den Kerker zu bringen, ihres Wahlrechtes zu berauben, damit ge-

gebenenfalls ein geeigneter sozialdemokratischer Führer zur Leitung der Verwaltungsarbeiten bei den kommenden Gemeinderatswahlen nicht zur Verfügung steht, die Bürgerlichen in Bruck die Mehrheit erringen und dem Herrn Kollegen Hornik die Bahn zum Bürgermeisterstuhle von Bruck frei wird. Der Herr Hornik müßte eine solche Ideologie ablehnen und müßte zum Ausdruck bringen, daß derartige Pläne nicht in seiner Tischlade liegen. (Regner: „Über im Herzen!“ — Hornik: „Wie man selbst ist, denkt man von anderen!“) Es ist auch naheliegend, daß gerade der Herr Kollege Hornik, der ja die ganze Heße gegen Wallisch inszeniert hat, aus Gründen, die ich schon am 25. Juli sehr eingehend untersucht habe, daß gerade Herr Kollege Hornik die Möglichkeit besessen hätte, zurückzuschieben, die Flut des Hasses, die aufgedämmt wurde, abzdämmen und auf eine Basis zu kommen, daß man vernünftig über diesen Gegenstand sprechen kann. Die Vertreter der Mehrheit haben sich nun einmal in den Kopf gesetzt, den Abgeordneten Wallisch den ordentlichen Gerichten auszuliefern. Ich weiß nicht, ob man in Ihren Kreisen darüber nachdachte, was man mit dieser Auslieferung für Folgen zeitigt. Der Abg. Wallisch ist unter anderem nach § 1, Art. 65, angeklagt. Unser Strafgesetzbuch sieht für diesen Paragraphen Zuchthausstrafen von 5 bis 10 Jahren vor. Wenn man nun auch die anderen Delikte, die gegen Wallisch vorliegen, ins Auge faßt, so müßte dann eine recht stattliche Zahl von Jahren schweren Kerkers für diese angeblichen Verbrechen des Abg. Wallisch zu erzielen sein. Nun spricht man immer von Menschlichkeit, von christlicher Nächstenliebe, von Einsicht und Vernunft, vom Abbau des Hasses, von Friedensliebe, von Freundschaft, und muß durch Taten das Gegenteil bewiesen sehen. Ich meine, wenn die verehrten Mitglieder der Einheitsliste sich die Folgen dieses Auslieferungsbeschlusses vor Augen halten würden, wäre es vielleicht auch möglich, daß sie zu einer anderen Meinung kämen, weil sie schließlich und endlich zugeben müßten, daß diese Handlungen des Abg. Wallisch zu einer Zeit, in einer Gemütsstimmung erfolgten, für die man vielleicht bei einigem guten Willen das notwendige Verständnis finden könnte. Wir haben schon einmal festgestellt, daß Abg. Wallisch an diesem Unglückstage überhaupt nicht in Bruck weilte, daß man ihn erst aus einem Orte in der Oststeiermark mit dem Auto herbeiholte, und daß er nun plötzlich in eine Versammlung von erregten Menschen hineinkam, in die die Schauermärchen aus Wien die notwendige Aufregung gebracht hatten: 300 Arbeiter erschossen, Wien brennt, und andere greuliche Dinge wurden da verbreitet und ausgebreut und letzten Endes auch geglaubt. Wir haben uns schon bemüht, bei Behandlung des früheren Gegenstandes der Tagesordnung darauf hinzuweisen, daß der Generalstreik und Verkehrstreik letzten Endes dazu dienten, dieses Österreich vor dem Untergang zu retten, daß in diesen Maßnahmen der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften Abwehrmaßnahmen zu sehen waren, die notwendig wurden, um die Erregung der Arbeiterschaft Österreichs auf ein anderes Geleise zu schieben. Die gleichen Gedanken haben auch unseren

Kollegen Wallisch erfüllt, und um nun diese erregte vielleicht momentan außer Disziplin gestellte Arbeiterschaft von Bruck in ein bestimmtes Fahrwasser zu bringen, in diesen Sturm und Drang Organisation zu bringen, wurden bei der Bezirkshauptmannschaft in Bruck diese Abmachungen mit den Bürgerlichen geschlossen, und es ist charakteristisch, und das wurde noch nicht aufgezeigt, daß das Auseinandergehen zwischen Wallisch und Hornik trotz dieses angeblichen Terroraktes des Mannes, der angeblich mit Reitstiefeln und Reitpeitsche erschien, ein recht freundschaftliches war. Herr Abg. Hornik hat Wallisch noch gefragt, ob es vielleicht unvernünftig wäre, wenn er mit seinem Wagen trotz der Erregung Kracherln ausführt. (Hornik: „Das haben Sie aus dem ‚Arbeiterwille‘ gelesen!“) Der Herr Wallisch hat dem Herrn Hornik mitgeteilt, daß er es für vernünftig halte, wenn Herr Hornik mit seinen Kracherln zu Hause bleibt; ein Beweis, daß man sich noch über recht alltägliche Dinge unterhalten hat, trotz der Erregung der Arbeiterschaft, daß Hornik damals nicht der Meinung war, er sei jetzt brutal vergewaltigt worden, sondern er hat damals unter dem Eindruck dieser erregten Arbeiterschaft Vereinbarungen zugestimmt, die eben nach vorausgegangenen Verhandlungen nach ganz bestimmter Überlegung der Situation des Tages angepaßt waren. Es ist das alles vergessen. Hornik ist später stark geworden und hat das Bedürfnis gehabt, seinem lang gebegten und lang aufgestapelten persönlichen Groll gegen diese Machthaber von Bruck in einer Weise Ausdruck zu verleihen, daß wir schon sagen müssen, diese Art und Weise stimmt mit parlamentarischen Sitten und Gebräuchen nicht überein. Er kann nicht mehr zurück und weiß heute nicht, wie es doch vielleicht möglich wäre, den Wagen, der da verfahren wurde, wieder in das richtige Geleise zu heben. Es ist kennzeichnend — Kollege Machold hat es betont —, daß man bis heute, trotzdem viele Monate verstrichen sind, noch nicht von einem einzigen Terrorfall auf der Gegenseite hören konnte, daß auch die Staatsanwaltschaft eingeschritten wäre, daß man in dem einen oder anderen der bekannten Fälle anklage erhoben hätte. Ich gestehe offen, daß wir in diesem Falle nicht die Möglichkeit hätten, auf sie und ihre Haltung hinzuweisen, sondern erklären müßten, was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Aber alle diese Fälle blieben ununtersucht, und der Herr Landeshauptmann hat uns bisher nicht den Beweis erbracht, trotzdem eine Reihe von solchen Fällen mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen ist, daß auch hier eine Untersuchung eingeleitet worden wäre und eine Strafanzüge erfolgt ist.

Ich möchte aber doch einige dieser Fälle zur Kenntnis bringen, damit Sie sehen, wie die Heimwehr gehaßt und gewütet hat und wie diese Heimwehrleute, die ich Ihnen selbstverständlich namentlich zur Kenntnis bringen werde, heute noch ungestraft und stolzerhobenen Hauptes ihrer täglichen Beschäftigung nachgehen. Der Bürgermeister Ludwig Ditti von Pöls fuhr am 17. Juli um 9 Uhr vormittags mit seinem Motorrad von Pöls nach Judenburg, nachdem er auf der Bezirkshauptmannschaft zu tun hatte. Eine Murrücke ver-

bindet die Ortschaften Furth und St. Peter zwischen Pöls und Thalheim. Als er zu dieser Murrücke kam, war diese von einer Patrouille mit 6 bis 8 Mann besetzt. Bei dieser Patrouille war Kommandant der Privatingenieur Bromer. Wir haben dann dort noch festgestellt den Holzagenten Horn, den Gastwirtsjohn Johann Stegmüller aus St. Peter und einen gewissen Peter Preis. Stegmüller verwehrte dem Bürgermeister Otki die Benützung dieser Murrücke und erklärte ihm, daß er über Auftrag des Herrn Dr. Pfrimer und Oberinspektors Meißner die Brücke mit seinen Leuten besetzen mußte und niemanden durchlassen dürfe. Als Otki erklärte, er habe in Judenburg zu tun, setzte ihm der genannte Peter Preis das Bajonett an die Brust und drohte ihm mit Waffengewalt, falls er nicht umkehren sollte. Sie sehen aus diesem Beispiel, für das ich Ihnen Zeit und Namen zur Verfügung stelle, daß hier vielleicht ein Akt vorliegt, der wesentlich über die Delikte des Abg. Wallisch hinausreicht.

Der Besitzersohn Johann Stegmüller ordnete an, daß alle passierenden Autos und alle Passanten zur Legitimierung aufzuhalten seien. Was man also den Sozialdemokraten zum schweren Vorwurf macht, daß sie alle Autos aufgehalten haben, daß sie Leute in Furcht und Schrecken versetzt und damit ein schweres Delikt begangen haben, das hat sich dieser Johann Stegmüller, Gastwirtsjohn aus St. Peter bei Judenburg, erlaubt, ohne daß man bisher gegen ihn eingeschritten wäre.

Am 17. Juli vormittag hat nämlich der gleiche Johann Stegmüller den Holzarbeiter Jidor Blaschitz auf der gleichen Brücke angehalten und ihm sein Fahrrad weggenommen und er weigerte sich, das Fahrrad zurückzugeben. Erst nach längerem Streite gelang es Blaschitz, sein Eigentum wiederzuerhalten. Ebenfalls ein Delikt, für das es irgend einen Paragraphen im Strafgesetzbuch gibt. Der gleiche Stegmüller sagt zu dem Sägewerksarbeiter Leo Zeismann aus Talheim: „Also du, mit der Freundschaft ist es aus, geh nach Haus und verhalt dich schön ruhig, wenn du noch einmal von uns auf der Straße gesehen wirst, so wirst du verhaftet und eingesperrt“. Die gleiche Drohung wurde auch gegenüber dem Arbeiter Johann Spießberger ausgesprochen. Wieder ein Beweis, daß es hier ein Delikt gibt, das sicherlich mit dem Strafgesetz zu Konflikten führt, das vielleicht zu ahnden wäre, wenn man dieses Vorkommnis gleich einschätzt, wie in Bruck. In Grünhübel wurden unter Assistenz von Gendarmerie — ich unterstreiche das ausdrücklich — die Straßen abgesperrt und alle Passanten und Automobile stundenlang aufgehalten, bis sie diese Gegend passieren konnten. Wallisch wirft man Beschränkung der persönlichen Freiheit vor. Ich möchte wissen, ob nicht in dieser Handlung auch eine Beschränkung der persönlichen Freiheit liegt.

Der Großgrundbesitzer Josef Heinzl, vulgo Oberchner, in Oberkurzheim hat sich gegenüber seinem Nachbar, einem Kleinbauern, der sich weigerte, der Heimwehr beizutreten, folgenden wörtlichen Ausspruch geleistet: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns

und wer gegen uns ist, wird von uns wirtschaftlich unmöglich gemacht.“ Auch wieder eine Drohung, die diesen Mann in Furcht und Schrecken versetzen mußte, wobei noch zu bemerken wäre, daß dieser Heimwehrkommandant Josef Heinzl diesen Kleinbauern so lange schikanierte, ihm wirtschaftlich unangenehm wurde, bis Gefahr bestand, daß dieser Kleinbauer, dieser Nachbar des Heinzl, Selbstmord begehen werde.

Vor dem Gasthaus Huslik in Enzersdorf bei Pöls waren Gewehrpyramiden aufgestellt, auf der ganzen Strecke von Grünhübel aufwärts waren Maschinengewehre zu erblicken. Wir haben ein Waffenlager in der Meierei Greifenstein, die dem Fürsten Schwarzenberg gehört, festgestellt, wir wissen, daß in der Kaserne von Judenburg Waffen für die Heimwehren eingelagert sind, daß die Bauern in Oberkurzheim vorübergehend die Maschinengewehre als Zierde für die Kachelöfen in ihrer Gesindestube verwendet haben und müssen sagen, daß auch in diesen Handlungen Delikte liegen, die nicht ohne weiteres gutgeheißen werden können.

Ein anderes Beispiel für die „gleichmäßige“ Behandlung der Menschen in Österreich: Ein alter Soldat machte die Äußerung: „Jetzt gehen sie wieder Arbeiter niederschießen, von denen unsereiner leben muß.“ Er wurde angezeigt und von der Bezirkshauptmannschaft in Judenburg wegen Erregung öffentlichen Argernisses zu 5 S Geldstrafe verurteilt.

Ein Heimwehrkommandant leistete sich folgenden Ausspruch: „Wenn es wieder gegen diese rote Horde geht, werden wir diesem Rufe folgen und wieder Schulter an Schulter gegen diese marschieren.“ Diesem Manne ist bis heute nichts geschehen, obwohl er angezeigt wurde. Der Herr Meißner hat nach der Hindenburgdemonstration in Judenburg am 1. Oktober, bei der er die Festrede gehalten hat, in Heimwehruniform mit dem Heimwehrrute nach dieser Versammlung in der Herrengasse in Judenburg das Bedürfnis gehabt, den Platz zu räumen, hat in seiner Ziviluniform den Leuten erklärt: „Im Namen des Befehles fordere ich Sie auf, den Platz zu räumen.“ Auch dieser Tatbestand wurde angezeigt, aber ich habe bis heute nicht gehört, daß man gegen Meißner irgendwie vorgegangen wäre.

Am 15. Oktober wurde ein Arbeiter von Bruck von einem Brucker bürgerlichen Gemeinderate namens Herbert Scherer in einem Gasthause unter Assistenz mehrerer Heimatkschützer blutig geschlagen, so daß er eine Reihe von Tagen das Bett hüten mußte, ein Terrorfall, der auch nach dem Strafgesetz ruff. Wir haben bis heute nicht gehört, daß gegen diesen Gemeinderat Herbert Scherer in Bruck von der Behörde irgend etwas unternommen worden wäre.

Einige Beispiele — ich will Sie nicht ermüden — habe ich Ihnen schon in der Sitzung vom 25. Juli aufgezeigt. Wenn Sie nun aufstehen und mir entgegenrufen könnten: „Auch die werden gestraft und eingesperrt werden“, dann würden wir Ihnen zugeben, daß die Behandlung, die Sie unserem Kollegen Wallisch zuteil werden lassen, eine vernünftige Auswirkung der Ordnungsliebe in diesem Staate ist. Aber Sie müssen

mir diesen Zurschuldigen bleiben, schuldig bleiben deshalb, weil man bewußt und mit Absicht alles unterläßt, was irgendwie einem übergeshnappten Heimwehrmann unangenehm werden könnte. Wallisch muß ausgeliefert werden, soll in den Kerker wandern, weil Sie damit einerseits Ihrem Rechtsgefühl Platz machen und weil Sie andererseits die leise, aber bestimmte Hoffnung haben, daß Sie mit diesem Gewaltakt uns, der sozialdemokratischen Partei, ein Schnippchen schlagen können. Herr Hornik und andere wissen ganz genau, daß dieser Sekretär Wallisch ein recht guter, ein recht erfolgreicher, ein recht zielbewußter Vertrauensmann und Agitator der sozialdemokratischen Partei ist. Den Pichler haben wir umgebracht (Zwischenrufe: „Den hat das Arbeiterheim umgebracht!“) oder den hat sein Arbeiterheim umgebracht — jetzt kommt der zweite an die Reihe, wär' doch zum Lachen, daß man in Bruck nicht auf die Höhe kommen könnte. Wenn man diesen Vertrauensmann der Sozialdemokraten auf Monate oder Jahre in den Kerker bringen könnte, wäre die Möglichkeit geboten, daß es in Bruck auch einmal anders wird. Hornik wird sich in diesem Gedanken völlig täuschen. Wenn es Ihnen wirklich gelingen sollte, Wallisch einige Zeit seiner Tätigkeit zu entziehen, wird unsere Partei Sorge tragen, daß wieder der richtige Mann auf den so heiß umstrittenen Brucker Platz kommt. Die Zeit wird nicht mehr erscheinen, in der vom Rathaus in Bruck die deutschnationale Flagge weht und gerade dieser Akt von Gehässigkeit, von Verfolgung gegenüber sozialdemokratischen Abgeordneten wird zur Folge haben, daß die Industriearbeiterschaft von Bruck und ganz Obersteiermark mit einem Sturme der Entrüstung diesen Landtagsbeschuß zur Kenntnis nehmen wird. (Rufe von Seite der Sozialdemokraten: „Sehr richtig!“) Seien Sie nicht ungehalten, wenn grobe und vielleicht Sie verletzende Worte gesprochen werden. Wir haben unsere Leute in der Hand, aber diese Führung hat gewisse Grenzen und wir werden schwer imstande sein, diese Entrüstungswelle, die dieser Landtagsbeschuß auslösen wird, wieder ins richtige Fahrwasser zu bringen.

Wir haben am 16. und 17. Juli mit allem Nachdrucke für die Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt, wir haben den Mut aufgebracht, vor die Arbeitermassen zu treten, ihnen die Wahrheit zu sagen und sie von unüberlegten Schriften zurückzuhalten. Es war kein Vergnügen, unter Tausenden zu stehen und ihnen begreiflich zu machen, daß man daheimbleiben muß, daß man keine Dumme machen dürfe und das Wort Bremsler war noch das mildeste Schmeichelwort, das einem von den Arbeitern zugerufen wurde. Wir haben uns durchgesetzt, genau so wie Wallisch in Bruck, der in Erkenntnis der erregten Stimmung vielleicht einiges gemacht hat, was nicht gutgeheißen werden kann, was von unserer Partei selbst verurteilt wird, was aber lange noch nicht dazu ausreicht, ihn der Staatsgewalt zu überliefern, ihn vielleicht auf lange Zeit in den Kerker wandern zu lassen. Damit beseitigen Sie nicht den Klassenkampf, damit wird es Ihnen nicht gelingen, eine Stimmung des Friedens, der Versöhnung wachzurufen. Mit solchen Handlungen führen Sie höchstens

wieder einmal den Beweis, daß es Ihnen mit dem Schlagworte vom Abbau des Klassenkampfes nie ernst war und nie ernst sein wird. Wo Sie die Macht in der Hand haben, zeigt sich immer wieder Ihre tiefgewurzelte Abneigung gegen alles, was sich zur Arbeiterschaft stellt und da wollen Sie heute wieder durch diesen Gewaltakt, dessen Sie sich schämen müssen, solange Sie auf Erden weilen, dokumentieren, daß es Ihnen freudigen Genuß und Befriedigung bedeutet, wenn Sie einem Arbeitervertrauensmann etwas anhängen können. Ich bin überzeugt, daß der heutige Tag für Sie keine Lorbeeren bringt, daß Sie an den heutigen Tag lange mit einem gewissen Unbehagen zurückblicken werden, daß der heutige Tag für Sie ein schwarzer sein wird und daß Sie es begreiflich finden werden, daß wir nach dieser unloyalen, durch nichts begründeten Handlung der Gegenseite — die Angst vor der Heimwehr könnte es höchstens sein, die Sie zu dieser Handlung verleitet — diesen Sitzungssaal schänden. Es muß jeder zugeben, daß es für diesen Sitzungssaal Schande, nie mehr gutzumachende Schande bedeutet, wenn man einen Abgeordneten wegen eines politischen Deliktes ausliefert. Wir werden Ihnen keine Schwierigkeiten machen, weil es Abg. Wallisch selbst satt hat, sich immer wieder zum Spielball Ihrer Laune herzugeben, von Ihren Gnaden abzuhängen, um vielleicht, wenn es Ihre Gefälligkeit zuwege brächte, sich noch 8 bis 14 Tage der Immunität zu erfreuen. Er hat von uns verlangt, daß Schluß gemacht werden soll mit dieser Komödie, er wird vor dem ordentlichen Gerichte das, was Sie ihm als Verbrechen anlasten, zu verantworten wissen. Sie dürfen sich dieser Tat nicht freuen, Sie sollen sich dieser Tat zeitlebens schämen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Regner: Im Sinne des § 51, Absatz 2, unserer Geschäftsordnung beantrage ich, daß über diesen vorliegenden Antrag vom Herrn Präsidenten die namentliche Abstimmung erfolgt.

Präsident: Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Nach einer Pause.) Die Unterstützung ist gegeben.

Ich ersuche die Herren Schriftführer, die namentliche Abstimmung vorzunehmen. Für die Auslieferung wäre mit Ja, gegen die Auslieferung mit Nein zu stimmen.

(Über Namensaufruf stimmen mit „Ja“ die Abgeordneten:

Auer, Bauer, Döckling, Dr. Enge, Ferner, Gartner, Gäß, Hornik, Dr. Hübler, Doktor Illig, Dr. Kammerer, Kölbl, Dr. Koschak, Krenn, Millwisch, Dr. Minarik, Dr. Oberegger, Ing. Paul, Peintinger, Rainer, Riegler, Riemer, Schifko, Dr. Sernek, Thoma, Waleš, Wiefler, Ing. Wihany, Zenz, Zingl,

mit „Nein“ die Abgeordneten:

Auß, Bichl, Elser, Fohringer, Gföller, Jira, Köstler, Leichin, Machold, Oberzaucher, Pfortner, Pörtl, Pongraß, Regner, Rosenwirth, Tausk, Weixelberger, Wolf.)

(Nach Vornahme der Stimmzählung.)

Für die Auslieferung mit „Ja“ haben gestimmt 30 Abgeordnete, gegen die Auslieferung mit „Nein“ 18 Abgeordnete. Damit ist die Auslieferung beschlossen. („Pfiu!“-Rufe bei den Sozialdemokraten. — **Wolf**: „Das ist das Werk des Hornik!“ — **Elser**: „Herr Thoma, wie stimmt das mit Ihrer Rede überein?“ — **Thoma**: „Ich stehe für meine Äußerungen ein, Sie brauchen sich darum nicht zu kümmern!“ — **Wolf**: „Da schwabbelt er was herum da und dann stimmt er mit! Hornik wird im Gerichtssaal eine Rolle spielen!“ — Unruhe auf der Galerie. — **Präsident** gibt das Glockenzeichen.)

Ich bemerke, daß die Galerie in die Verhandlungen eingreift. Ich ermahne die Galerie, sich in keiner Weise in Kundgebungen einzulassen, sonst müßte ich die Betreffenden entfernen oder die ganze Galerie räumen lassen. (**Regner**: „Das ist die ganze Kunst, die Sie fertigbringen. Sie haben es nicht für notwendig gehalten, vorher die drei Präsidenten zusammenzuberufen und haben einfach einen Mann Ihrer Partei zum Referenten bestimmt. Das war eine Parteiabstimmung, das war unanständig!“)

Ich verwahre mich feierlich gegen solche Anschuldigungen (**Regner**: „Sie können sich verwahren, wie Sie wollen, das ist unanständig!“); ich habe das Präsidium immer unparteiisch geführt.

Ich unterbreche die Sitzung, ich lasse mir solche Vorwürfe nicht gefallen.

(Die Sitzung wird am 18. November um 23 Uhr 30 Minuten unterbrochen und vom Präsidenten **Thoma** am 19. November um 0 Uhr 10 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder.

Die Angelegenheit, die zur Unterbrechung der Sitzung geführt hat, wurde in einer Obmännerkonferenz durch eine Erklärung und Entschuldigung des Herrn Präsidenten **Regner** bereinigt.

Zur Tagesordnung übergehend, treten wir in die Verhandlung des Punktes 6 ein, das ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der steiermärkischen Landesregierung, E.-Zl. 93, betreffend die Erwerbung des Waldheimat-schutzbezirkes in Alpl bei Krieglach (Rosseggers Heimatsgut).

Berichterstatter ist Herr Abg. Ing. **Wihann**.

Berichterstatter Ing. **Wihann**: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über die Vorlage der Landesregierung, betreffend die Erwerbung des Waldheimat-schutzbezirkes in Alpl bei Krieglach (Rosseggers Heimatsgut).

(Präsident **Kölbl** übernimmt den Vorsitz.)

Diese Vorlage hat den steiermärkischen Landtag schon in seiner I. Periode im Jahre 1921 beschäftigt und es wurde damals der Beschluß gefaßt, auf Grund des Wiederbesiedlungsgesetzes als Bewerber um den unteren und oberen Kluppeneggergrund in Alpl bei Krieglach aufzutreten. Das war der ganze Besitz **Rosseggers**, insgesamt ungefähr 72 ha. Weiters wurde der Beschluß gefaßt, den Erwerbspreis und die Kosten der Bauherstellung aus Landesmitteln zu bestreiten.

Eine neuerliche Schlußfassung des Landtages wurde mit Rücksicht auf Bedenken, welche sich Ende 1924 aus der Finanzlage des Landes ergaben, über die Frage eingeholt, ob etwa ein aufgetauchter Vorschlag, nur ein kleineres Gebiet bis höchstens 13 ha — eine reine Enklave in **Ramsauer's** Besitz — zu erwerben, in Betracht gezogen werden solle oder ob an dem größeren Gebiete festzuhalten sei. Darauf erfolgte die neuerliche einstimmige Schlußfassung des Landtages in der Sitzung vom 28. Jänner 1925, der den ursprünglichen Beschluß vom Jahre 1921 aufrecht erhielt, das heißt das Land Steiermark tritt um den gesamten unteren und oberen Kluppeneggergrund im Ausmaße von 72 ha als Bewerber auf.

Zur Erleichterung der finanziellen Lösung wurde dann durch einen Beschluß der Landesregierung der Anspruch auf ein Gebiet von etwa 26 ha, das nicht mehr eine Enklave vorstellt, beschränkt, welches aber noch die wichtigsten Belange, welche für den Landtagsbeschluß den Ausschlag gaben; besondere Merkmale der Waldheimat; Aussichtsmöglichkeiten und Freizügigkeit für die Besuchenden, in sich schließt, und welches von dem als Sachverständigen gehörten Verein für Heimatschutz als das Mindestmaß bezeichnet wurde, welches dem Charakter eines freien Volksgutes noch Rechnung trage. Hierauf wurde in den Voranschlag 1926 ein Betrag von 5000 S eingesetzt und genehmigt.

Durch das Erkenntnis des Landesagrarssenates vom 24. Februar 1927 wurde dieser Bezirk zugunsten des Landes Steiermark um den Betrag von 3400 S enteignet.

Gegen diesen Beschluß des Landesagrarssenates hat aber **Ramsauer** den Rekurs an die Agraroberbehörde ergriffen, welche wohl der Enteignung zugestimmt hat, aber den Enteignungspreis von 3400 S auf 12.000 S erhöht hat.

Dieser ganze Betrag ist innerhalb der gesetzlichen Frist zu erlegen. Da aber nur die Summe von 5000 S aus dem Voranschlage 1926 bereit steht, handelt es sich um die Beschaffung des Restbetrages von 7000 S. Im Sinne der beiden vorerwähnten Landtagsbeschlüsse, von denen der zweite eine bedeutend höhere Summe im Auge hatte (es handelt sich um ein dreimal so großes Gebiet und um eine auch entsprechend größere Summe), ist es jedenfalls gelegen, daß der nun bestimmte Enteignungspreis tatsächlich und fristgerecht zur Auszahlung gelange.

Bezüglich der Bedeckung liegt folgender Vorschlag vor:

Die Landesbaudirektion teilt mit, daß die Arbeiten für die Errichtung der automatischen Fernsprechzentrale mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit und im Hinblick auf die Notwendigkeit von langwierigen weiteren Verhandlungen, um geeignete Konkurrenzangebote zur endgültigen Antragsstellung zu beschaffen, nicht so bald abgeschlossen werden können, daß im heurigen Jahre der bereits bewilligte Kredit in Anspruch genommen werden müßte. Es kann daher die Bedeckung für den Fehlbetrag im Kapitel 15, Titel 2, Neubauten, Rubrik 4, gefunden werden.

Die Landesregierung stellt nun folgenden Antrag, und diesem Antrage hat sich auch der Finanzausschuß voll und ganz angeschlossen (lieft):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Restbetrag von 7000 S des Enteignungspreises für den Kluppenegger Waldheimatschutzbezirk des Landes Steiermark wird aus Landesmitteln bewilligt, beziehungsweise seine Zahlung nachträglich genehmigt, und zwar aus Kapitel 15, Titel 2, Neubauten, Rubrik 4, des Voranschlages 1927.“

Hohes Haus! Durch Annahme dieses Antrages geht ein Wunsch in Erfüllung, mit dem der Landtag von Steiermark sich schon im Jahre 1921 befaßt hat. Der steiermärkische Landtag hat den Willen gezeigt, die Heimat unseres großen Volksdichters wieder zu erwerben, und daß der Wille erst heute in Erfüllung geht, daran trifft nicht ihn die Schuld, sondern die etwas schwierige Auslegung des Wiederbesiedlungsgesetzes. Der Landtag von Steiermark erfüllt zweifellos eine Pflicht dem großen Volksdichter gegenüber, wenn alle Herren Abgeordneten ihn annehmen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 7 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der steiermärkischen Landesregierung, E.-Zl. 78, betreffend Zuwendungen an die Landesangestellten.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Illig.

Berichterstatter Dr. Illig: Hohes Haus! Namens des Finanzausschusses habe ich die Ehre, über die Vorlage der steiermärkischen Landesregierung, betreffend Zuwendungen an die Landesangestellten, zu berichten.

Anläßlich der Beratung des Voranschlages hat der Landtag bezüglich der Landesangestellten folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

„Die Landesregierung wird ermächtigt, im Laufe des Jahres 1927 den Landesangestellten dann Notstandshilfen zu bewilligen, wenn durch besondere Sparsamkeit ein entsprechender Betrag aus dem vom Landtage in einem der Titel des Landesvoranschlages bewilligten Sacherfordernis für die Landesämter erspart werden kann.“

Auf Grund dieses Beschlusses hat die Landesregierung in ihrer Sitzung am 29. März 1927 beschlossen, den aktiven Landesangestellten diese Zuwendungen in 4 Raten, auszahlsbar April, Juli, Oktober und am Ende des Jahres unter der Voraussetzung flüssigzustellen, daß tatsächlich die entsprechenden Ersparungen endgültig erzielt worden sind. Bei jeder dieser Auszahlungen hätte als Höchstbetrag ein Betrag von 25 Prozent eines Monatsbezuges flüssiggestellt werden können, so daß im ganzen Jahre ein voller Monatsbezug keinesfalls hätte überschritten werden dürfen.

Vor allem sei festgestellt, daß der eingangs erwähnte Beschluß des hohen Landtages infolge Intervention der Beamtenorganisation beim Finanzausschusse auf Grund eines Antrages dieses Ausschusses gefaßt worden ist. Der Finanzausschuß, beziehungsweise der Landtag haben sich bei Fassung dieses Beschlusses von folgenden Erwägungen leiten lassen:

Schon im Jahre 1926 wurde ein voller Monatsbezug (13. Monatsbezug) als außerordentliche Zuwendung an die Landesangestellten flüssiggemacht. Im Herbst vorigen Jahres ist es nach langwierigen Verhandlungen dem Personalreferate gelungen, die Beamtenerschaft in Würdigung der ungünstigen finanziellen Verhältnisse des Landes dahin zu beeinflussen, daß sie den Beschluß der Landesregierung, die 12½-prozentige Erhöhung, welche den Bundesbeamten von der Regierung zugebilligt worden ist, den Landesbeamten nicht zu bewilligen, zur Kenntnis genommen haben, obwohl die Beamtenerschaft der Ansicht war, daß ihr die 12½-prozentige Bezugserhöhung automatisch gebührte. Es wurde allerdings ausdrücklich von der Beamtenerschaft erbeten, daß sie wenigstens nicht weniger Bezüge erhält als im vorigen Jahre. Um der Landesregierung die Möglichkeit zu geben, dieser Bitte Rechnung zu tragen, wurde der erwähnte Beschluß vom Landtage gefaßt. Die Landesregierung hat nun die erste Rate von 25 Prozent im April 1927 auf Grund von durchgeführten Ersparungen und Rückstellungen den Landesangestellten ausbezahlt. Bei der Beratung des zweiten Quartales im August 1927 war nun die Landesregierung der Ansicht, daß nach dem strikten Wortlaute des Beschlusses des Landtages sie eigentlich keine Ermächtigung besäße, die Beträge zur Gänze auszubezahlen.

Obwohl von Seite der Beamtenerschaft großzügigste Ersparungsmaßnahmen eingeleitet worden sind, die tatsächlich auch einen glänzenden Erfolg erzielt haben, so war eben durch diese Sparsamkeit im großen und ganzen nur der Erfolg zu erzielen, daß mit dem im Voranschlag eingesehten Beträgen für Sacherfordernis das Auslangen gefunden werden konnte.

Die Ursache hievon lag darin, daß in den früheren Jahren bedeutend geringere Summen in diesen Titeln eingestellt waren, als tatsächlich benötigt worden sind.

Außerdem sind im heurigen Jahre die Postgebühren, die Stromgebühren usw. wesentlich erhöht worden. So ist es eben nur durch die außerordentliche Sparsamkeit der Angestellten möglich gewesen, das Auslangen für das Sacherfordernis im Voranschlage zu finden. Jedensfalls kann das Ziel des Landtages, die Beamtenerschaft zu besonderer Sparsamkeit zu erziehen, als erreicht bezeichnet werden. Bei der ersten Auszahlung wurden daher diese 25 Prozent größtenteils dadurch bedeckt, daß gewisse Arbeiten, die im heurigen Jahre nicht ausgeführt werden müssen, endgültig zurückgestellt wurden und die dadurch erübrigten Beträge zur Bedeckung herangezogen worden sind.

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 2. August 1927 nunmehr beschlossen, den Landtag um die Ermächtigung zu ersuchen, auch den Rest des 13. Monatsbezuges den Landesangestellten flüssigzustellen und die Bedeckung hiefür aus Rückstellungen in anderen Titeln zu finden.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage eingehend beschäftigt und einstimmig beschlossen, dem hohen Hause die Annahme zu empfehlen.

Ich stelle namens des Finanzausschusses den Antrag (lieft):

„Die Landesregierung wird ermächtigt, den Landesangestellten im Laufe des Jahres 1927 den Rest des 13. Monatsbezuges flüssigzustellen; die Bedeckung hiefür ist aus Ersparungen im Sacherfordernis und Rückstellungen in anderen Titeln zu finden.“

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Hiemit ist die Tagesordnung erledigt.

Der **Präsident** verkündet die eingebrachten Anträge und Anfragen (siehe Inhaltsverzeichnis).

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet Dienstag, den 22. November, um 4 Uhr nachmittags statt.

(Präsident verkündet die Tagesordnung und die Abhaltung von Ausschusssitzungen.)

(Schluß der Sitzung am 19. November um 0 Uhr 30 Minuten.)